Einen wertvollen Bildband mit Texten in vier Sprachen: "Die Palästinenser", gestaltet von Georg Stein, Vorwort Erich Fried, 154 Seiten, fest gebunden, DM 48,–
Bestell-Nr.: 1207

Bildband

SOLIDARITÄTS-SHOP
DRITTE WELT
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel. 0 69 / 77 88 63

Brosche

Eine Brosche mit dem Symbol der südafrikanischen Befreiungsbewegung African National Congress (ANC)
in Silber Preis DM 29,–
Bestell-Nr.: A 1702
in Gold DM 125,–
Bestell-Nr.: A 1722

Ein Buch über die bundesdeutschen Helfer der Contras:
"Die Contra Connection"
304 Seiten, DM 20,–
Bestell-Nr.: B 3213

Kufia

Ein palästinensisches Tuch "Kufia"
Preis DM 15,–
rot-weiß Best.-Nr.: D 1801
schwarz-weiß Bestell-Nr.: D 1802

Buch

ZUM VERSCHENKEN:

Wir werten den Cordoba auf!

Aus 5000 wertlosen nicaraguanischen 1-Cordoba-Münzen machen wir 10.000 DM Unterstützung für das Land (Im Preis sind 2,– DM Spende enthalten!). Die Münzen zeigen ein Bild Sandinos, sind von uns versilbert und mit einem Anhänger versehen.
DM 8,–
Bestell-Nr.: B 3701

Cordoba

... jeweils gemahlen oder in Bohnen.
Bei 500 g Packungen auf Wunsch auch in unterschiedlichen Mahlstärken für Kaffeeautomaten, z. B. WMF-Mahlung.

250 g Packung (+ Porto/Verpackung)	5,70 DM
500 g Packung (+ Porto/Verpackung)	11,00 DM
ab 30 Pfd. 250 g Packung	5,15 DM
500 g Packung	9,90 DM
ab 100 Pfd. 250 g Packung	5,00 DM
500 g Packung	9,60 DM

(ab 10 Pfund verschicken wir versandkostenfrei!)

KAFFEE AUS NICARAGUA

Eine starke Sache, die gut schmeckt!

Gleich schnippeln & abschicken zum:
Solidaritätsshop
Dritte Welt
Hamburger Allee 52
6000 Frankfurt 90
Tel.: 069 / 77 88 63

Anz.	Bestell-Nr	Preis

Alles inkl. MwSt plus 3.– DM Versand
Ich füge 1 Scheck bei
Erbitte Rechnung
Vorname/Name
Straße/Nr
PLZ/Ort
Unterschrift
Ich möchte den kostenlosen Gesamtkatalog ja nein

LATEINAMERIKA nachrichten

18. JAHRGANG DER [illegible] 180
Berlin (West) [illegible] DM [illegible]

Was explodierte in Caracas?

Aus dem Inhalt:

ARGENTINIEN: Neues zu La Tablada / Neues Wirtschaftspaket / **URUGUAY:** Referendum gegen Militärs und Regierung / **BRASILIEN:** Indianerrechte gegen Großprojekte / **EL SALVADOR:** Interview mit Joaquin Villalobos / **JAMAICA:** Zum Wahlsieg Michael Montoya

INHALTSVERZEICHNIS

Editorial 3
— ARGENTINIEN: Schlechte Aussichten für die Demokratie 4
Dokumentation der Erklärung der FRP 10
Korrekturen für den Frühlingsplan 14
— URUGUAY: »Voto verde« für Demokratie - das Referendum gegen Militärs und Regierung 18
— KURZNACHRICHTEN 22
— BRASILIEN: Altamira - Indianerrechte gegen Großprojekte 23
— VENEZUELA: Was explodierte in Caracas? 29
— JAMAICA: »... we put the people first ...« - Manleys Peoples National Party gewinnt die Wahl 41
— EG / ZENTRALAMERIKA: »San José V«: Kooperation von Ungleichen 45
Japan in Zentralamerika 51
— EL SALVADOR: Zwischen Wahlen und bewaffnetem Aufstand - Interview mit Joaquîn Villalobos 53
— MEXIKO: Salinas - Quo vadis? 63
— CHILE: Ausverkauf der Wälder 68
— REZENSIONEN 71
— ZEITSCHRIFTENSCHAU 79
— EINGEGANGENE BÜCHER 79
— TERMINE 80

Impressum
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 180
April 1989
Jahrgang 16 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342

Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Simone Bröschke, Roman Herzog
Druck: Hilberts + Pösger, Berlin-West

Redaktionsschluß: 9. März 1989

Abo-Preise:
Individuelles Abo DM 55,- / Übersee-Luftpost DM 75,-
Institutionen-Abo DM 70,- / Übersee-Luftpost DM 90,-

Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjahrweise berechnet, angefangene Jahre anteilsmäßig.

Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postgirokonto Berlin-West 662 83-103

Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
im Mehringhof
Gneisenaustraße 2
1000 Berlin 61
Tel. 030 / 693 40 29

Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.

Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 4 vom 1.3.1988

EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. 'Zur-Habe-Nahme' ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

EDITORIAL

In verschiedenen Editorials haben wir Schlaglichter auf die Zustände in West-Berlin geworfen; wir nahmen u.a. zur konservativen Hochschulpolitik Stellung, zu Polizeiübergriffen während der IWF-Kampagne und bei den jüngsten Auseinandersetzungen an den Berliner Hochschulen.

Der für diese Politik verantwortliche Senat ist abgewählt, das rot-grüne Bündnis mit den Senatswahlen vom vergangenen Donnerstag endgültig bestätigt. Dies ist, man kann es nicht anders sagen, ein Erfolg der denkenden Menschen in dieser Stadt.

Daß von vierzehn Senatorenposten acht mit Frauen besetzt sind, ist sicher als ein Versuch zu sehen, eine Politik von Frauen für Frauen zu etablieren. Im Bereich der Ausländerpolitik sind ebenfalls positive Veränderungen zu erwarten : Liberalisierung der Asylpolitik und Einführung des kommunalen Wahlrechts für Ausländer sind angesagt.

Kontrastiert man allerdings diese propagierten Neuerungen mit schon bestehenden Forderungen und Ansätzen von "Dritte Welt"-Gruppen, Komitees, Gewerkschaften, so wird deutlich, daß in den Ebenen der Realpolitik vieles weiterhin nicht verwirklicht werden wird. Der Forderungskatalog der AL zu diesem Thema enthält z. B. folgendes: Schließung einer Städtepartnerschaft zwischen Managua und West-Berlin; Revision der bisherigen Einladungspraxis gegenüber Vertretern der sogenannten Dritten Welt, d.h. verstärkte Kontakte zu den Oppositionsbewegungen in Chile, Südafrika, Kolumbien statt Empfängen für Botha oder Evren; Anerkennung der PLO; verstärkte Förderung von unabhängigen Gruppen und Initiativen.

Genauso wenig wie hier revolutionäre Neuerungen zu erwarten sind, ist anzunehmen, daß der neue Senat so heiße Eisen wie Isolationshaft oder die Praxis der Kriminalisierung von Demonstrant-Innen grundsätzlich anders anpacken wird.

Eines ist klar: das rot-grüne Bündnis ist weder wirklich rot noch wirklich grün, es ist sozialdemokratisch. Es gibt für uns keinen Grund, in die Sessel des parlamentarischen Teilerfolges zu sinken. Der Bruch zwischen professioneller Politik und der Arbeit in den Gruppen wird weiter bestehen, und das ist vielleicht nicht schlecht so.

ARGENTINIEN

Schlechte Aussichten für die Demokratie

Sieben Wochen nach dem Angriff auf die Kaserne von La Tablada (LN 179) ist in Argentinien noch immer einiges ungeklärt über die Attacke und ihre Zusammenhänge. Immer noch nicht konnten alle 28 Toten identifiziert werden. In 21 Fällen ist die Identität geklärt, unter ihnen befinden sich mindestens 8 führende Mitglieder des Movimiento Todos por la Patria (MTP). Während sich die argentinische Linke in Distanzierungen von der Kasernenbesetzung gegenseitig überbietet, gab es bei Hausdurchsuchungen von MTP-Mitgliedern mehrere Festnahmen. Der Generalstaatsanwalt D'Alessio ist mit der Aufklärung des Überfalls beauftragt, und mittlerweile haben sich auch Rechtsanwälte der Menschenrechtsorganisationen nach anfänglichem Zögern zur Verteidigung der Gefangenen bereiterklärt. Der Nationale Sicherheitsrat (COSENA) berät über die richtige Vorgehensweise gegen die "Neue Subversion". In Gedenkmessen zum Monatstag des Überfalls feiern die "Rechten" die Putschgeneräle Rico und Seineldin und Ex-Diktator Videla, während der Außenminister und gegenwärtige Präsident der UNO-Vollversammlung, Dante Caputo, der Weltöffentlichkeit die schwierige Lage der argentinischen Demokratie erklärt.

Die Veröffentlichung von zwei Presseerklärungen einer bisher unbekannten "Frente de Resistencia Popular" (FRP), die sich darin zu der Attacke bekennt, am 1. und 16.2. in der kritischen "La República" in Uruguay beantwortete einige Fragen und warf neue auf. Die Angreifer wollten einen neuen Aufstand der 'Carapintadas' verhindern und rechneten mit Unterstützung durch das Volk. Daß sie "technische Fehler" begingen lag an der kurzfristigen Planung. In den Pressemitteilungen werden gravierende Anklagen gegen die Sicherheitskräfte erhoben.

Die Veröffentlichung in Montevideo führte zu einem kleinen Skandal. La República wurde als "Sprachrohr der Guerilla" beschimpft. Die Kulturministerin sah diese Dokumentationen an der Grenze der Legitimität und ihr Staatssekretär behauptete gar, daß die Pressefreiheit nicht unbeschränkt sei. Da an der Echtheit der Erklärungen nicht gezweifelt werden kann, wird vermutet, daß überlebende Guerilleros in Uruguay sind. Der Chef von La República Fasano und sein Stellvertreter wurden von Interpol vorgeladen und verhört.

Wir dokumentieren nachstehend die erste und zweite Presseerklärung der FRP in Auszügen.

Vor der Veröffentlichung einer dritten Erklärung der FRP, die am

7.3. bei La República einging, informierte Fasano nach Überprüfung der Echtheit Alfonsins Sprecher López sowie die uruguayische Regierung und übergab der argentinischen Botschaft eine Kopie des Schreibens. Die Veröffentlichung verzögerte sich auch, weil er die Meinung von Rechtsanwälten der Zeitung und der Leserschaft einholen wollte. Am 10.3. versprach die Zeitung die Veröffentlichung, nachdem sich über 1600 Leser für die Dokumentation aussprachen. Die Guerilleros sprechen in drei Kapiteln über "Jorge Banos, Iván Ruiz und José Diaz", "die Verschwundenen" und "gefährliche Komplizenschaft" und kündigen eine vierte Erklärung an.

Rechte Presse als Scharfmacher

Die ersten Wochen nach La Tablada stellten für die rechte Presse eine Herausforderung dar. Es galt terroristische Anschläge aufzudecken: Bomben unter Brücken und in Kirchen; Schüsse auf ein Leichenschauhaus mit der Absicht die Körper der Terroristen von La Tablada zu entführen; Angriffe auf Polizeistationen; die versuchte Besetzung eines Luftwaffenstützpunkts in Mendoza; Raub von Kriegsmaterial in Form von Watte, Penecellin, Blut und Blutserum aus einem Hospital in Córdoba; Angriffe auf zwei Kasernen des III. gepanzerten Kavallerieregiments von Gualeguaychú und der Unteroffiziersschule von Campo de Mayo; ein weiterer Kasernenüberfall auf das Logistikbatallion 10 von Villa Martelli; Hinterhalt auf auf eine Patroullie der Armee in Rio Cuarto ("Ein Lager von 150 jungen Kommunisten durchsucht"); sogar einen Bombenanschlag auf Linienflug 723 von Aerolineas Argentinas nach Iguacu kann "Clarin" dem entsetzten Leser nicht ersparen. Die systematische Bombardierung mit Schreckensnachrichten erreichte ihren Höhepunkt mit einem Angriff von 6-7 jungen Männern auf das Batallion 141 in Holmberg, Rio Cuarto in Córdoba, wo in einem 1 1/2 stündigen Schußwechsel ein Soldat verwundet wird. Kein Zweifel, Argentinien erlebt einen unvorhergesehenen Ausbruch von Gewalt.

Doch die fetten Schlagzeilen verwandeln sich innerhalb kurzer Zeit in kleine Dementies, die kaum Beachtung finden.

Die rechte Presse nutzt den Schrecken von La Tablada hemmungslos und konsequent, um Panik bei ihrer Leserschaft zu erzeugen. Die kritische Wochenzeitschrift 'El Periodista' vermutet dahinter eine "Psychologische Kampagne", die von Militärs gesteuert und von konservativen Gruppen wie großen Zeitungen und UCD getragen wird.

"Sie unterziehen uns einer Bombardierung mit Lügen, um die 'Ley de Defensa' kaputt zu kriegen und die interne Aufklärung den Militärs zu übergeben", wurde aus kritischen Kreisen bemerkt.

Was geschah mit den Guerilleros, die schon am Montag den 23. gefangen genommen wurden

Militärs exekutieren Gefangene

Die in den Kommuniques erhobenen Anklagen der FRP, daß die Militärs zunächst festgenommene Guerilleros hingerichtet hätten, wurde zu einem wichtigen Punkt in der öffentlichen Diskussion in Argentinien. Es erscheint vielen unglaubwürdig, daß es auf Seiten der Angreifer nur Tote gegeben haben soll, keine Verletzten; denn auf Seite der Sicherheitskräfte gab es nach den heftigen Auseinandersetzungen 70 Verwundete, aber nur 8 Gefallene. Der offiziellen Version, daß es am Montag, dem 23, dem ersten Tag der Auseinandersetzungen keine Festnahmen gegeben habe, widersprechen Bilder und Fernsehaufnahmen, die schon in den ersten Tagen veröffentlicht wurden und die Festnahme von Angreifern am Montag Nachmittag dokumentieren.

Dieselben Personen tauchen wenige Tage später in der Liste der Toten auf. Weiteres Bildmaterial bestätigt den Verdacht der Exekution einzelner Gefangener. Aufnahmen des spanischen Fernsehens vom 23.1. beweisen nach El País vom 26.2., daß einzelne Gefangene erschossen wurden.

Weitere Vorwürfe richten sich gegen die Haftbedingungen der gefangenen Guerilleros. Ende Februar wurden die 20 Häftlinge von Villa Devoto in einen anderen Vorort von Buenos Aires, Caceros, verlegt, wo sie unter Bedingungen der Isolationshaft gefangen gehalten werden.

APDH, die "Ständige Versammlung für die Menschenrechte" in Argentinien forderte in einem Gespräch mit Generalstaatsanwalt D'Alessio, ebenso wie die Verteidiger der Verhafteten, die restlose Aufklärung aller Vorwürfe. "Was ich ihnen fest zusichern kann, ist, daß in dem Fall, das es irgendein Indiz zu dieser Art Vergehen oder einem anderen damit zusammenhängendem gibt, es eine Untersuchung geben wird, die ebenso erschöpfend ist, wie die zu La Tablada selbst", erwiderte D'Alessio auf die Frage nach der Erschießung von Gefangenen in LaTablada und fügt hinzu, "es gibt bereits eine Untersuchung über die Mißhandlungen, die möglicherweise 5 der Häftlinge bei der Überführung am Sonnabend nach den Vorfällen erlitten haben sollen."

Generalstaatsanwalt D'Alessio

Generäle wollen das Sagen

Währenddessen dreht sich die öffentliche Debatte im nationalen Sicherheitsrat um die angesichts des "erneuten Ausbruchs der Subversion" zu ergreifenden Maßnahmen. Sowohl von rechten als auch von linken Medien wird nun vor allem darauf hingewiesen, daß der COSENA illegal ist, da sein Auftrag, die Beratung des Präsidenten, die durch das "Ley de defensa" verbotene Beteiligung der Militärs an der inneren Aufklärung erzwingt (LN 179).

Der Nationale Sicherheitsrat tagt seit seiner Einsetzung kontinuierlich. Schon frühzeitig zeichnete sich ab, daß die beteiligten Generäle unzufrieden mit dessen Zusammensetzung sind. So wurden die zivilen Mitglieder des Rates offen von den Militärs angegriffen. Vor allem Innenminister Nosiglia, nach den Vorstellungen der

'milicos' viel zu moderat, und der Generalstaatsanwalt D'Alessio gerieten in ihr Schußfeld. D'Alessio, der sich schuldig gemacht habe "hunderte von Offizieren an der Anklagebank vorbeimaschieren zu lassen" (gemeint sind die Prozesse gegen die Menschenrechtsverletzungen) sei deswegen ungeeignet, an der "Führung der Antisubversiven Operation" teilzunehmen.

Auch Außenminister Dante Caputo wird vorgeworfen in seiner Außenpolitik viel zu nachsichtig mit Ländern wie Cuba und Nicaragua umgegangen zu sein, so daß sich "die ausländische, linke Subversion leicht in Argentinien einschleichen konnte".

Diese Angriffe gegen die 'Alfonsînisten' verdeutlichen, daß die Militärs in dem Nationalen Sicherheitsrat auf eine Politik hinarbeiten, die der "Doktrin der Nationalen Sicherheit" Vorschub leisten. Daß diese Doktrin für die Militärs nach wie vor ihre Gültigkeit hat beweisen unter anderem die "geheimen" Papiere des 17. gemeinsamen Treffens der Heeresführer Amerikas. Zweifellos wollen die Militärs im COSENA den Ton angeben und ihren Kampf gegen die "Subversion" wiederaufnehmen.

Im Parlament wurde im Februar heftig zwischen den Peronisten und der Regierungspartei UCR um ein Gesetz gekämpft, das die Zuständigkeit in Fragen der inneren Sicherheit festlegen soll. Vor allem die Frage der Zuständigkeit der militärischen Geheimdienste für die Aufklärungsarbeit, bisher durch das "Ley de Defensa" verboten, hat großes Gewicht.

"Das 'Ley antisubversiva' muß mit der größtmöglichen Übereinstimmung verabschiedet werden", verlautbarte das Verteidigungsministerium. Große Teile der Regierung wollten den Militärs nicht den Zugriff auf die Angelegenheiten der inneren Sicherheit geben, bzw. sie zumindest kontrolliert wissen.

In der Debatte gab es zunächst zwei Vorschläge. Der Vorschlag des 'Ley antisubversiva' von Innenminister Nosiglia sah vor, die Tätigkeiten der militärischen Geheimdienste unter zivile Kontrolle zu stellen. Nach ihm entscheidet der Präsident über eine eventuelle weitere Zuständigkeit der Militärs.
"Das Projekt des 'Ley antisubversiva' reduziert das Gestz zur inneren Sicherheit auf ein simples Koordinationsinstrument", verlautbarten seine Gegner.

Die Generäle unterstützten einen zweiten Gesetzesvorschlag von dem Verteidigungsminister Jaunarena, der die militärische Geheimdiensttätigkeit ohne Kontrolle legalisieren wollte. Weiterhin sah dieser Plan vor, das der Nationale Sicherheitsrat dauerhaft bestehen bleibt und die Sicherheitskräfte einschließlich der Armee eingreifen dürfen, wenn die Bundespolizei nicht ausreicht, um die Subversion zu bekämpfen. "Wenn wir die Lektion der nahen Vergangenheit gelernt haben, ist es notendig, daß die offizielle Politik erklärt, bis wohin wir in diesem Kampf gehen dürfen", kommentierte ein Militärführer die Debatte.

Präsidentendekret gegen die Militärs

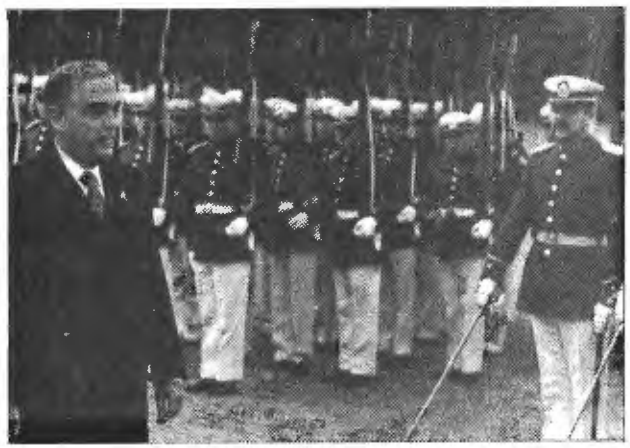
Diese Grenzen der Legalität hat Präsident Alfonsîn nun gezogen. Nachdem die Streitkräfte vor allem nach den gegen sie erhobenen Vorwürfen durch die FRP versuchten den Präsidenten unter Druck zu setzen, um ihre 'alte Rolle' im politischen Leben Argentiniens wiederzuerhalten, präsentierte Alfonsîn am 10. März zwei Gesetze, mit denen er den Disput beenden will. Das eine Dekret sieht die Schaffung eines 'Komitees zur Inneren Sicherheit' vor, das die Aktionen der Sicherheitskräfte und Geheimdienste koordinieren soll. Mit dem anderen Dekret sollen alle Geheimdiensttätigkeiten unter die Kontrolle der 'Nationalen Zentrale der Geheimdienste' gestellt werden.

Ein Schlag gegen die Militärs, die laut Alfonsîn nun nicht legal ihren "antisubversiven Kampf" aufnehmen können. Die neue Zentrale steht unter der Leitung des Präsidenten, der nur durch den Innenminister vertreten werden kann. Außerdem soll sie durch ein Sekretariat des Staates überwacht werden.

Weiterhin wurde vom Präsidenten abgelehnt, das die Festgenommenen Guerrilleros als Kriegsgefangene vor ein Militärgericht gestellt werden, wie es von den Militärs verlangt worden war.

Dennoch, die 'milicos' haben auf jeden Fall schon jetzt an Terrain gewonnen und ihr Ansehen in der Bevölkerung verbessert, denn kaum jemand spricht noch von den Rebellionen der letzten Zeit. Trotz der offensiven Reaktion des Präsidenten, die nicht erwartet wurden, schwierige Zeiten für die argentinische Demokratie.

Andrea Ceschi, Roman Herzog



Vizepräsident Martínez - Freund der Militärs

Dokumentation der Erklärung der FRP

Comunicado Nr.1 (1.2. 1989)

"Die Frente de Resistencia Popular (Volkswiderstandsfront) wurde in erster Linie gegründet, um zu verhindern, daß Militärs weiterhin für Fotos in Pose gehen, während sie Unbewaffnete ermorden, wie in Villa Martelli geschehen. Möglicherweise gehen sie nächstes Mal wieder in Pose, aber dann wird es auch sie teuer zu stehen kommen. Wir werden uns nie wieder damit zufrieden geben, zu beobachten, wie sie durch Gewalt ihre Ziele durchsetzen. Von jetzt an werden auch sie zahlen. Die FRP besteht aus Genossen, die in unterschiedlichen Parteien und Organisationen waren. Wir kamen gemeinsam zu dem Schluß, daß diese "Demokratie" darauf hinausläuft, uns zu entwaffnen und dazu zu verurteilen, für immer unterdrückt zu bleiben.

Wir organisieren uns, um Widerstand zu leisten.

Wir möchten klarstellen, daß die jetzt entfesselte Repression sich zu Unrecht auf den MTP konzentriert, da nachweislich nur ein Teil des MTP in die FRP eingetreten ist, dessen Mitglieder ansonsten aus anderen Gruppierungen kommen.

Die FRP plante, in der letzten Januarwoche 1989 mit Flugblättern, Wandparolen und Pressemitteilungen an die Öffentlichkeit zu treten. Sie trat am 23. Januar mit der Besetzung von La Tablada öffentlich auf, da an diesem Tag eine Versammlung dieser Militäreinheit geplant war, die vorhatte, auf die Straße zu gehen, andere Einheiten im ganzen Land zum Aufstand zu bringen, zig Aktivisten aus Parteien und Gewerkschaften zu ermorden, eine Reihe von die Militärs begünstigenden Bedingungen durchzusetzen und die ohnehin schon beschränkte Pressefreiheit weiter zu beschneiden. In diesem Vorhaben war Leutnant Zamudio, der Chef von La Tablada, die Schlüsselfigur.

Niemand in der FRP hat daran gedacht, das Volk zu ersetzen oder etwas ähnliches. Die Sache ist viel einfacher. Die FRP versuchte, die Schaffung vollendeter Tatsachen zu verhindern, die später nicht wieder rückgängig zu machen gewesen wären. Im Sinne des reaktionären Plans, der seit Semana Santa auf dem Vormarsch ist, sollte mit Zustimmung verschiedener Führer der Justicialistas und unter Tatenlosigkeit der Regierung am 23. Januar weiter vorangetrieben werden. Die Dringlichkeit erlaubte keine bessere Vorbereitung. Und das ist der Grund, weshalb mehrere der gefallenen Genossen ihre legalen Papiere und Fahrzeuge dabei hatten.

(...) Es ist lächerlich und zeugt von bösartiger Absicht, zu denken, daß die Beweggründe der Aktion in einem wahnsinnigen Aktionismus von Elitären oder Messianikern liegen. (...) Die Motivation unserer Genossen befindet sich hier, mitten drin in unserem Land. Sie liegt im wachsenden Elend unseres Volkes.

Sie liegt darin, daß in einem Land mit mehr als 50 Millionen Stück Vieh jeden Tag Kinder verhungern. Sie liegt darin, daß, während Stadträte, Abgeordnete, Senatoren, hohe Staatsfunktionäre und Militärs unglaubliche Gehälter beziehen, die Rentner nicht einmal genug bekommen, um zu essen, und sie durch ihre Familien unterstützt werden müssen, sofern es diese gibt und sie helfen können. Die Motivation liegt in der Arbeitslosigkeit und dem Fehlen von Perspektiven für die Jugend.
(...) Sie liegt darin, daß drei der Zivilisten, die vor Villa Martelli gezogen waren, um gegen die Putschgelüste zu demonstrieren, ermordet wurden und der Präsident sie nicht einmal als Landsleute anerkennen wollte, denn er hat gesagt: "Glücklicherweise ist die Krise gelöst worden, ohne daß argentinisches Blut geflossen ist."

(...) Wir haben 5 Jahre lang auf eine Politik gewartet, die die wirtschaftliche Lage des Volkes verbessern würde, und 5 Jahre haben wir auf die Antwort der Justiz auf die Fragen gewartet: Wo sind die Verschwundenen? Wer hat sie entführt? Wann? Welche Strafe erwartet die Entführer, Folterer und Mörder? Und die Justiz hat uns mit dem "geschuldeten Gehorsam" geantwortet.

(...) Am 23. Januar haben wir basta! gesagt.

Unser Handeln entspringt nicht wirren Gehirnen oder äußeren Einflüssen, es ergibt sich aus einer politischen und sozialen Realität, in der wir nicht länger leben wollen. Nur ein Zyniker gewahrt nicht, was vor sich geht.

(...) Vierzig Männer und sechs Frauen, bewaffnet mit FALs, Gewehren, 2 Panzerabwehr-Raketenwerfern, 2 Granatwerfern M 79 und 2 UZI-Maschinengewehren, wurden von 3.500 Angehörigen des Heeres, der Bundespolizei, Provinzpolizei und Gendarmerie, die mit FALs, Itakas, 105mm-Geschützen, Panzern, schweren Maschinengewehren, Phosphorbomben und Kampfhubschraubern ausgerüstet waren, in einem Quadrat von 450 m Seitenlänge eingekesselt. Letztere haben 30 Stunden gebraucht, um unsere Genossen zu bezwingen.

Wir bitten darum, daß die argentinischen Journalisten und Politiker objektiv sein mögen, nicht so niederträchtig wie bisher. Die Aktion zeugt von einem heldenhaften Widerstand von 46 Männern und Frauen, wie man ihn bisher nur wenige Male gesehen hat.

Was die Militärs gemacht haben, war, die Überlegenheit ihrer Waffen auszunutzen, um unsere gefallenen Genossen mit Panzern

zu überrollen, sie mit Phosphor einzuäschern, als sie schon gefallen waren, um sie erschießen, nachdem sie festgenommen waren, wie es unter anderem der Fall bei unserem Genossen Jorge Banos war. Sie haben sich als blutrünstig, kriminell und feige wie immer erwiesen. Das Militär hat dort bombardiert, wo sich Soldaten aufhielten, um uns später deren Tod in die Schuhe zu schieben. Die Militärs haben mehrere Genossen nach deren Festnahme hingerichtet. Noch geben wir nicht alle Namen, da wir noch nicht letzte Gewißheit haben, ob nicht einige unter ihnen überleben konnten. Doch wissen wir mit Sicherheit, daß Jorge Banos hingerichtet worden ist und daß er im Moment seiner Festnahme durch Kanal 13 (argentinischer Fernsehsender) im Bild aufgezeichnet wurde.

Für Jorge, Claudia, Berta, Pablo Belli, José Luis Caldú, Roberto Sánchez (Osvaldo Farfán), für das Gedenken aller unserer geliebten Toten und mutigen gefallenen Genossen schwören wir, den Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

Comunicado Nr.2 (16.2.1989)

"Die Armee, die Bundespolizei, die Provinzpolizei von Buenos Aires und die Gendarmerie, die an der Repression von La Tablada beteiligt waren, hatten um die 70 Verwundeten in den Auseinandersetzungen. Das sind 85 % ihrer Gesamtverluste.

Die F.R.P. (Frente de Resistencia Popular) hatte 28 Tote und keine Verwundeten.

Die erste Frage, die sich stellt, ist: Warum hat die F.R.P. keine Verwundeten? Die Antwort lautet: Weil alle Verwundeten der F.R.P. hingerichtet worden sind.

Diese Antwort konkretisiert sich in der Erschießung von Jorge Banos, der festgenommen wurde, abgeführt wurde und später als Toter im Leichenschauhaus auftauchte.

Wir stellen kalr, daß er tot im Leichenschauhaus auftauchte, weil weder das Foto auf dem Titelblatt der Zeitschrift "Somos" vom 1. Februar noch irgendein anderes Foto, auf dem er als im Gefecht gefallen dargestellt wird, ihn zeigt. Es handelt sich um das Bild des Genossen Juan Arsenio González. Es sind keine Fotos erschienen, die Jorge als innerhalb der Kaserne gefallen zeigen.

Wir wiederholen, daß der Moment seiner Festnahme und Abführung von Kanal 13 gefilmt wurde, und wir fügen hinzu, daß auch andere Kanäle das gefilmt haben. (...) Eine weitere erwiesene Hinrichtung ist die der Genossen Iván Ruiz und José Díaz.

Neben unserer Aussage (...) gibt es noch folgende Beweise:

Die Zeitschrift "Somos" vom 1. Februar zeigt auf der Seite 13, wie Iván von einem Soldaten festgenommen wird, und die gleiche Zeitschrift zeigt in der Ausgabe vom 25. Januar auf Seite 55, wie Iván, mit den Händen im Nacken, zusammen mit einem anderen Genossen, José Díaz, abgeführt wird. Diese Festnahmen wurden, wie es unten auf der gleichen Seite bestätigt wird, um 15.10 Uhr des 23. Januar durchgeführt. (...)"

In den folgenden Absätzen werden die Zeitschriften "Somos", "Esto", "Gente" und "Siete Días" aufgezählt, die Fotos veröffentlichten, die die Hinrichtung des am Montag nachmittag festgenommen Iván Ruiz dokumentieren, sowie, daß es von José Díaz keine Spur mehr gibt. Er bleibt verschwunden. Die Zeitung "El Heraldo" vom 7.2. bringt die Nachricht, daß Iván sich auf der Flucht befinde. Ein in La Tablada gefallener Julio Arroyo, der in der ersten Pressemitteilung des F.R.P. von seinen Genossen auf dem Foto der Zeitschrift "Somos" identifiziert worden war, soll laut der Zeitung "Diario Popular" vom 8.2. am 7.2. verhaftet und wenige Stunden später dem Richter vorgeführt worden sein.

"... die Zeitung versichert, daß die Durchsuchung (des Hauses, in dem sich Arroyo befand) im Beisein des Richters Miguel del Castillo stattgefunden habe." (...)

Was mit Jorge, Iván und José passiert ist, waren die ersten in La Tablada begangenen Verbrechen, die wir anklagen.

Wir erwarten, daß der Präsident der Nation, Dr. Alfonsín, die Regierung, der Bundesstaatsanwalt Dr. D'Alessio, der mit dem Fall befaßte Richter die Unterstützung der Opposition erhalten und das in die Tat umsetzen, was sie versprechen, nämlich daß sie im Rahmen der Gesetze und der Verfassung handeln und ernsthaft untersuchen, was mit unseren Genossen in La Tablada geschehen ist, sowie den Hintergrund der falschen Berichterstattung. Wenn dies geschieht, werden wir unsere Haltung überprüfen müssen.

(...) Für Jorge, Iván, José und alle unsere geliebten Freunde

Für Jorge, Iván, José und alle unsere geliebten Genossen von La Tablada schwören wir, den Kampf bis zum Sieg fortzusetzen.

F.R.P.
Frente de Resistencia Popular

Korrekturen für den Frühlingsplan

Nachdem der anwachsenden Inflationsrate und der debilen wirtschaftlichen Lage Mitte letzten Jahres in Argentinien der "Plan Primavera" (Frühlingsplan, LN 174) entgegengesetzt worden war, ist die Situation im Moment erneut so kritisch, das neue "Kurskorrekturen" erforderlich wurden. Der "Dollar-Schock" von Anfang Februar ist das Resultat der Unfähigkeit der Regierung, die wirtschaftlichen Maßnahmen auch wirklich einzuhalten und durchzuführen. Kurzfristige Verbesserungen ohne Perspektive - das scheint auch die neuen Ergänzungen zum Plan Primavera zu charakterisieren - in der Hoffnung, daß man bis zum Wahltermin am 14. Mai irgendwie, ohne großes Chaos, über die Runden kommt.

Dabei sah es doch zunächst gar nicht so schlecht aus. Die Inflationsrate von 27,6 % im August 1988 konnte durch den Plan Primavera kontinuierlich bis auf 5,7 % im November gesenkt werden. Für viele eine große Überraschung, denn damit zeigte der Wirtschaftsplan größere Erfolge als ursprünglich erwartet.

Doch schon kurze Zeit später wurden die Schwächen des Plans deutlich. Der mit dem Unternehmerverband vereinbarte Preisstop wurde nicht eingehalten, natürlich, denn es fehlte eine wirkliche Kontrolle. Entscheidender war jedoch, daß das Haushaltsdefizit nicht wie angekündigt durch Einsparungen im öffentlichen Sektor verringert wurde.

So stieg ab Dezember (6,8 %) die Inflationsrate im Januar wieder auf 8,9 % an. In diesem Monat zeigte sich deutlich, daß es um den Frühlingsplan nicht zum besten bestellt war. Die Geldmarktzinsen schnellten rasant in die Höhe, bis sie monatlich 20 % erreichten. Zudem kam es zu einem rapiden Verzehr der Devisenreserven der Zentralbank, die allein in der ersten Februarwoche für 500 Mil. Dollar auf dem freien Markt intervenierte, um den Wechselkurs zu stabilisieren. Doch diese geplante orthodoxe Stabilisierung - Einfrieren der offiziellen Wechselkurse und intensives Einwirken auf die Kursstabilität am freien Markt - trug keine Früchte, vor allem, weil das riesige Defizit des öffentlichen Sektors nicht verringert und so die Inflation weiter angeheizt wurde. So wurde die Wechselkurspolitik der Notenbank, die eigentlich nur zu Korrekturzwecken eingesetzt werden sollte, das wichtigste Instrument zur Bekämpfung der Teuerung. Täglich wurden große Mengen Devisen verheizt.

Rückkehr zu den alten Zeiten und ein neuer Plan

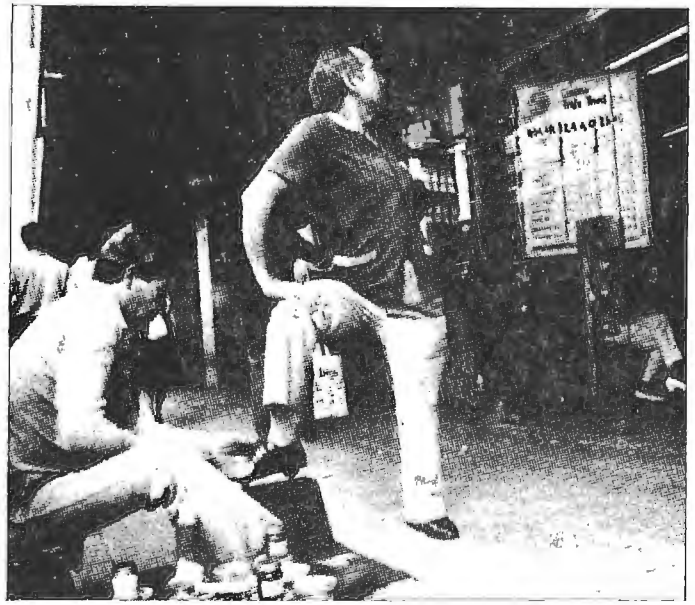
Gleichzeitig entfachten diese Stützungskäufe der Notenbank allerdings eine riesige Spekulationswelle, die Erinnerungen an die Zeit der frühen 80er Jahre unter dem Wirtschaftsminister der Diktatur Martinez de Hoz - die Zeit der Massenspekulation und

Doch damit soll jetzt erst einmal Schluß sein, zumindestens wenn es nach dem Willen der Regierung geht, die mit neuen Maßnahmen des Wirtschaftsdirigismus eingreift. Nach einem "Bank-Frei-Tag" am 6. Februar verlautbarten Wirtschaftsminister Sourrouille und der Zentralbankchef Machinera, daß die wirtschaftliche Situation eine Modifizierung des Plan Primavera erfordere. Zentrum dieser Erweiterung bildet ein neues dreigeteiltes Wechselkurssystem. Neben der Exportrate, die bei 14,1 Australes/$ US festgelegt wurde, wurde eine Importrate eingeführt, die um 25 % über der Exportrate, also bei 17,6 Australes/$ US, fixiert wurde. Beide Sätze sollen künftig parallel zueinander in kleinen Schritten angepaßt werden.

Schließlich existiert noch der dritte Wechselkurs des freien Dollarmarktes, in den die Zentralbank ab sofort nicht mehr intervenieren will. Abgerundet wird dieses neue Wirtschaftsprogramm durch eine Abwertung der Landeswährung um 16 % im Monat Februar.

Dollarschock und weitere Maßnahmen

Der freie Markt reagierte trotz des Bankenurlaubs explosiv auf diese neuen Maßnahmen. Nachdem der freie Wechselkurs zum Dollar am Tag zuvor 17 Australes betragen hatte, schoß er am 8. Februar auf 28,9 Australes in die Höhe, ein wahrer "Dollarschock".



Mit starrem Blick auf den Dollarstand ...

der riesigen Kapitalflucht - wiedererwachen ließ. Die außerordentlich hohen Geldmarktzinsen der argentinischen Banken leisteten dieser neuen Spekulationswelle und der anschließenden Kapitalflucht einen enormen Vorschub.
Auch die geplante Verringerung der Zinsraten auf dem Geldmarkt zwecks Verhinderung der Spekulation hatte keinen Effekt, da die Regierung den Banken schon zwei Tage später eine Anhebung der Zinsen um 30 % erlaubte - als ausbalancierenden Faktor. Doch dies hielt viele Argentinier dennoch nicht davon ab, ihre Dollars schnellstens auf Auslandsbanken anzulegen.

Aufgrund dieser Wirkungslosigkeit der Maßnahmen wurden von dem Wirtschaftsminister am 20. Februar erneut "korregierende Maßnahmen" ergriffen. Danach tritt am 1. März eine erneute Abwertung des Austral um 7 % in Kraft. Weitere marktberuhigende Maßnahmen sind die Bestimmung, daß Exporte ab März zu 20 % nach dem freien Wechselkurs und nicht wie vorher angekündigt nach einem Durchschnittswert aus Ex- und Importrate abgewickelt werden sollen. Dadurch sollen die Einkünfte aus den landwirtschaftlichen Exporten gesteigert und der Dollarzustrom erleichtert werden. Das bedeutet jedoch eine "versteckte Abwertung" um 14 %. Zudem sollen sich die öffentlichen Leistungen um 8 % verteuern und die Geldmarktzinsen gesenkt werden.

Minister Sourouille hofft auf eine Zinsrate von 15 bis 16 % und einen Wechselkurs von 23 bis 25 Australes zum US-Dollar.

Keine Hoffnung für den 14. Mai

Der argentinische Industrieverband und die Bankenvereinigung erklärten auf jeden Fall schon übereinstimmend die "Nicht-Beachtung des Wirtschaftspakets". Die Unternehmer sind wegen der geringen Glaubwürdigkeit des Wirtschaftsministers nicht dazu bereit, den neuen Wirtschaftsplan zu unterstützen. Doch die Regierung Alfonsin hofft auf eine Einigung mit den Kontrahenten. Auch die Farmer bleiben unzufrieden und planen gemeinsame Aktionen, um Druck auf die Regierung auszuüben.
Ungünstige Voraussetzungen also für wirkliche Erfolge bis zum Wahltermin am 14. Mai. Die wirtschaftliche Situation rückt immer mehr ins Zentrum der Wahlentscheidung, und die hohe Inflation schwächt weiterhin die Chancen des UCR-Präsidentschaftskandidaten Eduardo Angeloz. Da nützt auch dessen Aussage "nichts von alledem wäre passiert, wenn das Defizit im öffentlichen Sektor reduziert worden wäre" herzlich wenig.

Dieses hohe Haushaltsdefizit ist natürlich eine wesentliche Folge des Verschuldungsproblems, das alle Länder Lateinamerikas strangulliert. Hinzu kommt in Argentinien die mangelnde Bereitschaft für private Investitionen, um die Wirtschaft zu beleben. Es wird lieber spekuliert - ein lukrativeres Geschäft.

Die strukturellen Ursachen der Wirtschaftskrise werden durch wirtschaftliche Maßnahmen im Stil des Plan Austral und dessen

Fortführung, dem Plan Primavera, nicht geändert oder angegriffen. Sie verfolgen eher kurzfristige Ziele der Stabilisierung.

Die politische und wirtschaftliche Situation in Argentinien wirkt chaotisch. Der Überfall auf La Tablada (LN 179 u. voranstehender Artikel), die Energiekrise - ausgelöst durch Störfälle in den AKW's und die enorme Trockenheit (der heißeste Sommer seit 120 Jahren), die die Energieeinnahmen aus den Wasserkraftwerken starkt verminderten, was seit Ende Januar zu ständigen Stromausfällen und bewuß
fällen und bewußten Stromstops führte, und das wirtschaftliche Chaos lassen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wachsen. Noch schlechtere Voraussetzungen also für eine Fortsetzung der UCR-Regierung als ohnehin schon. Und die Opposition, allen voran die Peronisten, heizen diesen Unmut weiter auf. So meinte ein Wirtschaftsspezialist der Peronisten zu den neuen Maßnahmen: "Dieser Plan zerstört die Realeinkommen, erhöht die Inflation und erzeugt eine heikle Situation für die nächste Regierung".

Roman Herzog

Kurznachrichten

Menem will Malvinas zurück
Der peronistische Präsidentschaftskandidat Carlos Menem erklärte öffentlich:"Die Islas Malvinas(Falkland Inseln) werden wieder Teil unseres Nationalstaats werden,auch wenn wir dafür mit Blut bezahlen müssen". Er warnte die "Piraten der Welt",Großbritanien, daß Argentinien nicht aufgeben werde.
Für diese Äußerung wurde der Populist von allen Seiten kritisiert. Sein Gegenkandidat von der regierenden UCR Angeloz sagte,"kein weiterer Tropfen argentinischen Bluts soll mehr fließen, um die Inseln zurückzugewinnen." Durch die Kritik sah sich Menem gezwungen, seine Aussage zu ergänzen. Er habe den Ausdruck "mit Blut bezahlen " metaphorisch gemeint und nicht auf einen erneuten Krieg bezogen. Er habe vielmehr ausdrücken wollen: Nur mit Liebe,Glauben und Entscheidungskraft werden wir die Inseln für die Menschen Argentiniens und ganz Lateinamerikas zurückgewinnen."

Rückhalt für Carlos Menem
Der Putschgeneral Aldo Rico, der an den beiden ersten Militärrebellionen 1984 und 1987 beteiligt war, kündigte an, er werde den Peronisten Carlos Menem bei seiner Präsidentschaftskandidatur unterstützen. Rico bezichtigte die traditionell antiperonistischen Kreise des Heeres der Absicht, eine künftige peronistische Regierung verhindern zu wollen. Im Falle eines Staatsstreiches würden sich die von ihm befehligten "Nationalisten" diesem entgegenstellen.

URUGUAY

»Voto verde« für Demokratie

Nach Überwindung zahlreicher Hindernisse ist es der "Kommission für das Referendum" gelungen, die für die Durchsetzung des Plebiszits notwendigen Unterschriften zu sammeln. Am 16. April werden die Uruguayer über das Bestehen des "Straflosigkeitsgesetzes" entscheiden. Für das "voto verde" zur Abschaffung des Gesetzes werden noch mehr Stimmen notwendig sein. Die Mobilisierungskampagne läuft. Ihr Erfolg wird entscheidend sein für das Kräfteverhältnis zwischen den politischen Parteien im Hinblick auf die Wahlen im November und für die weitere Entwicklung der Demokratie.

Ein wichtiger Erfolg

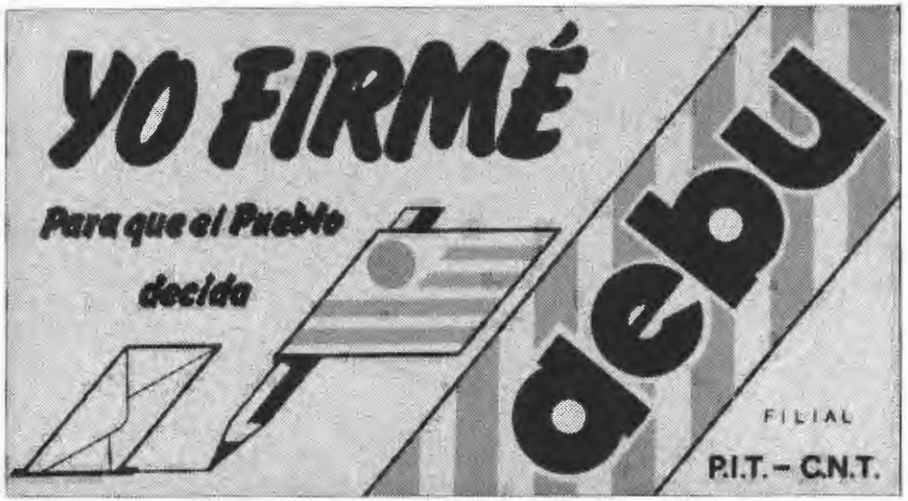
Unter Druck der Militärs hatte im Dezember 1986 die Mehrheit des Parlaments ein "Gesetz über die Hinfälligkeit der Strafabsicht des Staates" verabschiedet (Siehe LN 165). Es schützte alle Militärs und Polizisten, die wegen Menschenrechtsverletzungen hätten angeklagt werden können, vor der Strafverfolgung.
Bereits im Januar 1987 hatten die Ehefrauen zweier während der Militärdiktatur ermordeter Parlamentsabgeordneter vor dem Nationalen Wahlgerichtshof ihre Entscheidung kundgetan, zu einem Referendum gegen das Gesetz aufzurufen. Nach der Verfassung des Landes ist es möglich, eine Volksabstimmung durchzuführen, wenn sich 25% der Bevölkerung für die Durchführung eines Plebiszits aussprechen. Es galt dafür ca. 550 000 Unterschriften zu sammeln. Im Februar wurde die pluralistisch besetzte "Nationale Kommission für das Referendum" gegründet. Es bildeten sich unabhängige Stadtteilkomitees, die in Brigaden organisiert Wohnblock für Wohnblock, von Haus zu Haus zogen, um die Bürger zur Unterschriftsleistung zu bewegen.

Die Regierung und die Massenmedien entfalteten eine ganze Palette von Maßnahmen, um den Erfolg der Unterschriftensammlung zu verhindern. Doch Gegenpropaganda, besonders im Fernsehen, Einschüchterung, Kündigung staatlich Beschäftigter und Arrest für Soldaten, die ihre Unterschrift geleistet hatten, halfen nicht. Im Dezember 1987 konnte die Kommission pro Referendum 634 000 Unterschriften vorlegen. Dies entspricht 28,5% def Wahlberechtigten.

70 000 Unterschriften wurden jedoch vom Nationalen Wahlgerichtshof nicht anerkannt und in weiteren 36 000 Fällen sollten die Unterschriften erneut bestätigt werden. Es blieb eine Woche Zeit, um die Unterzeichner erneut zu mobilisieren, zwischen dem 17. und 19. Dezember vergangenen Jahres nochmals in den entsprechenden Lokalen die Echtheit ihrer Unterschriften zu bestätigen. Eine

fast unlösbare Aufgabe. Doch wie man bereits im November eine Massendemonstration gegen einen möglichen Referendumsbetrug auf die Beine gestellt hatte, so lief diesmal eine in allen Stadtvierteln und den Dörfern im Landesinneren beispiellose Organisation an, um die Betroffenen erneut zur Unterzeichnung aufzurufen. Über die oppositionelle Zeitung und auf Radiosendern (siehe dazu unseren Beitrag über Radio Panamericana) wurde dazu aufgerufen, die Gewerkschaft der Bankangestellten stellte ihren Computer zur Verfügung, um die entsprechenden Namenslisten zu erstellen. Schließlich war es notwendig, jeden Einzelnen aufzusuchen, ihn über die Nichtanerkennung seiner Unterschrift aufzuklären und dazu zu bewegen, im Wahllokal vorstellig zu werden und die Unterschrift erneut zu leisten. Dabei gab es Ängste zu überwinden, denn die Namen werden registriert und damit ist jeder Unterzeichner für Staat und Militär identifizierbar. Die Kraftanstrengung sollte sich lohnen: nachdem man gehbehinderte Unterzeichner noch zum Wahllokal gebracht und sogar eine hochschwangere Frau mit der Ambulanz vorgefahren hatte und die zahlreichen sich im Ausland befindlichen Uruguayer ins Land gerufen hatte, kamen über 22 000 Unterschriften zusammen. Schlußendlich waren es genug. Als sich am 19. Dezember gegen 13 Uhr diese Nachricht verbreitete, strömten die Menschen in Montevideo zu tausenden spontan auf die Straße, tanzten und feierten ausgelassen den politischen Erfolg. Karnevalsstimmung wie am 1.März 1985, als nach 12 Jahren Militärdiktatur die demokratische Regierung ihr Amt antreten konnte.

In den folgenden Tagen wurde erneut in den Massenmedien Stimmung gegen das Plebiszit gemacht. Das "Amnestiegesetz" stelle eine wichtige Grundlage für den Fortbestand der Demokratie dar und die Volksabstimmung sei gegen die Aussöhnung des uruguayischen Volkes gerichtet. Wie man 1985 die Mitglieder der Stadtguerilla Tupamaros amnestiert habe, müsse man dasselbe Recht auch den Militärs zugestehen. Besonders die jüngsten Ereignisse in La Tablada in Argentinien wurden benutzt, um ein Bild unvermeidlicher Konfrontationen und Gewaltakte für Uruguays Zukunft zu malen, sollte das Gesetz per Plebiszit abgeschafft werden.



Die neue Kampagne läuft

Entsprechend den Verfassungsbestimmungen von 1966 legte der Nationale Wahlgerichtshof den Termin für die Volksbefragung fest. Danach werden am 16.April alle Uruguayer zur Abstimmung gerufen. Nachdem bereits 1980 ein Verfassungsentwurf der Militärs mit einer Mehrheit von No-Stimmen abgelehnt worden war, versuchte die Regierung diesmal der Kampagne die Si-Stimmen zuzuordnen. Si - für die Abschaffung des Gesetzes. Man hoffte auf Abstimmungsirrtümer. Doch die Regierung konnte sich damit nicht durchsetzen. Daraufhin wurde der oppositionellen Bewegung jedoch die Militärfarbe grün zugeordnet. Wer für die Beibehaltung des Gesetzes ist, muß mit rotem Stimmzettel wählen. Darüberhinaus versucht die Regierung mit verschiedenen administrativen Bestimmungen die Entscheidung zu beeinflußen. Von der Wahlpflicht erhofft sie sich, daß die bisher indifferenten Bürger aus Angst im Interesse der Herrschenden abstimmen werden. Die Bewohner der Provinzen werden die kostspielige Reise in die jeweilige Provinzhauptstadt auf sich nehmen müssen, um wählen zu können. Es gab eine Gesetzesvorlage im Parlament, nach der die weißen Stimmzettel (voto en blanco) bei einem Plebiszit automatisch den positiven, also den für

das Fortbestehen des jeweiligen Gesetzes erfolgten Stimmen, zugerechnet werden. Allerdings hatte die oppositionelle Nationalpartei (Blancos), die die Gesetzesvorlage eingebracht hatte, für die diesmalige Volksabstimmung eine Ausnahmeregelung vorgesehen.

Sicherlich ein weiterer Erfolg der breiten Mobilisierung des Volkes. Deutlich wird jedoch auch, daß die Widersprüche vor den beiden großen Parteien nicht haltmachen. Innerhalb der Nationalpartei gibt es eine Fraktion hinter dem Abgeordneten Julio Pereyra, die das Plebiszit unterstützt.

Für das "voto verde" müssen diesmal weit mehr Landsleute mobilisiert werden, denn insgesamt 1,8 Millionen Uruguayer sind stimmberechtigt. Allerdings wird diesmal die Stimmabgabe nicht namentlich erfolgen.

Zur Finanzierung der Kampagne veranstalteten die Organisatoren im Februar ein Konzert im Fußballstadion Centenario, zu dem 60 000 Menschen kamen. Sie konnten dabei mit der Unterstützung zahlreicher Künstler rechnen.

Die Kommission Pro Referendum, die erneut auf die Mitarbeit in den einzelnen Stadtvierteln und den kleinen Orten im Landesinneren zählt, hebt die große politische Bedeutung des Plebiszits hervor. Der Sieg des No dürfte zu politischen Kräfteverschiebungen führen: die Minderheitsfraktionen in Regierungspartei (Colorados) und Nationalpartei (Blancos), die das Referendum unterstützen, dürften ebenso gestärkt daraus hervorgehen, wie das Linksbündnis Frente Amplio und die "Bewegung für die Nationale Befreiung" (MLN-T).* Die Aufhebung des Gesetzes wäre zudem ein Signal für ganz Lateinamerika. In Brasilien hatte es 1979 eine Amnestie gegeben, in Guatemala eine Selbstamnestie der Militärs, in Argentinien das Schlußpunktgesetz und dann das Gesetz des "Befehlsnotstandes" (obediencia debida). Ähnlich sind die Verhältnisse in El Salvador, Kolumbien und Peru. Uruguay wäre das erste Land in dem es gelungen wäre, der Verdrängung der Vergangenheit entgegengewirkt zu haben. Nur wenn die Verantwortlichen für den Staatsterror vor Gericht gestellt und verurteilt worden seien, so die Kommission für das Referendum, habe man einen wichtigen Schritt in Richtung einer wirklichen Demokratie und eines tatsächlichen Friedens getan.

Veit Hannemann/Robert Große

* In unserer nächsten Ausgabe werden wir über die jüngsten Entwicklungen im Parteienspektrum berichten. Dazu ein Interview mit Ricardo García, einem der Parteiführer der MLN-Tupamaros.

Zur Unterstützung für das Komitee pro Referendum Spenden bitte auf das Konto Nr. 67958-100 beim Postgiroamt Berlin (BLZ 100 100 10), Sonderkonto "Uruguay" des FDCL (Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika), Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

KURZNACHRICHTEN

Brasilien

Forschung drastisch gekürzt
Als Folge der Sparmaßnahmen, zu denen sich die brasilianische Regierung durch die Auflagen des Weltwährungsfonds gezwungen sieht, sollen bereits vom brasilianischen Kongreß genehmigte Gelder für Wissenschaft und Forschung gestrichen werden. Besonders bedroht ist dabei das "Nationale Institut zur Erforschung des Amazonasgebiets",dessen Mittel um 94 Prozent gekürzt werden sollen, obwohl die Zerstörung des tropischen Regenwaldes am Amazonas durch Staudammprojekte und Abholzungen inzwischen zu einem Thema von internationaler Bedeutung geworden ist. Weitere wissenschaftliche Bereiche, die von den Maßnahmen betroffen sind, sind das "Technologiezentrum für Informatik" und die Mittel für die Finanzierung von Kongreßen, Stipendien und Auslandsaufenthalten von Wissenschaftlern und Studenten.

Chile/ Argentinien

Wieder Streit um Grenzverlauf
Die chilenische Regierung hat gegen die Errichtung einer argentinischen Forschungsstation im Seegebiet an der südlichen Grenze der beiden Länder protestiert. Der genaue Grenzverlauf war nach der Beilegung des Beagle-Konflikts von 1984 von der chilenisch-argentinischen Grenzkommission noch nicht genau abgesteckt worden. Nach Auffassung der chilenischen Regierung soll sich die Forschungsstation auf chilenischem Staatsgebiet befinden, wie ein Sprecher des Außenministeriums erklärte.
Es handelt sich hierbei um den ersten Streitfall seit dem Beagle-Konflikt, der fast einen Krieg zwischen den beiden Ländern ausgelöst hätte. Die Protestnote wurde von der argentinischen Regierung zurückgewiesen, da die Station ihrer Meinung nach auf argentinischem Territorium errichtet wurde.

Uruguay

Argentinischer Virus
Ähnlich wie die brasilianische Regierung reagierte auch die Regierung Uruguays auf den Überfall auf La Tablada. Es besteht die Befürchtung, daß Uruguay vom selben "argentinischen Virus" befallen werden könnte. Vizepräsident Enrique Tarigo meinte:" wir sollten nicht ein zweites Mal den Fehler begehen, zu glauben, daß unser Land immun gegen Einflüsse aus anderen Ländern der Welt ist. Wir müssen in Alarmbereitschaft sein, falls diese Guerilla-Attacken eine ansteckende Epidemie werden."
Vor allem die Tatsache, daß der Rechtsanwalt Jorge Baños, der unter den Toten der Angreifer auf La Tablada identifiziert wurde, regelmäßig nach Uruguay fuhr und Kontakt mit lokalen Politikern dort hielt, bietet der uruguayischen Regierung Anlaß zur Besorgnis.

BRASILIEN

Altamira – Indianerrechte gegen Großprojekte

Die Situation der Indianer Brasiliens wird in der letzten Zeit vermehrt auch außerhalb des Landes zur Diskussion gestellt. Mit der neuen Verfassung werden den Ureinwohnern allenfalls rhetorische Zugeständnisse gemacht, denn in der Realität ist ihre Existenz bedroht wie nie zuvor. Eine angemessene Respektierung der indianischen Interessen liegt der Regierung José Sarneys fern, da Fortschritt weiterhin brasilianisch interpretiert wird. Großprojekte inmitten des Amazonasurwaldes sollen mit einer planmäßigen Assimilierung der Indianer verbunden werden. Ein Treffen verschiedener Indianerstämme mit Umweltschützern und Journalisten in Altamira (Bundesstaat Pará) sorgte erneut für internationale Aufmerksamkeit.

Vom 20.-25. Februar trafen sich dort etwa 1600 Abgesandte verschiedener indianischer Stämme aus Brasilien, Mexiko, USA, Kanada und Malaysia unweit des Siedlungsgebietes des Kaiapo-Stammes, das gleichzeitig das Prospektionsgebiet für das Staudammprojekt Cararão darstellt. Initiator war der Kaiapo-Häuptling Paulo Payakan, der wegen Gesprächen mit Vertretern der Weltbank über die zu erwartenden Schäden für die Umwelt und die indianische Bevölkerung wegen "Rufschädigung Brasiliens" angeklagt wurde. Er kündigte die Bekämpfung der geplanten Kraftwerke mit friedlichen Mitteln an, um zu einer wirkungsvollen Durchsetzung der indianischen Interessen zu gelangen.
Diesen stehen nicht nur das nationale Fortschrittsdenken der Regierung, sondern auch ein Großteil der brasilianischen Bevölkerung entgegen. Befragt man die Einwohner Altamiras, so befürworten sie oft den Bau des Staudamms, weil sich für sie das Vorhaben mit der Hoffnung auf Arbeit und Wohlstand verbindet. Zur Spitzenzeit der Bauarbeiten in Cararão und den künftigen Modernisierungsarbeiten in Altamira sollen 30.000 Arbeiter benötigt werden. Fernando Mesquita, Präsident des Instituts für Umweltschutz und als Vertreter Präsident Sarneys nach Altamira gereist, bringt es auf die allgemeinverbindliche Formel: "Cararão ist unentbehrlich für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Brasiliens." Das Energieprogramm der Regierung plant bis zum Jahre 2010 136 Stauseen in ganz Brasilien, die insgesamt 100.000 km^2 überfluten werden. Der "Plano 2010" sieht für das Amazonasgebiet etwa 80 Stauseen vor, von denen einige schon existieren oder sich im Bau befinden. Allein im Bereich des Amazonaszuflußes Xingu sollen von Eletronorte 6 Kraftwerke errichtet werden, was eine Überschwemmung von rund 18.000 km^2 bedeuten würde. Die Bau-

pläne für Cararão und Babaquara (Nr.28 und 29 der Grafik) sind so gut wie fertig. Hier ist nach offiziellen Berichten eine Umsiedlung von insgesamt 344 Menschen, davon 286 Indianer, vorgesehen. Die Indianer selbst sprechen dagegen von einer Überschwemmung von 12 Siedlungen und mehreren Tausend Obdachlosen.

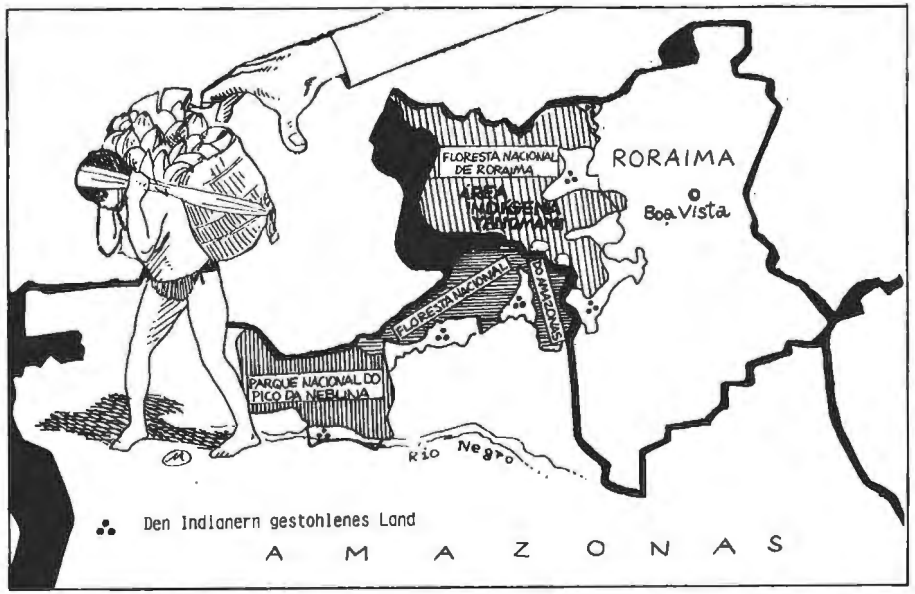
Ethnische und ökologische Probleme sind im Amazonasgebiet eng miteinander verknüpft. In Belem verurteilte ein "Umwelttribunal" mit Vertretern von 30 Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen, Gewerkschaften und Parteien den brasilianischen Staat wegen "Verbrechens an der Amazonasregion". Der prominente Umweltschützer José Lutzenberger, Träger des alternativen Nobelpreises, bezeichnet Cararão als größenwahnsinnige Anlage. Selbst Eletronorte

Retortenstadt Monte Dourado am Westufer des Amazonasnebenflusses Jari

konnte in Altamira dazu veranlasst werden, ihren früheren Bau des Staudamms in Balbina (vgl. hierzu LN, Nr.166) als Fehlentscheidung einzugestehen.
Die Lobby der Indianer ist gering und Solidaritätsbekundigungen aus dem Ausland dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese von der Bevölkerung Brasiliens meist als minderwertig und hinderlich angesehen werden. Bezeichnend hierfür sind Schüsse, die während des Treffens auf indianische Unterkünfte abgegeben wurden. So ist die Kritik an den Staudammprojekten oft nur ökologisch begründet und vernachlässigt die Gefahren für die Indianer.

Zweiter Energiesektorkredit vorerst gesperrt

Einziger Hinderungsgrund für die brasilianische Regierung, das Projekt 2010 zu beginnen, sind weder moralische noch ökologische Bedenken, sondern akuter Geldmangel. Verhandlungen über den 500 Millionen-Dollar-Kredit der Weltbank sind unterdessen ins Stocken geraten, da, so US-Senator Kasten, eine weitere Zerstörung des Regenwalds vermieden werden soll und Brasilien keine Möglichkeit zur Entwicklung von Atomwaffen gegeben werden soll. Diese Befürchtung gründet sich auf den beabsichtigten Bau des Kernkraftwerkes "Angra III" (als Teil des "Plano 2010"), von dem Brasilien nicht abrücken will. Der eigentliche Nutznießer des Kredites wäre nämlich der staatliche Electrobras-Konzern, der auch für die Entwicklung des Atomprogramms zuständig ist. Die USA begründen ihre Bedenken damit, daß Brasilien sich bisher geweigert hat, internationale Protokolle zu unterzeichnen, die den Gebrauch von Atomkraft nur zu friedlichen Zwecken zulassen. Außerdem wäre Atomstrom doppelt bis dreimal so teuer wie durch Wasserkraft erzeugter Strom. Obwohl die USA schon dem ersten Energiesektorkredit aus Umweltgründen nicht zugestimmt hat, wird vermutet, daß sie bei dem Zweiten wirtschaftspolitische Hintergründe hat. Das geplante Kernkraftwerk "Angra III" soll nicht wie "Angra I" von der US-Firma Westinghouse, sondern von Siemens (so wie "Angra II") gebaut werden. Auf bundesdeutscher Seite besteht eine zwiespältige Haltung gegenüber dem 2.Kredit. Der massive Druck von Siemens auf das Bundeswirtschaftsministerium zur Einhaltung des deutsch-brasilianischen Atomvertrages steht im Konflikt zu den Forderungen, aufgrund der unverantwortlichen ökologischen Folgen vom Kredit Abstand zu nehmen.
Die brasilianische Regierung wehrt sich gegen umweltpolitische Auflagen und betont die Souveränität des Landes. Außenminister Abreu Sodre betont, daß "Brasilien nicht die ökologische Reserve für den Rest der Welt" sei und Vize-Außenminister Flecha de Lima klagt die Kreditgeber an "Brasilien die Chance zu entziehen, sich zu entwickeln". Der Vorschlag, einen Teil der brasilianischen Schulden als Gegenleistung zum Erhalt des Amazonasurwaldes zu erlassen, wird als "Internationalisierung des Amazonas" abgelehnt. Mit dem Aufkleber "Amazonas gehört uns" wurde eine Kampagne gegen Umweltschutzauflagen und Einmischung von außen eingeleitet. Mit dieser Politik für mehr Unabhängigkeit und gegen Weltbankauflagen versucht die Regierung Stimmen von links zu gewinnen. Und obwohl nach der neuen Verfassung die Ausbeutung von Bodenschätzen ausschließlich brasilianischen Unternehmen zusteht, soll mit dem "Plano 2010" eine weitere Investitionsmöglichkeit für das Ausland geschaffen werden. Klar ist, daß mit der Vergabe des 2.Energiesektorkredits (und seinen Folgekrediten der Bedrohung der Indianer Vorschub geleistet würde, woran auch Auflagen nichts ändern können.



Indianerpolitik im Widerspruch zur neuen Verfassung

Die indianerfeindliche und ethnozentrische Politik, die sich seit jeher rechtlich legitimieren ließ, wird auch weiterhin betrieben.
Die neue Verfassung ließ auf Verbesserungen in der Rechtslage der Indianer hoffen, doch sie entpuppte sich schnell als demokratischer Tarnanzug. In dem Verfassungstext wurden zwar einige Forderungen der Nationalen Vereinigung der Indianervölker (UNI) und des Indianermissionsrates (CIMI) berücksichtigt, doch zeigen Brasiliens Politiker keinerlei Eifer ihn in praktische Politik umzusetzen. Bislang fehlen die notwendigen ergänzenden Bestimmungen und Gesetze, um die Verfassung erst Wirklichkeit werden zu lassen.
Nach dem Indianerstatut von 1973 steht den Indianern zwar immer noch das Recht auf "freie Wahl der Lebensweise und auf Respektierung ihrer kulturellen Werte, Traditionen und Gebräuche" zu. Die aktuelle staatliche Indianerpolitik jedoch will, so Nestor Jost (Generalsekretär des Interministeriellen Rates), "die Indianer in einem Maße akkulturieren bis sie schließlich als Projektarbeiter assimiliert werden können." Durchführungsorgan der Integrationspolitik ist die "Indianerschutz"behörde FUNAI, die vorrangig immer Regierungsinteressen erfüllt und sich so genauso der Verelendung der entwurzelten und verarmten Indianer schuldig

macht. Da sich die FUNAI in der Öffentlichkeit und im Ausland einen schlechten Ruf eingehandelt hat, wurde ihr 1988, gemäß der neuen Verfassung, die ausschließliche Zuständigkeit über die Indianervölker entzogen und ihre Aufgaben auf verschiedene Bundesorgane verteilt. Dadurch ist sie zu einer kraftlosen Alibischutzbehörde degradiert; die Macht über die Indianer befindet sich jetzt eindeutig in den Händen der Regierung.
Die Gefahren der Machtkonzentration zeigen sich besonders deutlich in der Frage der Bodenrechte. Nach Art.268 und 269 stehen den Indianergemeinschaften die Gebiete zu aus denen sie durch Jagd, Fischfang oder Kultivierung ihren Lebensunterhalt beziehen und die für ihr Wohlbefinden und ihre kulturelle Existenz notwendig sind. Dort ist fremden Personen der Zutritt und die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer untersagt. Neuerdings sollen Indianergebiete vom Sonderministerium für Landfragen und vom Innenministerium markiert werden, was bedeutet, daß die durchzuführenden Vermessungen den Interessen der nationalen Entwicklungs- und Agrarpolitik angepasst werden. Grenzunklarheiten fördernd demarkierte die Regierung bisher erst 14% des Indianern zustehenden Landes. Doch noch nicht einmal in diesen Gebieten haben die Indianer eine Garantie auf unantastbares Eigentum.

Doktrin der nationalen Sicherheit bedroht Brasiliens Indianervölker

Denn über das Gesetz der territorialen Rechte setzt sich ein Ausnahmefalldekret hinweg, das in erschreckendem Ausmaß zur Anwendung kommt.

Hierbei handelt es sich um den Gesetzeserlaß Nr.88.118, der besagt, daß der Staat eine Intervention vornehmen kann, wenn es nationale Sicherheit und Entwicklung des Landes erfordern. Trat dieses "decreto" bisher auf bloße Anordnung des Staatspräsidenten in Kraft, ist heute die Zustimmung der Legislative erforderlich. Beim Bau von Staudämmen oder der Ausbeutung von Bodenschätzen entscheidet der Nationalkongress über Nutzen und Folgen des Eingriffs, bevor er die Genehmigung zur Intervention erteilt. Hier soll Indianerorganisationen eine Einflußnahme zugestanden werden, die allerdings in Anbetracht der momentanen Zusammensetzung des Kongresses nicht allzu groß ist.

Den Indianern wird nach der Umsiedlung in zugewiesene Gebiete zwar eine finanzielle Entschädigung und die ökologische Gleichwertigkeit des neuen Gebietes zugesichert. Doch diese Maßnahmen können niemals die schwerwiegenden Folgen für das Leben der Betroffenen wettmachen, für die gerade Grund und Boden ihrer Heimat eine ganz spezielle Bedeutung hat. Ohne ihr Land ist nur den wenigsten Indianern ein Überleben möglich. Zum Zweck von Entwicklung und Fortschritt wird ein Völkermord ohne weiteres in

Kauf genommen, wenn nicht sogar angestrebt, damit der Durchführung von Großprojekten nichts mehr im Wege steht. Mit sog. "certidões negativas" (Negativbescheiden) werden dazu "freiwillig und endgültig" von Indianerstämmen aufgegebene Gebiete dem Staatseigentum zurückgeführt.
Sinn und Zweck der jetzigen Indianerpolitik ist es nach Paulo Suess (Beauftragter der brasilianischen Bischofskonferenz für Indianerfragen), "Brasilien von der indianischen Präsenz zu entsorgen, da sie ein Hindernis für die Projekte darstellen".

Bewußter Ethnozid für wirtschaftlichen Gewinn

Mit dem "Plano 2010" ist die Zukunft des Amazonasgebietes als Industrialisierungszentrum besiegelt. Die Indianer sollen zugunsten des Großkapitals verdrängt werden, denn sie bieten keine Garantie für die Stabilität des Gebietes. In diesem Zusammenhang muß auch das militärische Projekt "Calha Norte" gesehen werden. Ein 150 km breiter Streifen soll entlang der 6.500 km langen Nordgrenze Amazoniens durch die Errichtung militärischer Anlagen abgesichert werden. Man befürchtet einen "kommunistischen Einfluß" oder die Entstehung eines autonomen Indianerstaates. Wie man den Begleitplänen entnehmen kann, liegt aber das eigentliche Interesse nicht in der externen, sondern in der internen Sicherheit: der weiteren Erschließung und Entwicklung Amazoniens. Investitionen sollen durch Energiebereitstellungen aus Kraftwerken des "Plano 2010", durch die Sicherung der (in der Verfassung den Indianern zugesprochenen) Bodenschätze, durch eine stabile Infrastruktur und der Beseitigung des Hindernisses der angestammten Bevölkerung, ermöglicht werden.

Von den insgesamt 200.000 Indianern Brasiliens leben 50. - 80.000 in besagtem Grenzstreifen. Bei den Yanomamis zersplitterte das Projekt "Calha Norte" ihr 9 Mio ha großes Gebiet in 19 Einzelteile die nur noch 30% ihres ursprünglichen Landes ausmachen. Damit wird das soziale Gefüge der Stammeseinheiten zerstört. Die Indianer sind außerdem als Arbeitskräfte für die Industrieprojekte schon fest eingeplant. Diese Doktrin der angepassten Indianerpolitik soll letztendlich zur Auflösung der Stämme führen.

"A questão indígena é muito complexa" - sie ist es, wie lange noch ?

Thomas Steeb / Irina Pächnatz

VENEZUELA

Was explodierte in Caracas?

Der sozialdemokratische und erst am 2. Feb. 1989 ins Amt eingeführte Präsident Venezuelas, Carlos Andrés Pérez, hatte am 16. Februar 1989 sein lang erwartetes "Schock-Programm" vorgelegt, das u.a. drastische Preis- und Tariferhöhungen vorsieht. Nach Inkrafttreten einzelner Maßnahmen des Pakets Ende Februar wurde Venezuela von seit dem Sturz der letzten Militärdiktatur 1958 noch nicht dagewesenen Unruhen erschüttert. Es kam zu Plünderungen in Caracas und anderen Städten. Die Bewohner der Ranchos (Elendsviertel) hatten sich entschlossen, zumindestens einmal sich das zu holen, was sie durch ehrlicher Hände Arbeit kaum oder nie bekommen können. Bei der Unterdrückung der Aufstände kam es nach offiziellen Angaben zu 246 Toten.

Damals in Mérida ...

"Was explodierte in Mérida ?" fragte vor 2 Jahren die von Jesuiten herausgegebene venezolanische Monatszeitschrift "SIC". Was war geschehen ? Ein Student war in Mérida im Jahre 1987 von einem Rechtsanwalt, einem jener vielen kleinen Provinzfürsten, die über Geld oder einflußreiche Freunde oder hilfreiche Parteikontakte oder über alles zusammen verfügen, aus nichtigem Anlaß erschossen worden. Um zu verhindern, daß dieser Anwalt, wie es eigentlich der Regelfall war und ist, straffrei wegkommen könnte, kam es zu Protesten und Demonstrationen in dieser Universitätsstadt, an denen auch die nicht-studentische Bevölkerung teilnahm. Zu guter Letzt okkupierten Armee und Nationalgarde die Stadt, um die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Bereits damals stellte die sozialdemokratische Partei, Acción Democrática (AD), die Regierung und den Präsidenten Jaime Lusinchi. Vor 2 Jahren meinte die Regierung noch, sich die Chuzpe leisten zu können, die Schuld an den Ausschreitungen irgendwelchen, nicht näher umschriebenen Vandalen, illegalen Ausländern und Drogenhändlern geben zu können, und zu behaupten, die Proteste würden nicht den im Lande vorherrschenden Verhältnissen gerecht werden. Doch gab es schon damals realistischere Analysen aus dem Lager der AD. Deren Vorsitzender, Gonzalo Barrios, wußte ganz genau, was zur damaligen sozialen Explosion geführt hatte. "Es ist wahr, daß die Krise, unter der das Land leidet, und die damit einhergehende unvermeidliche Verarmung aller sozialen Klassen mit der Ausnahme einer kleinen Minderheit,..., den Willen schwächt, die gesetzliche Ordnung aufrechtzuerhalten." Doch selbst diese Einschätzung traf den Nagel nicht auf den Kopf.

"SIC" gab schließlich die passende Antwort auf die eingangs erwähnte Frage: "Barrios anerkennt, daß die Krise, die sich in einer allgemeinen Verarmung niederschlägt, der Zeitpunkt enormer Gewinne für einige wenige ist. Das ist es, was jeder sieht und dermaßen viel Groll heraufbeschwört. Jedoch für Barrios ist dies unausweichlich." Die in Mérida aufbegehrenden Studenten und Bevölkerung sahen nicht mehr diese zwingende und schicksalhafte Unvermeidlichkeit ein. So war der Tod des Studenten nur der Funke, der das Pulverfaß zur Explosion brachte, deren Sprengkraft auf der Verbitterung über die Preissteigerungen, Kaufkraftverlust der Löhne und Gehälter, Arbeitslosigkeit (v.a. unter den Jugendlichen), Verschlechterung der öffentlichen Dienstleistungen und der Kenntnis der hohen Gewinne einiger weniger beruhte.

... und heute in Caracas und anderswo

An den Gründen für die soziale Explosion, damals wie heute, hat sich nichts geändert. Ganz im Gegenteil: Sie sind berechtigter und schwergewichtiger als je zuvor angesichts der wirtschaftlichen Lage der übergroßen Mehrheit der venezolanischen Bevölkerung. "COPRE" (Comisión Presidencial para la Reforma del Estado) belegte, daß zwischen 1984 und 1988 die Zahl der armen Haushalte, die sich nicht den behördlich definierten Mindestwarenkorb leisten können, sich auf knapp 2 Mio. verdoppelte.

Deshalb ist heute keine Rede mehr davon, daß die Plünderungen und die sich Luft verschaffende Wut irgendwelchen machiavellistischen Machenschaften geschuldet sind. So etwas zu behaupten, würde nur noch mehr öl auf das Feuer gießen. Pérez spricht daher jetzt von einer "Nationalen Tragödie" und "einer Lektion für alle Venezolaner", eine Interpretation der Ereignisse, der sich auch FEDECAMARAS, der Venezolanische Unternehmerverband, anschließen mag, weil sie beruhigend und nichtssagend zugleich sein soll, indem die Gründe für die wirtschaftliche Misere ausgeklammert werden: die interne ungerechte Einkommensverteilung, die hohe Auslandsverschuldung und der Platz Venezuelas im Szenario des Weltmarktes und Weltwirtschaft.

Die Voraussetzungen

Venezuela mußte in der jüngsten Vergangenheit harte ökonomische Tiefschläge einstecken. Es bezieht 81% seiner Einnahmen aus dem Erdölgeschäft, d.h. Venezuelas Staatshaushalt und Volkswirtschaft hängen am Tropf des Erdölpreises. Folglich hat jegliches Absinken des Erdölpreises verheerende Auswirkungen auf die venezolanische Wirtschaft.

Der OPEC, deren Gründungsmitglied Venezuela ist, war es nicht gelungen, den Preis für Rohöl/pro Barrel stabil oder zumindest auf einem hohen Niveau zu halten, seit im Jahre 1981 aufgrund des Ausbruchs des iranisch-irakischen Krieges der Preis/pro Barrel auf 34 $ hochschoß. Seitdem ging es stetig bergab: 1983 29$, Mitte 1986 sogar unter 10 $. Von 16,3 Mrd. $ im Jahre 1981 sanken die Erdöleinnahmen auf bescheidene 8,4 Mrd. $. Dazu gesellte sich eine kontinuierliche Abwertung der venezolanischen Währung, dem Bolívar, gegenüber dem Dollar von 12 : 1 im Jahre 1981 auf 37 : 1 im Februar diesen Jahres.

Vor diesem Hintergrund und zusätzlich die hohe Auslandsverschuldung von 35 Mrd. $ plus fälliger Zinszahlungen von 7,8 Mrd. $ für den Zeitraum 1988-90 nahm die wirtschaftliche Misere ihren Lauf. Der Staat hatte nicht mehr genügend Mittel zur Verfügung, um mittels populistischer Ausgabenprogrammen die ungerechte Einkommensverteilung zu kaschieren und die armen Bevölkerungsschichten zu befrieden. Gleichzeitig bedeutete der abgewertete Bolívar verteuerte Importe, d.h. erhöhte Inflationsrate, schwierigere Bedienung der Auslandsschulden und Schwund der Devisenreserven. Die frei verfügbaren Devisenreserven reichten Ende Februar 1989 nur noch zur Deckung des dringensten Importbedarfs für wenige Wochen. Mit anderen Worten: Das wirtschaftliche Panorama Venezuelas glich sich strukturell dem der anderen hochverschuldeten Länder an.

Die Maßnahmen

Die Maßnahmen, die zur Sanierung und Entlastung des Staatshaushaltes und zur Besserung der wirtschaftlichen Lage führen sollen, wurden von Perez am 16. Feb. 1989 bekanntgegeben. Sie bewegen sich haargenau auf der Linie des IWF und umfassen im einzelnen:

- Abschaffung des Systems der verschiedenen Wechselkurse für den Bolivar, dessen Wert in Zukunft durch den freien Devisenmarkt ermittelt werden soll.
  Bisher gab es dreierlei Wechselkurse: den freien zu 37/38 Bolívar/pro Dollar; den zu 14,5 festgesetzten, zu dem die Zentralbank Venezuelas jeden im Export verdienten Dollar vergütete und endlich den zu 7,5 amtlich fixierten, der für Importe von Medi-

"Ich habe Hunger!" - "Was verstehen Sie schon von politischer Ökonomie!"

  kamenten und Lebensmitteln reserviert war. Die Tragweite dieser Maßnahme wird ersichtlich, wenn man weiß, daß Venezuela 60% aller Lebensmittel einführt.
- Die bisher auf 13% eingefrorenen Bankzinsen sollen freigegeben werden. Sie lagen bisher weit unter der offiziellen Inflationsrate von 35,5% im letzten Jahr. Damit soll ein Anreiz für die Repatrierung des ins Ausland geflossenen und geflüchteten Auslandskapitals geschaffen werden.
- Erhöhung der Benzinpreise um 83%, von Gas um 133% und Anhebung der Bustarife um 30%. Diese Maßnahmen sollten am 26.Feb. in kraft treten.
- Verringerung der öffentlichen Ausgaben mittels Nichtbesetzung freiwerdender Stellen, Erhöhung der Gebühren für öffentliche Dienstleistungen und Güter, Ausbau und Verbesserung des Besteuerungssystems und Streichung "wahlloser" Subventionen.

- Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor um 30% und Anhebung des monatlichen Mindestlohns auf den Gegenwert von 100 $. Den Gewerkschaften und Arbeitgebern der freien Wirtschaft wird anheimgestellt, über Lohnerhöhungen unabhängig von staatlichen Auflagen zu verhandeln.

- Bereitstellung von 2 Mrd. $, um damit u.a. eine Reihe von Lebensmittelsubventionen und Maßnahmen im Gesundheitssektor zu bestreiten, um die Wucht der anderen Sparmaßnahmen zu mildern.

Der Verkündigung des Maßnahmekatalogs folgte eine spekulative Entwicklung, weil sowohl die Subventionen als auch die Preiserhöhungen für bestimmte Waren nicht sofort, sondern mit einer kleinen zeitlichen Verzögerung in kraft treten sollten. Waren, von denen man wußte, daß sie sich verteuern würden, verschwanden aus den Regalen, ebenso solche, von denen bekannt war, daß sie subventioniert würden, aber noch nicht klar war, in welchem Maße wie bei Mehl.

Die Hand des IWF

Obwohl zum Zeitpunkt der Verkündigung des Schock-Programms noch kein formelles Abkommen mit dem IWF existierte und der "letter of intent", in dem die Regierungen die Absichtserklärungen hinsichtlich zu ergreifender Anpassungsmaßnahmen formulieren, noch nicht dem IWF übergeben worden war, stand für die venzolanische öffentlichkeit und Bevölkerung der IWF als Taufpate des Schock-Programmes fest.

Schon zwei Tage vor der Ankündigung des scheidenden Präsidenten, Jaime Lusinchi, in seiner Ansprache zum Jahresende, die Tilgungszahlungen für die staatlichen Auslandsschulden einzustellen, hatte die venezolanische Tageszeitung "El Universal" berichtet, daß Perez mit dem IWF über einen Kredit von 2 Mrd. $ verhandelt, der selbstverständlich abhängig sein sollte von einer Reihe von Strukturanpassungsmaßnahmen. Danach kamen nochmals Verhandlungen zwischen Perez-Beratern und dem IWF zustande, d.h. dies alles geschah vor seinem Amtsantritt am 2.Feb.

Vielleicht sollte es später die Erinnerung an diesen vorauseilenden Gehorsam von Pérez und den Widerspruch zu seiner früheren Charakterisierung des IWF als "Vehikel für ökonomischen Totalitarismus" sein, die die Wut der Rancho-Bewohner noch zusätzlich schürte.

Man war sich in Venezuela denn auch einig, daß Perez mit seinem Maßnahmenkatalog im voraus alle wesentlichen zukünftigen Auflagen des IWF erfüllt hatte ohne formell schon einen Abschluß mit letzterem gefunden zu haben. Der "letter of intent" wurde Anfang März übergeben. Jedoch wurde sein Inhalt offiziell nicht veröf-

fentlicht. Der Tageszeitung "El Nacional" gelang aber Einsicht in zumindest Teile der Absichtserklärung. So ist geplant, die Subventionen bis 1990/91 auslaufen zu lassen, weil nämlich, wie es sibyllinsich heißt, soziale Stützungsprogramme ausgeweitet werden. Nur das glaubt wohl kein Mensch in Venezuela: Wenn kein Geld da sein soll für Subventionen, wo soll denn dann das Geld für die angesprochenen Sozialprogramme herkommen.

Die Folge des IWF-getreuen Schock-Programms

Die Folgen

Wie im Maßnahmepaket vorgesehen traten die Benzinpreiserhöhungen Ende Februar in kraft. Die Besitzer der Busse und Buslinien versuchten die höheren Benzinpreise auf die Fahrgäste abzuwälzen, ohne dabei zu vergessen, für sich selber einen guten Schnitt herauszuholen. Sie mißachteten die offizielle Vereinbarung, die Fahrpreiserhöhungen auf 30% zu begrenzen und verlangten mehr als

das Doppelte. Dieses schamlose Gebaren führte zuerst zu spontanen Protesten und Wutausbrüchen, danach größeren Demonstrationen, bis es dieser anscheinend kleine Anlaß geschafft haben sollte, dafür zu sorgen, daß kurze Zeit später am 27.Feb., Montag abend, Montag nacht, die Lage in Caracas explodierte und massive Plünderungen und Zerstörungen einsetzten. Sehr rasch wurden alle größeren Städte Venezuelas von Protesten und Plünderungen erfaßt und überzogen. Die Polizei, Armee und Nationalgarde wurden eingesetzt und schossen z.T. scharf mitten in die plündernden Menschen.

Fast ausschließlich Menschen aus den "cinturones de miseria" (Elendsgürteln) der Städte beteiligten sich an den spontanen Plünderungen, die auch kleine Ladenbesitzer nicht verschonten. Die Lage nahm solche Ausmaße an, daß die Regierung die verfassungsmßigen Rechte und Garantien suspendierte und über das ganze Land eine Ausgangssperre verhängte, welche erst wieder am 6. März in allen Teilen Venezuelas aufgehoben wurde.

Nach offiziellen Angaben kam es bei der Niederschlagung der tagelangen Plünderungen und Proteste zu 246 Toten und knapp 2000 Verletzten, von den letzteren allein über 200 duch Schußwunden. Die linke Opposition erhebt zusätzlich an die Regierung den Vorwurf von schweren Menschenrechtsverletzungen und 30 verschwundenen Personen. Auch mag man den offiziellen Angaben über Tote und Verletzte keinen rechten Glauben schenken; man spricht von weitaus mehr Toten, wenigstens 500.

Wie ist dieser hohe Blutzoll zu erklären ? Darauf gibt es eine einfache makabre Antwort: Die Sicherheitskräfte Venezuelas, v.a. die Nationalgarde, waren und sind immer noch nicht auf die Bekämpfung solcher Aufstände vorbereitet, weil sie nicht wie ihre Kollegen in manch anderen lateinamerikanischen Ländern Gelegenheit gehabt haben, dies zu üben, da bisher solche Phänomene in Venezuela unbekannt waren.

Für das herrschende System und seine politischen, militärischen, wirtschaftlichen und sozialen Eliten müssen die Ereignisse speziell aus einem Grunde Besorgnis hervorrufen: Wenn selbst Pérez, der wirklich einzige charismatische Politiker auf nationaler Ebene, der dank seines Charismas und Popularität selbst starke Widerstände innerhalb des AD - Parteiapparats gegen seine erneute Präsidentschaftskandidatur überwand, die verarmten Massen nicht mehr unbedingt und jederzeit im Zaum halten kann, verspricht dies für die Zukunft Venzuelas unruhige Zeiten. Jederzeit können bei ähnlichen Anlässen die Wut und der Zorn über "die da oben" wieder aufflackern, und die einzige Hilfe bestünde im Eingreifen der Armee und Nationalgarde. Sollte es regelmäßig soweit kommen, wäre das ein weiterer Schritt hin zur Desintegration der venezolanischen Gesellschaft, denn bisher genossen die bewaffneten Streitkräfte einen relativ guten Ruf, insbesondere wohl aus dem Grunde,

weil sie eigentlich im Alltag der Venezolaner selten als Repressioninstrument in Erscheinung getreten sind. In der Vergangenheit kamen die Nationalgarde und die arme Rancho-Bevölkerung meistens bei Razzien in den Ranchos in Kontakt, wenn es darum ging, lokale Drogen- und kriminelle Banden auszuheben, was durchaus auf das Wohlwollen der "rechtschaffenen" Bevölkerung traf, hatte sie doch unmittelbar und am meisten unter dieser Kriminalität zu leiden.

Das Wirtschaftspaket und die es durchsetzen sollen

Die Reaktionen

Pérez verstieg sich zu der feinen Unterscheidung, der Kern der Revolte wäre nicht politischer Natur, sie wäre nicht gegen die Regierung oder die Parteien gerichtet, sondern gegen den Reichtum und die Reichen, dabei vergaß er wohl für einen Moment, daß er gemeinhin zu den reichsten Männern in Venezuela gezählt wird. Auch konnte sich bisher die venezolanische Bevölkerung nicht so recht davon überzeugen, daß Pérez die Reichen mit Verachtung straft. Man weiß über die guten Kontakte von ihm zur CISNERO-Gruppe, einem milliardenschweren venezolanischem Mischkonzern.

Natürlich war Pérez schnell bei der Hand, jegliche Schuld an der wirtschaftlichen Misere zu leugnen und schob alles der hohen Auslandsverschuldung in die Schuhe, was selbstredend zu einem Gutteil auch stimmt. Als unmittelbare Maßnahme kündigte er bei einem Arbeitsfrühstück mit Journalisten die Einstellung der internationalen Zahlungsverpflichtungen für einen bestimmten Zeitraum an. Einen Tag später wollte er es so nicht gesagt haben und Leal, der venezolanische Bevollmächtigte für die Schuldenverhandlungen, dementierte energisch diese Version. Dagegen versicherte Venezuela dem IWF gegenüber, das Anpassungsprogramm trotz der sozialen Explosion durchzuführen. Perez wollte seiner Rhetorik wiederum keine Taten folgen lassen.

Das Feuer in Venezuela sorgte auch in den USA für schnelle Reaktionen. Denn nicht auszudenken, wenn Venezuela, bisher immer ein treuer Vasall der USA in Lateinamerika und zuverlässiger Schuldner, umfällt und damit die Zahlungsdisziplin der hochverschuldeten Nationen noch weiter untergräbt. Doch auch dies wäre noch zu verkraften, nicht aber ein politisch instabiles Venezuela für die Globalstrategie der USA, denn es hat bis in die heutige Zeit bei Ausfall oder Verringerung der Rohöllieferungen aus den arabischen Ländern immer brav die europäischen und nordamerikanischen Märkte damit versorgt und die Lieferungen erhöht. Um diese Gefahr zu bannen, räumte die US-Regierung Venezuela kurzfristig einen Kredit von 450 Mio. $ ein, der mit langfristigen Krediten des IWF, Weltbank und Geschäftsbanken zurückgezahlt werden soll.

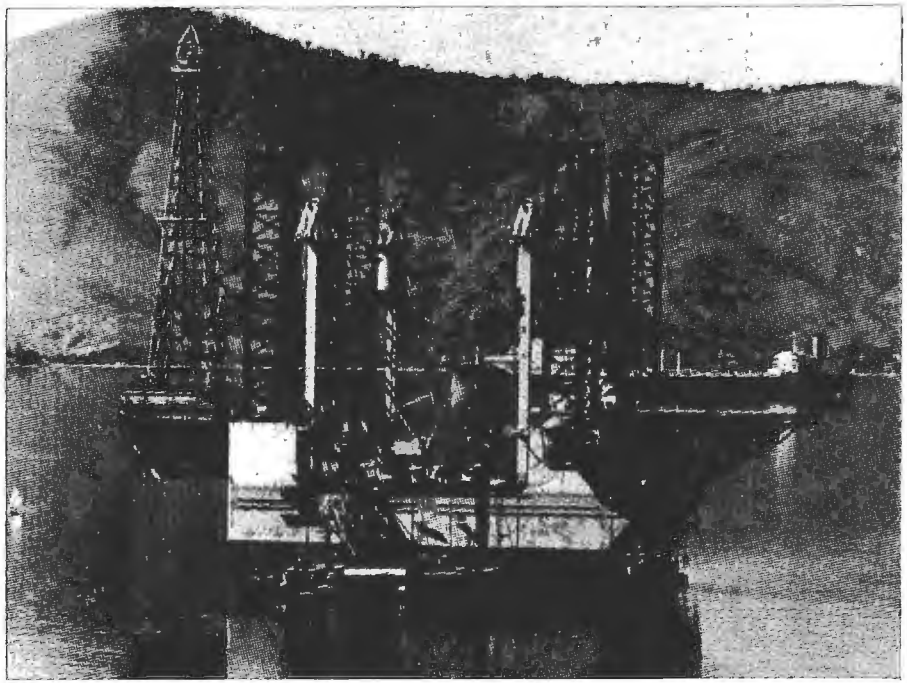
Von "Venezuela Saudita" zum "Schwarzen Freitag"

Die Heftigkeit der sozialen und politischen Explosion in Venezuela hat ganz gewiß auch psychologische Wurzeln. Fatalerweise symbolisiert sich in der Person von Pérez die jüngste Geschichte Venezuelas und führt der Bevölkerung vor Augen, wie Venezuela wurde, wie es ist. Dabei fing doch alles so gut an !

In die 1. Präsidentschaftsperiode von Perez, 1974-1979, fielen die Verstaatlichung der Erdölindustrie zum 1. Jan. 1976 und der rapide Anstieg des Erdölpreises von 3 $/pro Barrel 1973 auf ganze 11 $ ein Jahr später. Mit diesen exorbitanten Erdöleinnahmen, die bis 1978 mehr oder weniger konstant blieben, wollte Perez seinen Traum vom "Gran Venezuela" verwirklichen. Die Schaffung von Staatskonzernen im Bereich der Erdöl-, Eisen- und Aluminiumindustrie sollte helfen, jene Vision Realität werden zu lassen. So wuchsen die öffentlichen Investitionen zwischen 1976 und 1978 um das Zweieinhalbfache. Jedoch konnte der nationale Produktionsapparat die Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern weder qualitativ noch quantitativ abdecken. Folglich, das Geld stand ja zur Verfügung, wurde alles importiert, um die interne Nachfrage zu befriedigen. Trotz der hohen Erdöleinnahmen, der Staatshaushalt hatte sich zwischen 1973 und 1978 um das Dreifache ausgewei-

tet, sah sich Venezuela 1978 zum ersten Mal mit der Notwendigkeit konfrontiert, mit Auslandskrediten die Einfuhren zu bezahlen.

Der Gerechtigkeit halber muß man Pérez zugestehen, daß es sehr schwierig gewesen wäre, einer bis dahin darbenden Bevölkerungsmehrheit klarzumachen, daß alle Erdöleinnahmen für produktive Investitionen verwendet werden sollten. Dies wäre politisch auch nicht durchsetzbar gewesen angesichts der ins Auge springenden ungerechten Einkommensverteilung.



Öl, die Basis des "Venezuela Saudita"

Jene Jahre sollten sich später in der Erinnerung, auch der ärmeren Schichten, als die des "Venezuela Saudita" verklären: als es alles zu kaufen gab und die Rhetorik von Pérez und seiner Partei der Bevölkerung suggerierte, dank der Strategie der Entwicklung von Grundstoffindustrien einen sich selbst tragenden Industrialisierungsprozess in Gang zu setzen, der in nicht allzuferner Zukunft in der Aufnahme Venezuelas in den erlauchten Kreis der entwickelten Industrieländer münden würde. Diese Strategie ließ den Schuldenberg von 2,5 Mrd. $ auf 16,5 Mrd. $ wachsen und änderte kein Jota an der internen Einkommensverteilung.

1979 geht die Regierungsmacht und das Präsidentschaftsamt von AD and die christdemokratische Partei COPEI über. Der neue Präsi-

dent, Luis Herrera Campíns, spricht in seiner Antrittsrede davon, er übernähme ein mit Hypotheken belastetes Land, eine klare Anspielung auf die gewachsenen Auslandsschulden. Doch Herrera kann selbst den nochmaligen enormen Anstieg des Erdölpreises 1981 auf 34 $/pro Barrel nicht dazu nutzen, die Schuldenproblematik in den Griff zu bekommen, und muß sogar am 3. Feb. 1983, einem Freitag, den aufgrund der zurückgegangenen Erdöleinnahmen überbewerteten Bolivar abwerten; das Barrel war mittlerweile auf 29 $ abgesackt. Die Abwertung des Bolívar am "Schwarze Freitag" hatte zur Folge, daß all die süßen, importierten Kleinigkeiten, die das Leben so angenehm machen, aus dem Alltag der Venezolaner zum Großteil verschwanden.
Daher war es für AD nicht schwer, die nächsten Wahlen mit dem bezeichnenden Slogan, "Mit AD lebt man besser", zu gewinnen. "Und war es denn nicht auch so gewesen, damals ? Vorher gab es alles, dann kam der 'Schwarze Freitag' , und außerdem ! Das wußte doch jeder, daß unter der Regierung von Herrera die Korruption und Verschwendung von Steuermitteln im Regierungs- und Behördenapparat selbst für Venezuela erstaunliche und noch nie dagewesene Formen angenommen hatten."

Jaime Lusinchi, der auf Herrera folgende Präsident, mußte notgedrungenermaßen wegen den gewaltig gesunkenen Erdöleinnahmen bescheidenere Ziele verfolgen. Er war schon ganz zufrieden, die Schulden immer rechtzeitig bedienen zu können, auch wenn diese zweimal im Einvernehmen mit den Gläubigern umgeschichtet werden mußten. Daneben griff er zu etlichen statistischen Tricks, um die Lage nicht ganz so trist erscheinen zu lassen, wie sie war. Die Inflationsrate durfte daher 1988 offiziell nur 35,5 % betragen, obwohl jeder anfing, zwischen der offiziellen und tatsächlichen zu unterscheiden. Allen Widrigkeiten zum Trotz blieb die von Perez entworfene Entwicklungsstrategie sowohl unter COPEI als auch AD gültig, auch wenn es bei der Finanzierung zunehmend haperte.

Bei den letzten Wahlen, im Dezember 1988, stand COPEI bei der meisten Wählern immer noch in Miskredit; immer noch hatte man den "Schwarzen Freitag" nicht vergessen, und die Hauptschwierigkeit von COPEI hatte seither stets darin bestanden, Herrera bei den Wahlkämpfen möglichst gut zu verstecken. AD machte daher wieder das Rennen,diesmal mit der Gallionsfigur Pérez als Triumph in der Hand, jener Perez, den selbst Teile des eigenen Parteiapparates skeptisch beäugen, da er sich wegen seines Charismas durch die Partei nicht vollständig kontrollieren läßt. "Jetzt war er wieder da ! Auf der Bühne ! Das war doch derselbe von damals; derselbe, der die grauen AD-Apparatschiks an die Wand spielen kann, der Visionär mit dem Mut zum großen Wurf. Klar, das Geld sprudelt nicht mehr so wie früher. Alles ein bißchen schwieriger. Aber wenn's einer schaffen kann, uns aus dieser Malaise zu führen, dann er! El Gocho ! " - wie er liebevoll von seinen Anhängern genannt wird.

Seit dem 16. Feb. wissen die Venezolaner, daß Pérez es auch nicht schaffen kann; seit dem Inkrafttreten des Maßnahmepakets und der Übergabe des "letter of intent" wissen die Venezolaner, daß er es auch so meint, wie er es in seinem Schock-Programm gesagt hat.

Pérez macht Ernst

Mit Pérez zog man 1973 aus, sich einen Platz an der Sonne zu ergattern; mit Pérez kehrt man 1989 in die triste lateinamerikanische Wirklichkeit zurück. "Hat er uns vielleicht für dumm verkauft ?" mögen sich allzu viele Menschen in Caracas gefragt haben, sodaß es zur Explosion kam.

JAMAICA

»... we put the people first ...«

Zum Wahlsieg der Peoples National Party mit Michael Manley an der Spitze

Der karibische Inselstaat Jamaika, der in den letzten Jahren vorwiegend im touristischen Teil unserer Zeitungen für Schlagzeilen sorgte, ist mit der Wahl des 64jährigen auch politisch wieder ins Blickfeld gerückt.

Nach einem für jamaikanische Verhältnisse als ruhig zu bezeichnenden Wahlkampf trat am 9.Februar schließlich das ein, was die Meinungsumfragen schon lange prognostiziert hatten: Die PNP gewann mit 57% der Stimmen 44 der 60 Sitze des Parlaments - so das vorläufige Ergebnis. Ein großer Triumph über die andere bedeutende Partei der Insel, die Jamaican Labour Party (JLP) mit Edward Seaga in der leitenden Position. Die hohe Wahlbeteiligung und der Ablauf des Wahlgangs signalisieren aber auch eine Etablierung des von der ehemaligen Kolonialmacht England übernommenen Westminstermodells auf der Insel. Innerhalb von zwei Jahrzehnten hat sich der jamaikanische Wähler auf der Grundlage dieses Herrschaftsmodells einmal für den demokratischen Sozialismus der PNP (1972) entschieden, dann (1980) für die weltmarktorientierte liberale Wirtschaftspolitik der JLP und heute nun wieder für ein soziales Reformkonzept der PNP. Eine politische Entwicklung ohnegleichen in der 3. Welt!

Trotz der Unterschiede zwischen dem unter bürgerkriegsähnlichen Umständen abgelaufenen Wahlgangs 1980 und der heutigen Entscheidung gibt es doch auch Gemeinsamkeiten: Beide Wahlgänge gingen nach gescheiterten Entwicklungskonzepten und einem guten Teil an Resignation der Parteiführer jeweils für die Regierungsfraktion klar verloren! Manley resignierte nach einem jahrelangen Kampf für soziale Reformen, die zwar Zustimmung in der Bevölkerung, aber kaum noch Finanzierungsmöglichkeiten fanden. Die aus dem Bauxitexport (dem Rohstoff für die Aluminiumherstellung) gewonnenen Devisen gingen nach der Explosion der Erdölpreise Mitte der 70er Jahre für Importe verloren. Der Internationale Währungsfond, von den Industriestaaten mit dem Management der auflaufenden Schuldengebirge betreut, bestimmte dann Ende der 70er Jahre auch weitgehend die Politik Jamaikas. Für die eigentlichen Anliegen der PNP blieb da praktisch kein Raum mehr - sie mußte deshalb scheitern!

Seaga hingegen versuchte den Weg einer weltmarktorientierten Exportwirtschaft zu verfolgen - ohne die nationalen Interessen zu vergessen. Ganz im Sinne der Reagan-Administration, die dann

auch eiligst Unterstützung signalisierte. Das Modell Puerto Rico lieferte Orientierungsansätze, der IWF und die privaten Banken gelobten Hilfe und eine liberale Außenwirtschaftspolitik brachte auch Erfolge: Der Konsumgüterimport bescherte Jamaika wieder ein Warenangebot, das besonders die Mittelschicht sehr vermißt hatte. Aber die Kehrseite der Medaille gewann unmerklich an Gewicht und wuchs zu einer untragbaren Last für die JLP. Ein großer Bevölkerungsteil sah sich nämlich bei kaum wachsendem Einkommen mit einer beständigen Inflation konfrontiert, die sogar schließlich den Lebensstandard der Mittelschicht abbröckeln ließ. Hinzu kam der Abbau der sozialen Dienste und Leistungen, die Seaga unter dem zunehmenden Druck des Währungsfonds durchführen mußte. Sehr schnell wurde dann auch klar, daß der erhoffte Zugang zum US-

Manley-Anhänger vor den Wahlen

Amerikanischen Markt über die "Karibische-Becken-Initiative (CBI)" der Reagan-Administration keinen durchschlagenden Erfolg für die Wirtschaft der Insel bedeuten würde. Die ins Land fließenden Kredite haben hier nur geringe Wirkung gezeigt, da ein guter Teil von ihnen im Staatsbudget und im Konsumsektor hängen blieb. Einzig der Tourismus sorgte in diesem Dilemma über die Jahre hinweg für echtes Deviseneinkommen, obwohl ein großer Teil der Touristendollars wieder die Insel verließ bzw. sie gar nicht er-

Der charismatische Führer der Peoples National Party, Michael Manley, bei einer Wahlveranstaltung in Kingston

reichte. Schätzungen gehen davon aus, daß nur die Hälfte der durch den Tourismus erzielten Einkünfte dem Lande direkt zu Gute kommen.

Alles in allem gesehen waren dies keine guten Voraussetzungen für den als Wirtschaftsfachmann angetretenen "Eddie" Seaga vor den Wahlen im Februar. Dabei kam ihm die Gunst des politischen Schicksals in seinen Regierungsjahren zweimal zu Hilfe:

- Im Zuge der Grenada-Invasion der USA, die von der JLP-Regierung unterstützt wurde, gelang es Seaga, ein Stimmungshoch in einen Blitzwahlsieg umzumünzen. Die PNP, auf Wahlen nicht vorbereitet, sah gemeinsame Abmachungen verletzt und boykottierte die Abstimmung 1983. Die Jahre ohne Opposition taten der JLP aber nicht gut. Das Parlament - an hitzige Debatten gewöhnt und zwischen den Wahlen DAS Forum der Parteien - bot kaum noch Profilierungsmöglichkeiten für die Politiker der Regierungspartei. Die PNP riß zwar in der außerparlamentarischen Opposition auch keine Bäume aus, konnte aber konsequent ihre Präsentation im öffentlichen Leben ausbauen. Seaga versuchte zwar nach einem ersten Rückschlag bei den verlorenen Kommunalwahlen 1986 die Partei zu reformieren und trat in einer Art Drohgebärde für kurze Zeit sogar zurück, ein Neuanfang der erstarrten JLP gelang jedoch nicht. Die Regierung wurde immer mehr zu einem "Ein-Mann-Unternehmen" - ohne den Chef ging überhaupt nichts mehr.

- Nach dem verheerenden Wirbelsturm im Herbst letzten Jahres konnte sich Edward Seaga politisch kurzfristig etwas erholen. Hilfsmaßnahmen aus aller Welt brachten der laut Meinungsumfragen schon abgeschlagenen JLP wieder Bodengewinne in der Wählergunst. Aber bald waren die Zeitungen voll mit Nachrichten über

den Mißbrauch der Aufbauhilfe. Offensichtlich waren Mittel über die von der Regierung beeinflußte Verwaltung vor Ort nicht immer bei den wirklich Betroffenen angekommen!
Edward Seaga konnte schließlich dem sich abzeichnenden Debakel nicht mehr aus dem Wege gehen und rief fast am Ende der gesetzlich festgelegten Termine Neuwahlen aus. Der erwartet überwältigende Wahlsieg der PNP bedeutet für Michael Manley neben einer Rückkehr auf die internationale Bühne - Jamaika wird sich außenpolitisch wieder verstärkt den aktiven 3. Welt-Ländern zuwenden - die Übernahme des schweren innenpolitischen Erbes der JLP-Jahre:

- Der Schuldenstand ist in den Jahren der JLP-Regierung ständig gestiegen. Die ca. 4 Milliarden US-Dollar bedeuten bei einer Bevölkerung von 2,2 Millionen eine der höchsten Verschuldungsraten der ganzen Welt! Mehr noch als in der Vergangenheit werden die Verhandlungen mit dem Währungsfond die Innenpolitik der Insel bestimmen. Der Spielraum für eine Reformpolitik wird damit auf ein Minimum herabgesetzt. Es wird der PNP unter diesen Umständen sehr schwer fallen, ihr Profil als Partei der sozialen Reformen aufrechtzuerhalten.
- Die Einschränkungen in den Sozialbereichen, besonders im Bildungs- und Krankenhauswesen, die die JLP durchführte, werden nur sehr schwer wieder rückgängig zu machen sein. Überfällige Strukturreformen in der Landwirtschaft und in der Industrie der Insel kommen noch hinzu. Die im Zuge des internationalen Drogenhandels etablierte Kriminalität Jamaikas wird die neue Regierung auch von Seiten der USA unter Zugzwang setzen. Die Bush-Administration will den Rauschgiftimport konsequenter unterbinden als dies bisher der Fall war.

Vor diesen gewiß nicht kleinen Schwierigkeiten wird Michael Manley kaum Gelegenheiten finden, an die alten programmatischen Ideen der Vergangenheit anzuknüpfen. "Socialism Is Love" oder "Better Must Come" waren damals in den 70er Jahren die Schlagworte der PNP. "We Put The People First" lautet die Aussage heute - es wird schwer, diesem Anspruch in den nächsten Jahren gerecht zu werden. Trotzdem gibt es zu dem sozialen Reformprogramm keine Alternative für einen Politiker wie Manley, der die Interessen der breiten Bevölkerungsschichten seines Landes zum Ausgangspunkt seiner Politik macht. Aus eigener Kraft wird es für Jamaika aber kaum möglich sein, die Fehlentwicklungen der letzten Jahrzehnte aufzufangen. Ohne eine globale Schuldenregulierung wird Jamaika weiterhin 40% seiner Deviseneinkünfte für den Schuldendienst aufwenden müssen. In vielen anderen Ländern, die mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen haben, wird die neue Regierungspolitik Jamaikas deshalb mit Spannung erwartet. Zu hoffen bleibt, daß der PNP und Manley mehr Spielraum für eine eigenständige Politik gegönnt ist, wie dies jüngst in Venezuela zu beobachten war.

Jörg Wenzel

EG / ZENTRALAMERIKA

»San José V«: Kooperation von Ungleichen

Am 28.2./1.3. fand in San Pedro Sula/Honduras die Verhandlungsrunde San José V statt, das fünfte Treffen von Vertretern der mittelamerikanischen, der Contadora- (ohne Panama) und der EG-Länder über die politische und wirtschaftliche Kooperation zwischen Zentralamerika und der EG. Diese Treffen werden seit der ersten Versammlung 1984 in San José/Costa Rica jährlich durchgeführt und zwar auf der Ebene der Außenminister, bzw. ihrer Vertreter.

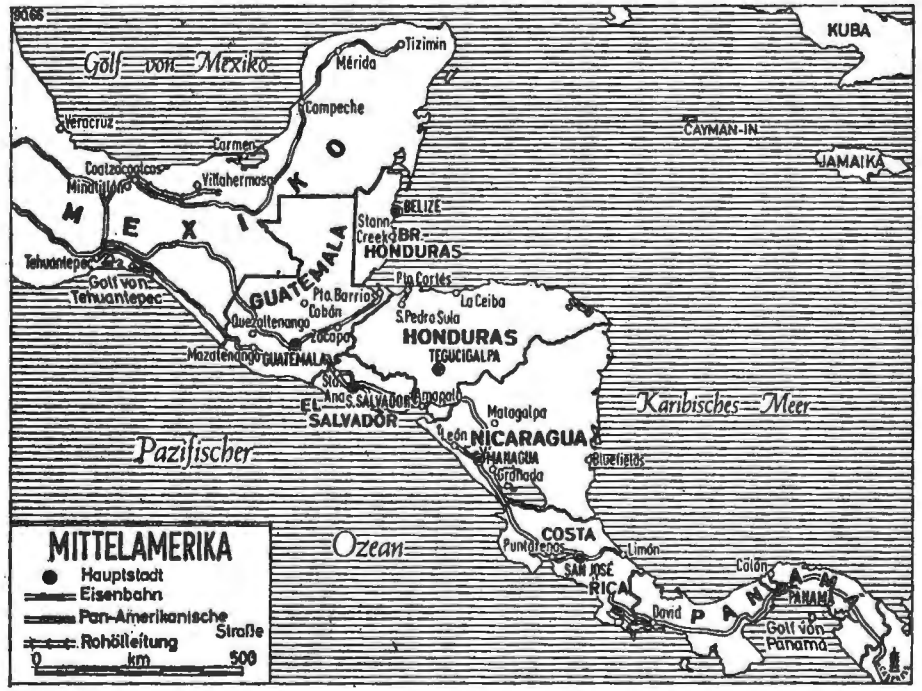
San José V hat, wie vorige Versammlungen, ein politisches und ein ökonomisches Dokument verabschiedet. Im ersteren werden die Ergebnisse des Februar-Gipfels der mittelamerikanischen Präsidenten gewürdigt und Unterstützung bei der Durchführung der Beschlüsse zugesichert. Bezüglich El Salvador erging eine Aufforderung an alle Gruppen der Gesellschaft, an den Wahlen teilzunehmen; außerdem wurde die Bereitschaft zum Dialog gewürdigt. Die zwei EG-Länder Spanien und BRD sollen - neben Canada und einem lateinamerikanischen Land - mit unbewaffneten Kontrolleuren in Zivil die Grenzen überwachen, an denen Rebellen operieren, sprich die honduranisch-nicaraguanische. Auf die FMLN wurde in dieser Hinsicht trotz des Beharrens der rechten Regierungen kein Bezug genommen. Wirtschaftlich stehen die 430 Mio.$ im Mittelpunkt, die die EG-Länder in den nächsten zwei Jahren beisteuern wollen und die vor allem der Förderung des intraregionalen Handels zugute kommen sollen. Zum Vergleich: Die EG-Unterstützung betrug in den sechs Jahren zwischen 1983 und 1988 insgesamt 420 Mio.$. Aber auch so sind diese Summen, gemessen am finanziellen Bedarf der Region, bescheiden. Was versprechen sich die Beteiligten von diesem Beispiel der "Nord-Süd-Kooperation"?

Gemeinsame Interessen Zentralamerikas - zwischen El Salvador und Nicaragua

Nach 1979 wurde in Nicaragua von einer Diversifizierung der Abhängigkeiten geredet. Die Aufnahme bzw. Verstärkung politischer und wirtschaftlicher Beziehungen zu anderen Ländern und Ländergruppen sollte ein Gegengewicht zur traditionellen Abhängigkeit von der Hegemonialmacht USA bilden und den Hinterhof-Charakter der Beziehungen auflösen. Auch wenn die anderen zentralamerikanischen Länder keine in einem revolutionären gesamtgesellschaftlichen Projekt begründete Außen- und Außenwirtschaftspolitik verfolgen, streben auch sie eine Erweiterung ihres politischen und ökonomischen Spielraums an. Dies fand seinen Ausdruck bislang vor allem im

Friedensvertrag von Esquipulas II (1987) und in den Treffen mit der EG (San José I bis V).

Während die überraschende Unterzeichnung des Vertrages von Esquipulas II allgemein als Ausdruck des Strebens nach *politischem* Eigengewicht der mittelamerikanischen Regierungen interpretiert wurde (natürlich innerhalb der engen Grenzen, die die Dominanzposition der USA ermöglicht, jedoch sich eindeutig von der Politik der Administration Reagan abgrenzend), sind die Beziehungen zur EG sowohl unter *politischen* als auch unter *wirtschaftlichen* Aspekten zu sehen. Politisch sollen sie den Spielraum für eine eigene regionale Außenpolitik erweitern, zunächst (seit den Verhandlungen San José I, 1984) über die Unterstützung der Contadora-Initiative, dann zur Stärkung des Arias-Plans, bzw. des Vertrags von Esquipulas II.



Die "eigenständige regionale Außenpolitik" ist dabei natürlich nicht der einzige Bezugspunkt der verschiedenen Regierungen, die jeweils spezielle Beziehungen zu den USA pflegen, bzw. unter ihnen leiden. Ebensowenig spiegelt diese Eigenständigkeit notwendigerweise ein fortschrittliches gesamtgesellschaftliches Projekt wider, wie bereits die guatemaltekischen Militärdiktaturen vor Cerezo zeigten, die eine begrenzt US-unabhängige Außenpolitik mit einer massiven Ausrottungspolitik gegen die eigene Bevölkerung verbanden. Sie ist vielmehr ein Politikinstrument, das den Regierungen politischen Spielraum, mehr Verhandlungsmacht, ein besseres internationales Image und mehr finanzielle Unterstützung bringen soll.

Ökonomisch zielen die Interessen der zentralamerikanischen Länder gegenüber der EG auf einen verbesserten Zugang zum europäischen Markt, eine Beteiligung am System der Erlösstabilisierung für Rohstoffexporte der ehemaligen europäischen Kolonien Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raumes (STABEX) sowie auf die finanzielle Unterstützung aus EG-Töpfen.

Die Interessen der EG: Wirtschaft

Die direkten ökonomischen Interessen der EG, bzw. ihrer Mitglieder an Zentralamerika sind begrenzt. "Weniger als 1% aller ihrer (der EG) Direktinvestitionen in Drittländer entfallen auf die Region; der Anteil Zentralamerikas an den Importen der EG lag ebenfalls unter 1%. Die Kreditvergabe der Banken ist mit rund 10% an den kommerziellen Schulden der Region sehr zurückhaltend gewesen."(1) Auch die EG-Exporte nach Zentralamerika sind für die EG quantitativ nicht sehr relevant und haben zudem unter der Wirtschafskrise zu Beginn der achtziger Jahre gelitten. Danach kam es allerdings wieder zu einem leichten Anstieg der EG-Exporte, die sich 1987 auf 823 Mio.$ beliefen.

Trotz der bescheidenen relativen ökonomischen Bedeutung der Region für die EG-Länder läßt sich nicht schlußfolgern, daß direkte wirtschaftliche Interessen für die Politik der EG gegenüber der Region irrelevant sind. In weiter herabgesetzter Form mag gelten, was Vertreter der bundesdeutschen Industrie bezüglich Lateinamerika als Ganzem geäußert haben: Zwar seien wegen der schrumpfenden Binnenmärkte und der weltwirtschaftlichen Umschwünge die Interessen der Wirtschaft an Lateinamerika derzeit reduziert, aber es bestehe Interesse daran, daß die Außen- und Außenwirtschaftspolitik weiterhin die bundesdeutsche Präsenz erhalten und stabilisieren.(2) Natürlich besteht seitens der Wirtschaft ein Interesse an Stabilität, denn wenn auch die zentralamerikanischen Exporte (mit Ausnahme Nicaraguas und abgeschwächt El Salvadors) weniger von krisenverursachter Verknappung der "Angebotsseite" als vom Markt (Konkurrenzsituation, sinkende Erlöse) und von der "Nachfrageseite" (veränderte Konsummuster usw.) beeinflußt werden und daher kaum von der politischen Krise betroffen sind, sollen doch z.B. die auf den mittelamerikanischen Markt orientierten Direktinvestitionen weiterhin so gute Erträge abwerfen wie vormals. Der Einsatz der EG-Außenpolitik in der Region und die Unterstützung der Bemühungen um Frieden haben jedoch vorrangig andere Gründe.

Die Interessen der EG: Politik

Die EG-Politik bezüglich Zentralamerika ist dadurch gekennzeichnet, daß sie auf verschiedenen Ebenen abläuft und dadurch verschiedene Interessen integrieren muß aber auch kann. Auch die EG hat Interesse an einer Erweiterung ihres außenpolitischen Spielraums, vor allem vor dem Hintergrund der "gemeinsamen Außenpolitik", die im Rahmen der intensivierten Kooperation angestrebt wird. Diese gemeinsame Außenpolitik, an der verstärkt gebastelt wird, ist auch der Hintergrund der jüngsten gemeinsamen Reise der Außenminister Spaniens, Frankreichs und Griechenlands in den Nahen Osten und den koordinierten Aktionen gegen den Iran (Rushdie-Affäre). Eine gemeinsame eigenständige Außenpolitik - Bedingung für das angestrebte politische Gewicht auf Weltniveau - kann aber nur durch eigenständige Positionen im konkreten Einzelfall deutlich werden. Dem entgegen steht die Bündnistreue vor allem der konservativen Regierungen in der EG, die die Interessen der USA, zumal in deren eigenem "Hinterhof" ins Zentrum der eigenen Außenpolitik stellen.(3)

So ist es kein Wunder, daß die Außenpolitik der EG zu Zentralamerika im Konfliktfeld verschiedener institutionalisierter Interessen steht. Dies läßt sich auch anhand der Verhandlungsrunden San José I bis V verfolgen. San José I, 1984 in der costaricanischen Hauptstadt abgehalten, spielte mit ihrer Unterstützung der Contadora-Initiative und der Beteiligung aller mittelamerikanischen Länder eine wichtige Rolle bei der Abwehr der US-Politik, die sich auf eine Isolation Nicaraguas durch den Aufbau eines exklusiven Lagers "demokratischer" Länder und eine Ausschaltung einer Verhandlungslösung á la Contadora zugunsten einer durch militärischen, wirtschaftlichen und politischen Druck durchgesetzen Eliminierung des Sandinismus konzentrierte.

Der Druck, der sich in der Folge gegen diese Wirkungen der EG-Politik entwickelte, kam aus mehreren Richtungen. Dabei zeigten sich verschiedene Konfliktlinien:

1. Innerhalb der Regierungen, vor allem der Bundesregierung, die z.B. während der Verhandlungen San José II (1985 in Luxemburg) auf eine Isolierung Nicaraguas drängte, während Außenminister Genscher bei der Etablierung der San José-Runden, die ja gerade den gesamtregionalen Ansatz betonen, eine führende Rolle spielte,
2. unterschiedliche Positionen zwischen den Regierungen, vor allem den konservativ und den sozialdemokratisch geführten,
3. Konflikte zwischen der EG-Kommission, die sich z.B. bei San José II um eine integrierte Behandlung der ökonomischen und politischen Krise Zentralamerikas und eine starke Erhöhung der finanziellen Hilfe bemühte, und dem mehrheitlich konservativen Ministerrat, der dies verhinderte.

Bauern in Zentralamerika - Warten auf bessere Zeiten

4. Pressionen seitens der USA, wie sie sich z.B. im Vor- und Umfeld von San José III (1987 in Guatemala) zeigten, wo die Unterstützung für Contadora abgeschwächt wurde, was seitens des EG-Aussenkommissars Cheysson der "lernfähigen" US-Diplomatie zugeschrieben wurde.(4)

Die EG in Zentralamerika: Was bringt's?

In den letzten Jahren hat die EG trotz aller Widersprüche und Pressionen eine Politik betrieben, die eine Reihe fortschrittlicher Elemente enthält, während die einzelnen nationalen Regierungen unabhängig davon ihre "Partner" in Zentralamerika stärkten, z.B. durch die Polizeihilfe der BRD an Guatemala. Auch ist die bilaterale Entwicklungsfinanzierung der EG-Länder weitaus bedeutender als die multilaterale, über die EG-Kommission kanalisierte.

Neben der Politik zur Konfliktlösung ist es vor allem die sog. Entwicklungszusammenarbeit, bei der die EG sich von der vorherrschenden Strategie abgrenzt. Wird in allen Ländern (mit der begrenzten Ausnahme Nicaraguas) die von Weltbank und AID "empfohlene" Politik zur Strukturanpassung betrieben, d.h. unter anderem die Produktion verstärkt auf den Weltmarkt ausgerichtet, die Zollmauern als wichtigstes Instrument der regionalen Integration stark gesenkt, um Importe und Exporte den Gesetzen des Weltmarkts zu unterwerfen, so liegen die Schwerpunkte der EG-Politik auf der Förderung der regionalen Integration, einem Programm zur Stärkung der Sicherheit der Lebensmittelversorgung (während von den USA empfohlen wird, billigere Lebensmittel lieber zu importieren als selbst zu produzieren) und der Flüchtlingshilfe.

Die beiden wichtigsten Elemente einer Politik mit dem Ziel der Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen Zentralamerikas und der Stärkung der regionalen Integration, nämlich ein Entgegenkommen der EG bezüglich des Zugangs zu ihren Märkten und eine Reaktivierung des Gemeinsamen Mittelamerikanischen Marktes, sind jedoch nicht in Sicht. Während die EG über die begrenzte Erhöhung der finanziellen Unterstützung kaum ökonomische Zugeständnisse macht, leidet die regionale Integration nicht nur unter den strukturellen Schwächen des Gemeinsamen Marktes und den Auswirkungen der politischen und militärischen Krisen, sondern auch unter der erwähnten forcierten Ausrichtung der meisten Ökonomien der Region auf den US-Markt. Diese Politik hat dazu beigetragen, daß der Anteil der mittelamerikanischen Exporte in die USA (ohne Nicaragua) von 1980 37,0% auf 1987 49,2% angestiegen ist.(5) Die "EG-Option" bezüglich einer Diversifizierung der Wirtschaftsbeziehungen Zentralamerikas hat also bislang nicht gegriffen. Da die EG auch keine Maßnahmen in diesem Bereich ergreift, ist offensichtlich, daß an eine wirtschaftliche Konkurrenz zu den USA nicht gedacht wird.

Die verschiedenen EG-Projekte der Entwicklungszusammenarbeit mit ihrem Schwerpunkt auf regionalen Bezügen können angesichts ihrer begrenzten quantitativen Bedeutung keine relevante Stärkung regionaler Integration ermöglichen, auch wenn sie zum Erhalt bestehender und zum Aufbau neuer regionaler Kooperationsmechanismen beitragen, die möglicherweise in der Zukunft eine größere Bedeutung erlangen. Die Kooperation verschiedener Länder auch unterschiedlicher politischer, ökonomischer und gesellschaftlicher Ordnung, kann nämlich angesichts der begrenzten Erfolgsaussichten der totalen Exportausrichtung, wie sie z.Zt. von den meisten mittelamerikanischen Republiken vorexerziert wird, auch in dieser Region mittelfristig zum Thema werden. Die vorbereitenden Treffen der zentralamerikanischen Regierungen, auf denen diese ihre Positionen für die Verhandlungen mit der EG absprechen, sind jedenfalls ein wichtiges Element in diesem Zusammenhang.

Politisch wird die Rolle der EG zur Zeit vor allem dadurch beleuchtet, daß mit Spanien und der BRD ein "linkes" und ein "rech-

Japan in Zentralamerika

Die japanische Präsenz in Mittelamerika rief ein Artikel in der taz vom 13.3. über die Pläne in Erinnerung, einen "Nicaragua-Kanal" zu bauen. Die ökonomischen Interessen Japans in der Region - wobei Panama miteinbezogen werden muß - lassen sich so zusammenfassen:
1. Handel: Japan hat - anders als die EG - einen hohen Handelsüberschuß mit Zentralamerika. 1980 betrugen die japanischen Exporte dorthin 466 Mio.$, während nur für 140 Mio.$ importiert wurde. Die Krise drückte die mittelamerikanischen Käufe japanischer Waren kräftig herab (1983: 187 Mio.$), während sie danach wieder anstiegen (1987: 364 Mio.$).
2. Kanal: Der Panama-Kanal ist ein wichtiges Nadelöhr für den japanischen Außenhandel. Seit 1986 sitzt Japan mit den USA und Panama in der Kommission zum Studium über Alternativen zum Kanal (z.Zt. suspendiert).
3. Finanzen: Panama war formell bis 1987 der (hinter den USA) zweite Anlageplatz für japanische Direktinvestitionen, v.a. im Banksektor. Die Krise in Panama hat zu massiven Kapitalabzügen geführt. Die Direktinvestitionen in den anderen Ländern sind dagegen vergleichsweise bescheiden.

Politisch ist Japan an einer friedlichen Lösung der zentralamerikanischen Konflikte interessiert, allerdings "unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der USA". Auch wenn der Friedensplan von Esquipulas II unterstützt wurde, ist an eine aktive politische Rolle in der Region nicht zu denken, jedenfalls nicht kurzfristig. Die aktive Außenpolitik Japans, die seit Anfang der achtziger Jahre zu beobachten ist, richtet sich v.a. auf den asiatischen Raum.

Wirtschaftsstrategisch und entsprechend politisch könnte Zentralamerika für Japan jedoch wichtiger werden, da es gegenüber der Bedrohung durch Protektionismus und regionale Wirtschaftsblöcke (USA-CDN, EG) mit der Doppelstrategie von verstärkten Direktinvestitionen und dem Ausbau der pazifischen Kooperation unter japanischer Dominanz antworten will. Neben den Kanalplänen bezüglich Nicaragua gibt es neuere wirtschaftliche Aktivitäten in der Region im Tourismus (z.B. Aufkauf und Neubau von Großhotels in Costa Rica, wie auch in Mexiko). Eine neue Tendenz ist die Ko-Finanzierung von Weltbankprogrammen zur Strukturanpassung (z.B. in Costa Rica und Mexiko).

tes" EG-Land an der Beobachtergruppe zur Grenzkontrolle teilnehmen sollen. Bezeichnenderweise hat Nicaragua schon auf San José IV (1988 in Hamburg) auf eine entsprechende europäische Rolle gedrängt und unterstrich diesen Vorschlag auch jetzt wieder, während die Konservativen in Westeuropa und Mittelamerika ihm zunächst skeptisch gegenüberstanden. Gerade die Konservativen in der EG stehen aber im Zwiespalt, einerseits eine eigenständige EG-Außenpolitik zu wollen, andererseits aber ihre Bündnistreue zu den USA über alles zu stellen.

Die Rolle der EG wird also weiterhin als Resultante verschiedener Interessen und Strategien zu verstehen sein. Gleichzeitig wird die EG sich weiterhin als "Ergänzung", nicht als "Alternative" für Zentralamerika darstellen, wie der spanische Außenminister ihre Rolle umschrieb.(6)

Nun kann mensch die Politik der EG in Zentralamerika leicht als Ausdruck eines regenerierten westeuropäischen Imperialismus entlarven. In der Tat geht es ja um die Erweiterung des eigenen Einflußbereichs auf der Grundlage politischer und ökonomischer Interessen. Gleichzeitig reflektiert diese Politik aber ansatzweise das, was sich linke Wissenschaftler auf einer Konferenz 1983 pragmatisch als positiven Beitrag Westeuropas zur Lösung der zentralamerikanischen Krise im Sinne der Mehrheiten erhofften: die besagte "Diversifizierung der Abhängigkeiten" und das Aufbrechen der "pathologischen Interpretation" der zentralamerikanischen Konflikte als Ausdruck des Ost-West-Gegensatzes.(7)

(1) Mechthild Minkner: "San José IV": Anmerkungen zur Kooperation der EG und der Bundesrepublik Deutschland mit Zentralamerika, in: Nord-Süd-Aktuell, Jg.2, Nr.1, S.77

(2) vgl. A. von Gleich: Wirtschaftsförderung und Entwicklungspolitik in Lateinamerika, in: Nord-Süd-Aktuell, Jg.1, Nr.2, S.275

(3) "Die Vereinigten Staaten haben in dieser Region (Zentralamerika) unmittelbare und natürliche Sicherheitsinteressen ... Unsererseits ist dieser reale Standpunkt nicht nur als besonderer Bestimmungsfaktor einzubeziehen, sondern er muß auch als legitim akzeptiert werden und jeder moralischen Belehrung entzogen werden." Volkmar Köhler (CDU) am 27.10.1982, zit. nach Entwicklungspolitische Korrespondenz, nr.2/88, S.26

(4) vgl. envío, Nr.70. S.2

(5) IMF, Direction of Trade Statistics Yearbook, Washington

(6) vgl. FAZ, 28.2.1989, S.5

(7) vgl. INIES-CRIES: Una política alternativa para Centroamérica y el Caribe. Resumen y Conclusiones del Seminario-Taller realizado en el ISS (Institute of Social Studies) de la Haya del 6 al 25 de julio de 1983, Cuadernos de Pensamiento Propio, Managua 1983, S.39

Jürgen Weller

EL SALVADOR

Zwischen Wahlen und bewaffnetem Aufstand

Interview mit Joaquín Villalobos, Kommandant der FMLN

Das Interview wurde von Marta Harnecker, einer bekannten chilenischen Marxistin, am 25. Februar 1989 durchgeführt. Villalobos äußert sich darin offen zu allen Problemen der salvadorenischen Revolution, zum Hintergrund, den Auswirkungen und Chancen des Vorschlags zur Wahlbeteiligung der FMLN (vgl. LN 179), zum neuen Verhältnis von politischer und militärischer Arbeit, aber auch zu interessanten politisch-ideologischen Diskussionen aus der Vergangenheit der revolutionären Bewegung. Der "Servicio Semanal" von Radio Venceremos hat uns das Interview dankenswerterweise zur Verfügung gestellt. Es erscheint hier in gekürzter und übersetzter Fassung.

Frage: *In der jüngsten öffentlichen Erklärung der FMLN bemerken wir eine klare Wende, was Eure Position zu Wahlen angeht. Es scheint das erste Mal zu sein, daß eine Guerilla-Bewegung in diesem Bereich die Initiative übernimmt. Was bewegte Euch zu diesem unerwarteten Wandel, nachdem Ihr immer versucht habt, die Rolle der Wahlen in der Strategie der imperialistischen Aufstandsbekämpfung zu entlarven?*

Antwort: Zunächst ist auf die Konjunktur hinzuweisen, in die die FMLN ihren Vorschlag lanciert. Seit September letzten Jahres beginnt eine militärische Offensive, die versucht, stärker in den politischen Bereich hineinzuwirken.

Was versteht Ihr unter "politischer Bereich"?

Ein spezifischerer Bereich als es der eigentliche Krieg ist. Das ist der Kampf der Massenbewegung und Pakte oder Allianzen, die sich aus der Zersetzung des herrschenden Blocks ergeben können. Einerseits hat sich ein politischer Körper der Massenbewegung gebildet, der die Unterschiedlichkeit der einzelnen Sektoren überwindet, und diese Kraft muß sich noch weiter ausdehnen und verallgemeinern. Dies geschieht durch programmatische Erklärungen, die die Interessen aller Volkssektoren aufnimmt. Auf der anderen Seite haben die USA es heute viel schwerer, ihr Konzept durchzusetzen. Die Tatsache, daß sie den Krieg nicht gewinnen können, die sozialen und ökonomischen Probleme der Massen sich zuspitzen, der Sieg über die nicaraguanische Contra, Esquipulas II sowie eine gewissermaßen regionale Ermüdung gegenüber der Einmischung der USA, all dies ergibt einen Zusammenhang, in dem wir nicht nur militärisch handeln, sondern auch politische Initiativen zeigen müssen.

Die Grundlage der Aufstandsbekämpfung weggebrochen

Neben dieser konjunkturellen haben wir eine grundlegende strategische Begründung: Die FMLN sieht, daß sich die Kräfteverhältnisse verändern, was es erlaubt, auch in anderen Bereichen tätig zu werden.

In welcher Hinsicht haben sich die Kräfteverhältnisse verändert?

Die gesamte US-Strategie war auf der Grundlage einer Annahme aufgebaut: Die Existenz eines Demokratisierungsprozesses in El Salvador. Was unser Vorschlag nun tut, ist das Infragestellen dieser Annahme.

Auf welchen Voraussetzungen basierte die Strategie der Aufstandsbekämpfung?

Sie glaubten, die Linke zerstreut, isoliert und praktisch vernichtet zu haben und es nur noch mit einer FMLN zu tun zu haben, die auf einen Militärapparat reduziert ist, ohne Möglichkeiten der politischen Aktion in den Zentren des Landes. Andererseits meinten sie, die Fähigkeit zur Konspiration der Rechten in der Armee neutralisiert zu haben und waren davon überzeugt, eine direkte Kontrolle über sie auszuüben. Schließlich waren sie sich sicher, daß sie ein politisches Zentrum aufbauen könnten unter der Führung der Christdemokratischen Partei (PDC).

Joaquín Villalobos

Die FMLN hätte den Krieg verloren

Der Demokratisierungsprozeß basiert auf der regelmäßigen Abhaltung von Wahlen, mit ständig verbesserter technischer Ausstattung und unter Beteiligung der Rechten, was einen Übergang zu zivilen Regierungen erlaubt. Und, auf der anderen Seite steht die Professionalisierung der Armee. Man muß anerkennen, daß dies in einem bestimmten Zeitraum Verwirrung geschaffen hat, ja selbst in der FMLN eine gewisse Verwirrung schuf. Obwohl es ihr gelungen war, eine Machtdualität herzustellen, war es ihr nicht klar, wer ihr Gegner war: Nordamerikanische Intervention? Ja, aber keine direkte. Eine Diktatur? Ja, aber nicht der klassische Typ. Wir haben dann von einer Diktatur neuen Typs gesprochen. Wir müssen jedoch anerkennen, daß es dem Projekt der Aufstandsbekämpfung in gewissem Ausmaß gelungen ist, sich vor der internationalen öffentlichen Meinung und einigen internen Sektoren eine Zeit lang zu legitimieren.

Aber die Verhältnisse veränderten sich wieder: Die Rechte, die über die US-Spielregeln neutralisiert werden sollte, hat heute die gesetzgebende und die richterliche Gewalt inne, hat sich die wirtschaftliche Macht erhalten und bekämpft die "Reformen" der PDC. Diese Reformen wurden aber nie ernsthaft durchgeführt und konnten daher keine soziale Basis schaffen, die einen Sieg über die FMLN erlaubt hätte. Man muß es mit aller Klarheit sagen: Wenn die Reformen funktioniert hätten, wäre die Basis der FMLN geschwächt worden, und wir hätten den Krieg verloren.

Um es noch einmal zu sagen: Die Rechte hat sich wieder zusammengeschlossen, ist mächtiger als noch vor vier Jahren und sie haben genug von der PDC - und sie haben die Einheit zwischen der alten Oligarchie und der Armee wiederhergestellt. Auf der anderen Seite schaffte es die Linke, sich zu reorganisieren und sehr stark zu werden, während die PDC, die ja das ganze Konzept mit ihrer angenommenen sozialen Basis tragen sollte, am Boden zerstört ist. Ich glaube, daß die Strategen aus den USA dies nicht erwartet haben. Sie haben geglaubt, daß 50.000 Tote und eine enorme Anzahl von Kriegsvertriebenen ausreichen würde, El Salvador für 40 oder 50 Jahre zu befrieden.

Wir würden die Wahlen gewinnen!

Glaubt Ihr, daß Ihr die Wahlen gewinnen könnt?

Unter den aktuellen Bedingungen des Elends, des Terrors, der Sehnsucht nach Frieden in El Salvador bedeutet weder die Christdemokratie noch ARENA eine Alternative für das Volk. Wir zweifeln nicht daran, daß die Massen angesichts dieser kritischen Situation für einen Wechsel votieren werden, wenn saubere Wahlen durchgeführt werden. Und eine Veränderung kann nicht ARENA repräsentieren, sondern die Kräfte der demokratisch-revolutionären Linken. Dies führt die FMLN dazu, einen Vorschlag zu unterbreiten, der

nicht nur taktisch ist, sondern einen strategischen Inhalt hat. Ob dieser Vorschlag im Bereich der rein taktischen Konfrontation verbleiben wird oder aber sich in eine strategische Konfliktlösung umwandeln läßt, hängt nicht von uns ab, sondern von der anderen Seite. Ich sage Dir noch einmal, daß wir nach unserer Analyse der veränderten Kräfteverhältnisse vollkommen sicher sind, daß wir einen überwältigenden Wahlsieg erringen würden.

Du redest von sauberen Wahlen. Seid Ihr sicher, daß Ihr in der Lage seid, einen neuen Wahlbetrug zu verhindern?

Wahlbetrug wäre Selbstmord für die Rechten

Zunächst einmal: Wir machen diesen Vorschlag, ohne die Waffen niederzulegen! Und wenn die salvadorenischen Massen sich bei früheren Wahlfälschungen erhoben haben, werden sie dies heute mit wesentlich größerer Kraft und mit unserer vollen militärischen Unterstützung tun. Der Wahlbetrug wäre ein Selbstmord für die Gegenseite, weil unser Vorschlag die Massen nicht demobilisiert. Es ist daher absurd, von uns die Niederlegung der Waffen zu verlangen. Denn wenn wir dies vor den Wahlen tun sollten, würden die Wahlen gar nicht stattfinden, noch würde Duarte noch gebraucht werden. All die Elemente der Aufstandsbekämpfung verlören ihren Sinn, weil das Problem gelöst wäre. Was hat sie denn dazu gezwungen, all diese Sachen zu inszenieren? Warum respektieren sie die Präsenz der Convergencia im Land und wagen nicht, sie anzurühren? Nichts anderes als die Tatsache, daß es hier die bewaffnete Macht der FMLN gibt.

Man spricht davon, daß Ihr diese Unterstützung durch das Volk ausschließlich in den Zonen unter der Kontrolle der FMLN, auf dem Land, habt; in den Städten und konkret in San Salvador jedoch ein Teil der Massen verwirrt ist...

Revolutionärer Wahlkampf

Sieh mal, Folgendes ist nicht zu wiederlegen: Es gibt eine Krise, für die **wir** nicht verantwortlich sind. Es gibt zwei fundamentale Probleme für die Massen, und das ist der Krieg und die ökonomische Situation, und wir haben immer wieder gezeigt, daß wir den Frieden wollen. Es ist die Regierung, die diese Probleme nicht angehen kann und will. Erinnere dich daran, daß der Krieg 50.000 Tote gekostet und Hunderttausende Vertriebene; jede salvadorenische Familie hat unter den ihren einen Toten, einen Verschwundenen oder ist irgendwann von der Repression bedroht worden. Daß es verunsicherte Leute gibt, mag sein. Sollte der Wahlprozeß in Gang kommen, werden wir gleichen Zugang zu den Medien verlangen, und wir werden beträchtliche Summen für die Öffentlichkeitsarbeit investieren.

Du glaubst also, daß Ihr den ideologischen Kampagnen gegen die FMLN erfolgreich begegnen könnt?

Na klar. Stell dir vor, was passiert, wenn die Überlebenden der Massaker von 900, 700, 800 Personen vor die Kamera treten und erzählen, wie sie die Kinder getötet haben und was sie vorher mit ihnen gemacht haben.. Denn wenn wir die Medien benutzen, werden wir klare Worte finden. Unsere Argumente sind nicht zu schlagen; wir haben dies während der vorangegangenen Dialogrunden erfahren, wie wenig die Gegenseite in der Diskussion mithalten kann. Ich will damit sagen, daß die FMLN eine verdammt solide politische Argumentation hat.

Es gibt Leute, die behaupten, daß nicht alle Unterstützung durch das Volk in Wahlstimmen zu verwandeln ist...

Das Problem ist, daß wir alles, was Unterstützung durch das Volk war, in viel kompliziertere Dinge verwandelt haben als Wahlstimmen. Wir haben sie verwandelt in Rüstungswerkstätten, Propaganda, verwandelt in radikale Kampfdemonstrationen und direkt in den bewaffneten Kampf.

Die Legitimität des Wahlergebnisses anerkennen

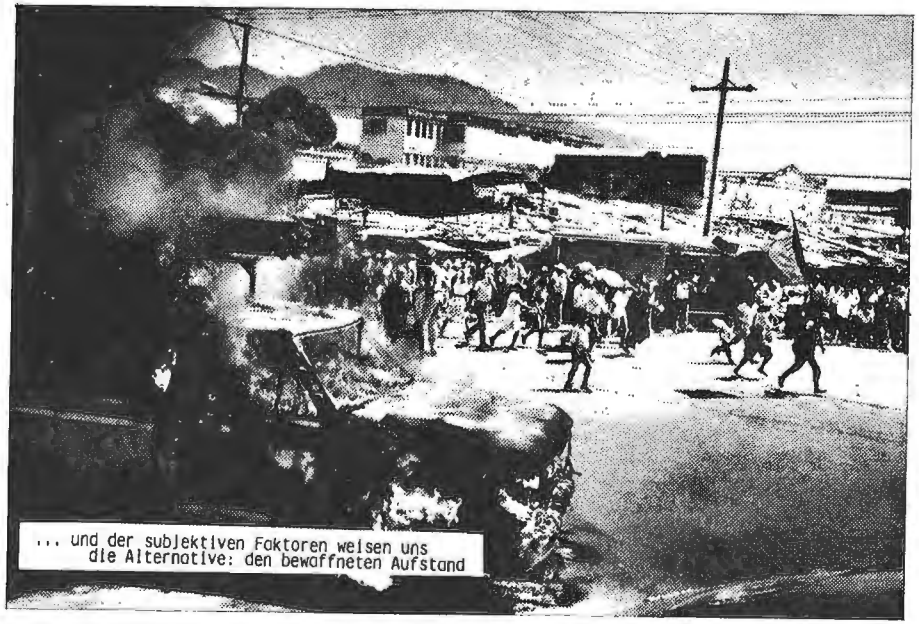
Ein weiteres Argument gegen den Vorschlag ist, daß einerseits das Wahlergebnis anerkannt werden soll, aber gleichzeitig nur an einen Waffenstillstand von vier Tagen gedacht wird. Der Krieg wird also weitergehen, egal was passiert und egal wer gewinnt? Wie ist das zu verstehen?

Die so argumentieren, reduzieren unsere Initiative auf eine rein taktische, politische Konfrontation. Das zentrale Element des Vorschlages der FMLN ist die Anerkennung der Legitimität des

Wahlergebnisses. Die Sache mit den zwei Tagen vor und zwei nach den Wahlen ist für uns absolut sekundär. Das Zentrale ist, daß die Anerkennung des Wahlergebnisses einen militärischen Ausweg für beide Seiten versperrt. Wenn also die Wahlen sauber durchgeführt werden, bleibt keine Alternative mehr; sie müssen anerkannt werden.

Und in dem hypothetischen Fall, daß ARENA gewinnt?

In diesem Fall - und wir sind sicher, daß er nicht eintrifft - wäre es sehr schwierig, den Krieg aufrechtzuerhalten. Es ist hier nicht die Frage ob man das will oder nicht. Diejenige Seite, die die Regeln verletzt und den Krieg fortsetzen will, hat alle Nachteile auf ihrer Seite.



... und der subjektiven Faktoren weisen uns die Alternative: den bewaffneten Aufstand

Absage an den bewaffneten Kampf?

Nachdem wir fünf Tage Waffenstillstand angeboten hatten, forderte eine der Parteien 60, und wir gewährten sie. Worauf wir allerdings bestehen, sind abgestimmte Verhandlungen für den Waffenstillstand. Das ist ganz fundamental. Einseitige Erklärungen zum Waffenstillstand funktionieren in diesem Plan nicht mehr. In einer Atmosphäre, in der - zum ersten Mal - ein Ende des Konfliktes in Sicht ist, werden viele Erwartungen geweckt, und es tauchen verschiedene Fragen auf. Wir haben zu entscheiden, unter welchen Bedingungen die FMLN bereit wäre, den bewaffneten Kampf zu beenden, sich in das politische Leben zu integrieren und die Existenz einer einzigen Armee anzuerkennen, was die bisherige Politik der FMLN

ganz und gar verändern würde. In der ersten Version des Vorschlages sagten wir: Wir fordern nicht mehr die politische Macht, sondern Spielraum, um saubere, gerechte Wahlen zu ermöglichen. Später stellten wir fest, daß wir nicht mehr militärische Macht fordern, sondern eine Neugestaltung und Umstrukturierung der aktuellen Streitkräfte, um die Garantie zu haben für einen wirklichen Demokratisierungsprozeß. Im einzelnen fordern wir drei Punkte: 1. die Verurteilung der Schuldigen der Verbrechen, da bisher keiner der Verantwortlichen für 70.000 Tote bestraft wurde; 2. Verringerung der Streitkräfte auf das Maß von 1978 und 3. Auflösung der Sicherheitskörper und Bildung einer einzigen Organisation, unter der Kontrolle des zivilen Staatsapparates.

Falls diese Bedingungen erfüllt sind, halten wir den bewaffneten Kampf für nicht mehr berechtigt. Und ich möchte hervorheben, daß dies nicht als Kapitulation zu interpretieren ist. Wenn diese Ziele durchgesetzt werden, handelte es sich um eine revolutionäre Veränderung großen Ausmaßes.

Glaubst du, wenn du zurückblickst, daß ein Vorschlag dieser Art in vorangegangenen Wahlkonjunkturen Sinn gemacht hätte?

Nein, damals existierte noch nicht das entsprechende Kräfteverhältnis für einen solchen Vorschlag. Wir wären das Risiko eingegangen, daß sie uns - einer nach dem anderen - die politischen Kader umbringen, wie es derzeit in Kolumbien geschieht.

Die Moral der Kämpfenden aufrechterhalten

Und was sagt Ihr Eurer Truppe, weil Ihr ja angekündigt hattet, den Aufstand vorzubereiten; und dann kommt dieser Vorschlag? Was geschieht mit den Leuten, die dabei waren, sich auf den Aufstand vorzubereiten? Wie schafft Ihr es, daß die Kämpfenden den Vorschlag verstehen?

Der Vorschlag hat tatsächlich die Art der Aufrechterhaltung der Kampfmoral geändert. Früher war es die Konfrontation mit unseren grundsätzlichen Positionen. Die FMLN forderte Territorium, militärische Macht, Beteiligung an der politischen Macht etc. Heute sind es weniger Prinzipien, als vielmehr die Tatsache, daß es die revolutionäre Bewegung, die FMLN ist, die heute als stärkste Kraft den Frieden verteidigt. Wir halten aber die Alternative des Aufstands aufrecht. Wir haben dies sehr deutlich gesagt, daß wir eine letzte Anstrengung unternehmen, um die soziale Explosion zu vermeiden. Das ist auch allen Kämpfenden sehr klar; wenn der Vorschlag abgelehnt wird, gut, dann ist unser Krieg noch legitimer.

Bürgerliche Demokratie oder mehr?

Bis heute hat die Linke die Wahlen angesehen als einen Prozeß auf einem Spielplatz, dessen Rahmen vom Feind abgesteckt ist, mit Spielregeln, die der Feind festlegt, d.h. an Wahlen teilzuneh-

men bedeutete, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie zu spielen. Wollt Ihr nun mit Eurem Vorschlag die Spielregeln ändern oder wollt Ihr auf demselben Platz spielen?
Das Vorhandensein eines neuen Kräfteverhältnisses erlaubt es, den Rahmen und die Regeln zu verändern. Was die FMLN fordert sind Gleichheit und Sauberkeit, eben jene Bedingungen, die bei Wahlen im bürgerlich-demokratischen Rahmen fehlen. Wir wollen Wahlen ohne Repression, und darum beharren wir darauf, daß die Streitkräfte während der Wahlen einkaserniert bleiben. Wenn der Wahlsieg der Convergencia respektiert würde, wäre das eine sehr große, substantielle Verbesserung für das Volk; wenn sie es nicht respektieren, wäre das für sie ein Spiel mit dem Feuer.
Hast du Informationen darüber, wie die Kämpfenden der FMLN den Vorschlag aufgenommen haben?
Stell dir doch einmal vor, was es für sie bedeutet, wenn die FMLN eine politische Initiative lanciert, die die ganze Gesellschaft bewegt und über die im ganzen Land von morgens bis abends gesprochen wird! Und es vergehen die Tage, und das Thema verschwindet nicht aus den Zeitungen. Seitdem ist schon mehr als ein Monat vergangen. Wie sollen sie sich fühlen, die einer Organisation angehören, die diese Initiative startet!

Reformisten und Militaristen

Wie bewertet Ihr in Eurer heutigen politischen Reife die Ausnutzung des Spielraumes der Wahlen durch die ***Kommunistische Partei El Salvadors*** *vor dem Zusammenschluß zur FMLN?* *
Es ist eindeutig, daß die Wahlteilnahme der Kommunistischen Partei 1972 und 1977 einen politischen Wert hatte für die Erziehung der Massen und um die große Massenmobilisierung zu erzielen, die es damals gab. Ein großer Teil dieser politischen Kraft erlaubte es später, den bewaffneten Kampf zu entwickeln. Von diesem Standpunkt war die Wahlteilnahme unbestritten entscheidend. Wenn sich aber seit 1970 nicht parallel verschiedene Gruppen auf den bewaffneten Kampf vorbereitet hätten, hätte das, was die KP damals gemacht hat, nichts genutzt. Die Tatsache, das sich all dies im Rahmen einer ideologischen und politischen Konfrontation innerhalb der revolutionären Bewegung abspielte, führte zu einer gewissen Komplementarität. Ich glaube, es wäre heute noch zu früh, den Grad der Wahrheit festzulegen, den jede Seite für sich bei der Durchsetzung ihrer Linie für sich beanspruchte; also zu bestimmen wie sehr die bewaffnete revolutionäre Bewegung im Recht war, als sie die andere Linie total ablehnte oder wie sehr die

* 1972 und 1977 hat die Kommunistische Partei, gemeinsam mit der Christdemokratischen und der Sozialdemokratischen Partei unter Ungo in dem Wahlbündnis UNO an den Wahlen teilgenommen. Die UNO erzielte jeweils die Mehrheit der Stimmen, was aber von der herrschenden Partei PCN nicht anerkannt wurde, so daß sie weiterhin den Präsidenten stellte. Anfang der 70er Jahre hat es heftige ideologische Debatten in der KP über die Wahlteilnahme gegeben. Das Ergebnis war die Abspaltung eines Flügels der Partei unter Cayetano Carpio und seine Integration in den bewaffneten Kampf.

die Redaktion

Sabotage an der Stromversorgung

nicht-bewaffnete Linke im Recht war, die damals den Wahlkampf als wesentlichen Kampf definierte. Ich glaube, daß ein Teil der Avantgarde versuchte, mit einem ziemlichen Reformismus in ihren Strukturen und ihrer Basis - wie sie selber anerkennen - den Weg über Wahlen zu gehen. Es gab aber auf der anderen Seite eine recht militaristische Komponente, und dies zu verneinen, wäre ein großer Fehler.
Wie analysiert und prognostiziert Ihr die Gemütsverfassung der Massen und an welche weiteren Elemente denkt Ihr, wenn Ihr von der Möglichkeit eines Aufstandes sprecht?

Die FMLN ist keine Bergguerilla

Zunächst einmal: Die FMLN ist keine Bergguerilla, kein isolierter Körper. Wir befinden uns an den Hängen des Vulkans von San Salvador, in der Peripherie, und wir haben Stadtguerillas in allen Städten des Landes. Sie agiert sowohl im politischen wie im militärischen Berteich, obwohl sie jeweils unterschiedliche organisatorische Instrumente benutzt. Wir halten es für extrem wichtig, die Geisteshaltung der Massen genau zu erfassen und sehen uns durchaus in der Lage, eine wissenschaftliche Analyse zu machen. Die FMLN sagt nicht, daß die Massen bereits am Rande des Aufstands sind. Sie sagt nur voraus, was passieren wird, basierend auf der Analyse der aktuellen objektiven und subjektiven Bedingungen. Es gibt eine allgemeine Haltung der Opposition, der Ablehnung, eine explosive Stimmung. Wir können nicht voraussagen, was der konkrete Anlaß für die Detonation sein kann.

Von der Opposition zur Rebellion

Objektive Bedingungen sind z.B. die ökonomische Situation. Sie ist extrem, wie alle Welt anerkennt. Wir befinden uns in einer Krise, die quantitativ und qualitativ die schlimmste in der ganzen Geschichte unseres Landes ist. Wir analysieren aber auch die historischen Komponenten, die kämpferischen Traditionen unseres Volkes. Wir sprechen nicht von Costa Rica, wir sprechen von einem Land, das militärische Erhebungen mit der Beteiligung des Volkes hatte, Wahlkämpfe, aus denen sich Aufstände ergaben, niedergeschlagen zwar, aber sie dienten der Erfahrung. Und hinzu kommt ein achtjähriger Krieg. Das heißt nicht, das wir die Strategie der Gegenseite, eine soziale Explosion zu verhindern, unterschätzen. Aber diese Strategie beruht auf der Intervention der USA, und diese Intervention ist geschwächt, regional wie in diesem Land selber. Innerhalb dieses Rahmens sagen wir, daß die breite und allgemeine Oppositionshaltung sich in eine Rebellion verwandeln kann.

EL SALVADOR LIBRE
SPENDENAKTION

Waffen für El Salvador

Postgiroamt Berlin-West
Sonderkonto
28859-107
Bankleitzahl 10010010
Freunde der alternativen
Tageszeitung e.V.
1000 Berlin 65

Kontostand 9. 3. 1989:
4.197.442,21 DM

Bisherige UnterstützerInnen:
AIB, Arbeiterkampf, Cuba Si, Ides, Ila-Info, Inprekorr, Konkret, Radio Dreieckland, Radio Z, extraBLATT, Lateinamerika Nachrichten, blätter des iz3w

MEXIKO

Salinas – Quo vadis?

Nach den betrügerischen Wahlen im Juli 1988, den erneuten Wahlbetrügen in den Bundesstaaten Veracruz, Tabasco, Nuevo Leon, Tlaxcala und Chiapas Ende 1988 und den heftigen Massenprotesten der Opposition schien der am 1. Dezember 1988 angetretene Präsident Salinas de Gortari ein 'schwacher Präsident' zu werden. Die bisher noch nie erfolgten Zwischenfälle während seiner Antrittszeremonie stellten seine Legitimität und Unterstützung in der PRI selbst in Frage. Diese ersten Zweifel wurden jedoch von seiner strammen neoliberalen Wirtschaftspolitik und seinen drastischen politischen Entscheidungen schnell beseitigt.

Salinas, bis Juli 1988 Wirtschaftsminister Mexikos und 'Architekt' der Wirtschaftsmisere Mexikos wird in den nächsten Monaten einer verschärften wirtschaftlichen Situation gegensteuern müssen (vgl. LN Juli/August 1988). Zwar kann er sich rühmen, daß durch den Anfang 1988 eingeführten 'Pakt der ökonomischen Solidarität' (PSE) die Inflation im selben Jahr auf ca. 50% gesunken ist, (im Vergleich zu über 150% 1987), doch sind die politischen und wirtschaftlichen Folgen dieser Austeritätspolitik noch nicht abzusehen. Der Handelsbilanzüberschuß, der noch 1983 einen Betrag von 13.3 Mrd. US$ aufwies, wird sich 1988 auf weniger als 3 Mrd. US$ reduzieren, womit die nationalen Möglichkeiten zur Zahlung des Schuldendienstes von ca. 12 Mrd. US$ nur von neuen internationalen Krediten abhängig sind. Besonders gravierend sind die Wachstumsraten der Konsumgüterimporte, die im Vergleich zu 1987 150% betrugen, dagegen die Kapitalgüterimporte 'nur' um 55% stiegen.
Von 1982 bis 1988 wurden 70 Mrd. US$ Schuldendienst an die Gläubiger geleistet (=70% der gesamten Schulden Mexikos!), der 1988 19.5% des Bruttoinlandsproduktes ausmachte und 63.3% des Staatsbudgets verschlang. Dennoch ist Salinas guter Hoffnung: Die nationale Ersparnis soll die Entwicklung Mexikos ermöglichen!
In diesem Zusammenhang ist die Wirtschaftspolitik Salinas eindeutig: Mexiko soll weiterhin seine 'komparativen Vorteile' als Standort für billige Arbeitskraft und Energie ausbauen. Durch die Verfolgung

dieser Politik sanken die Reallöhne 1988 um 8,5% und gehören zu den niedrigsten der Welt (in Argentinien, Brasilien und Kolumbien sind die Löhne 58% bzw. 116% höher!). Das 3,3fache des Mindestlohns soll 1988 die Grundbedürfnisse einer mexikanischen Familie decken ... Die Ziele der Salinas-Regierung scheinen in dieser Hinsicht deutlich gesetzt zu sein: Dezentralisierung der Wirtschaft, Rückzug des Staates aus dem Wirtschaftssektor, Verhandlungen mit den Gläubigerbanken zur Reduzierung des Schuldendienstes und verstärkte ausländische Investitionen.

Der erste Schritt Salinas': Teilprivatisierung PEMEX?

Petroleos Mexicanos (PEMEX, die staatliche Erdölgesellschaft Mexikos) ist eine der Hauptstützen der mexikanischen Wirtschaft. Ihre Exporte, die 1982 ihren Höhepunkt mit 15,6 Mrd. US$ erreichten, sanken 1988 auf ca. 3,5 Mrd. US$. Dabei spielen nicht nur die sinkenden Erdölpreise eine wichtige Rolle. Der finanzielle Bankrott des Staates hat die Investitionen in diesem Sektor in den letzten sechs Jahren von ca. 500 Mio. US$ auf weniger als 150 Mio. US$ 1988 reduziert, womit Importe im Erdölsektor in Mexiko ständig zunehmen und 1988 über 700 Mio.US$ erreichten.
In den nächsten Jahren fallen nach Regierungsangaben ca. 3 Mrd.US$ Neuinvestitionen an, die verschärfte Krise macht es der Regierung jedoch unmöglich, diese Ausgaben zu finanzieren.
Im globalen Zusammenhang der Privatisierung des öffentlichen Wirtschaftssektors (vgl. angekündigter Verkauf von Sidermex, Cananea, Telmex, Mexcobre u.a.) wurden schon Mitte 1988, noch unter Präsident de la Madrid, Gerüchte verbreitet, daß Teilbereiche von PEMEX privatisiert werden sollten. Außer den linken Oppositionsparteien waren die Gewerkschaft der Ölarbeiter (SRTPRM), die dem regierungstreuen Gewerkschaftsverband (CTM) angegliedert ist, der entschiedenste Gegner dieser Privatisierung.

Der Fall von 'La Quina'

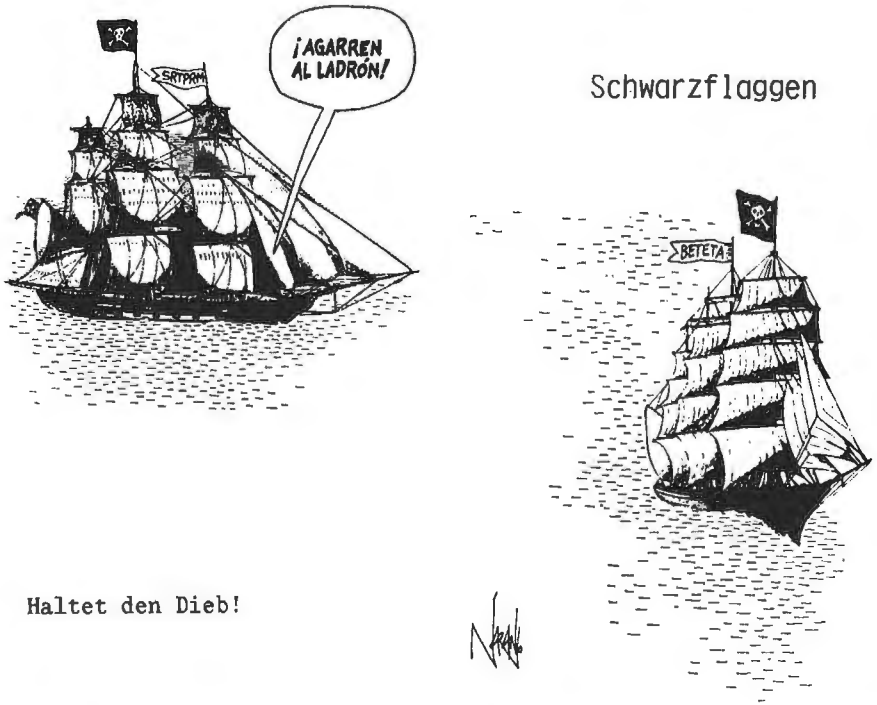
Joaquin Hernandez Galicia, alias 'La Quina', Vorsitzender der SRTPRM und Fidel Velazquez, Generalsekretär des mexikanischen Gewerkschaftsverbandes (CTM) galten bis vor kurzem, mit dem mexikanischen Präsidenten, als die mächtigsten Männer des Landes. Sie waren die einzigen, die schon seit den 60er Jahren (Fidel Velazquez seit den 30er

Jahren) den jeweiligen mexikanischen Präsidenten die Hände schüttelten und ihnen ihre absolute Unterstützung versprachen.
La Quina, seit Jahrzehnten des Mordes (u.a. an dem Journalisten Manuel Buendia) und der Veruntreuung von Gewerkschaftsgeldern beschuldigt, soll nur in den letzten zehn Jahren ein Vermögen von ca. 80000 Mio. Pesos angehäuft haben. Unter dem Motto des "sozialen Friedens" und des Korporativismus bis Ende der 80er Jahre konnte La Quina sein Imperium mit Unterstützung der jeweiligen Präsidenten sichern und ausbreiten. Mit Miguel de la Madrid, Präsident Mexikos ab 1982, begannen jedoch die ersten Schwierigkeiten. Die wirtschaftliche Krise Mexikos 1982 zwangen ihn zu einer Kampagne der "Moralischen Erneuerung", die die offensichtlichsten Korruptionsfälle des Landes verurteilen sollte. Doch La Quina warnte derzeit de la Madrid: "Wenn Pemex sinkt, sinkt das Land und Sie sinken mit". De la Madrid beteuerte daraufhin 1984, La Quina "sei vorbildhaft in der ehrlichen Führung seiner Gewerkschaft". Doch der Frieden hielt nicht lange. Der ehemalige Wirtschaftsminister Salinas und der Direktor von PEMEX, Ramon Beteta, schmiedeten ihre Pläne, um La Quina zu Fall zu bringen.

Der erste Schlag gegen La Quina ging 1984 von Salinas aus. Gesetzlich ist festgelegt, daß 40% aller Aufträge von PEMEX an die SRTPRM vergeben werden, die ihrerseits eine Pauschale von 35% von den Unternehmen verlangte (!). Dazu kamen für die SRTPRM 2% aller von PEMEX vergebenen Aufträge, die La Quina selbst verwaltete. Die gesetzliche Grundlage für Aufträge von PEMEX an die SRTPRM wurde von Salinas aufgehoben.
Hinzu kommt, daß Ramon Beteta in seiner Funktion als Direktor von PEMEX und Freund von Salinas, diese Reformen in der SRTPRM fortsetzen wollte. La Quina bließ zum Angriff und beschuldigte Beteta der Veruntreuung von 49 Mio. US$ beim Ankauf zweier Schiffe. Beteta wurde daraufhin (?) zum Governeur des Bundesstaates Mexiko ernannt, womit die direkte Konfrontation geschlichtet wurde.
Anfang 1988 spitzte sich jedoch die Situation weiter zu. De la Madrid mußte seinen Nachfolger bestimmen und Salinas war einer der möglichen Kandidaten. La Quina äußerte öffentlich seinen Widerstand gegen Salinas als zukünftigen Präsidenten. De la Madrid entschied sich für Salinas, die Tage von La Quina waren gezählt...
Trotz Umarmungen und freundlichen öffentlichen Gesten - die Beziehung zwischen La Quina und dem 'auserwählten' Präsidenten Mexikos war äußerst angespannt. La Quina

Banderas negras

Por Naranjo



Schwarzflaggen

Haltet den Dieb!

war es selbst, der Anfang 1988 die schärfste Kritik in der Regierungspartei gegen die Wirtschaftspolitik formulierte: "Alle Tage, alle Monate gab es dasselbe in den letzten fünf Jahren: Dieselbe Formel zur Erhöhung von Tarifen und Steuern, überdeckt mit den neuen Wörtern: Anpassung, Strategie, Veränderungen, Schemata, Konjunkturen... Nur ein friedliches Volk wie das mexikanische hat soviel ausgehalten. Doch, werden wir noch solange aushalten?".
Am Morgen des 10. Januar griffen Militäreinheiten in einem wilden Feuergefecht das Haus von La Quina an und nahmen ihn unter der Anklage des Waffenschmuggels und Widerstandes fest. 35 weitere Gewerkschafter, u.a. der offizielle Führer der SRTPRM und Ex-Senator, Barragán Camacho, wurden zusätzlich festgenommen.
Massendemonstrationen der CTM und der SRTPRM in allen Teilen Mexikos, die zur Solidarität mit La Quina aufriefen, nutzten nichts. Obwohl in den Parteistatuten der PRI nicht verankert, ist jedoch allgemein bekannt: Wer sich mit dem regierenden Präsidenten anlegt, muß die Konsequenzen tragen!

Salinas: Was nun?

Die Zerschlagung des Imperiums von La Quina und die im Februar vorgenommene Festnahme von Eduardo Legorreta, Direktor von Operadora de Bolsa, des wichtigsten in der mexikanischen Börse tätigen Unternehmens, zeigen mehrere Tendenzen auf.

Einerseits sieht sich Salinas gezwungen, in der Kontinuität aller früheren Präsidenten, alle möglichen Machtansprüche auszuschalten, um deutlich zu machen, daß nur der Präsident Entscheidungen trifft.
Die Festnahme Legorretas muß jedoch auch als Warnung an seinen Bruder, Agustin Legorreta, verstanden werden. Als Präsident des nationalen Unternehmerverbandes (Consejo Coordinador Empresarial) hatte er 1988 geäußert, daß die Wirtschaftspolitik und der PSE "von einer Gruppe von 300" bestimmt wird, er mitinbegriffen.
Der Fall von La Quina hat jedoch weitreichendere Konsequenzen. Salinas macht dadurch in technokratischer Manier deutlich, daß das Modell des Korporativismus in Zukunft in Mexiko nicht weiter zu verfolgen ist. Sogar der Name der ölgewerkschaft wurde verändert, sie heißt ab Januar 1988 nicht mehr SRTPRM sondern STPRM, das fehlende 'R' bedeutete 'Revolutionäre Gewerkschaft...'. Starke, wenn auch von der Regierung korrompierte, Gewerkschaften, stellen für das zukünftige Entwicklungsmodell Salinas eine Gefahr dar. Die CTM und CNC (Nationaler Bauernverband), seit den 30er Jahren Stützen des mexikanischen Entwicklungsmodells, werden an ökonomischer und politischer Macht verlieren, falls sie nicht ganz ausgeschaltet werden.
Nach dem Vorfall von La Quina, wo das Militär und nicht die zuständigen Polizeikräfte eingriffen, wird eine verschärfte Militarisierung des Landes befürchtet. Die Streitkräfte könnten zur einzigen Kraft werden, auf die sich Salinas in Zukunft stützen kann.
Die Oppositionsparteien haben Salinas bisher wenig entgegenzusetzen. Vor allem die linken Parteien, in sich zerstritten und ohne eine Alternative zu bieten, versuchen durch die Gründung einer neuen Partei, der Demokratischen Revolutionären Partei (PRD), deren Vorsitzender Cuahtémoc Cárdenas sein soll, eine politische Antwort zu geben. Ob ihnen das gelingen wird, wird sich in den nächsten Monaten zeigen.

CHILE

Ausverkauf der Wälder

Die Zahl der Privatisierungen unter der Diktatur Pinochets hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Diese Entwicklung beschränkt sich jedoch nicht auf die Sektoren Bergbau und Industrie, sondern betrifft nun auch die natürliche Umwelt des Landes: Riesige Waldflächen im Süden Chiles stehen zum Ausverkauf bereit.

Die Entscheidung der Regierung, einen der letzten und wertvollsten natürlichen Waldbestände an den privaten Sektor zu übergeben, hatte in Chile eine heftige Polemik ausgelöst. Es geht dabei um den Holz- und Forstwirtschaftskomplex Panguipulli, wo die Baumarten Coige (Fagazee), Tepa und Raulí (Hartholzbuche) heimisch sind.
Diese Maßnahme bedeutet den unverzüglichen Verkauf von 12 Arealen mit einer Fläche von insgesamt 164.000 Hektar (das entspricht der doppelten Größe von Ost- und West-Berlin zusammen!). Sie ist ein Teil des sich rapide beschleunigenden Prozesses der Privatisierung und Entnationalisierung der natürlichen Forstreserven des Landes, der sich unter der Militärdiktatur vollzieht.
Die Nachricht über den unmittelbar bevorstehenden Verkauf von Panguipulli erfolgte nur wenige Wochen, nachdem das japanische Unternehmen Marubeni Corporation ein anderes wertvolles Forstgebiet erworben hatte. Es handelete sich dabei um das etwa 36.000 Hektar große Gebiet der Hacienda Venecia, auf dem sich die weltgrößten Alerce-Bestände befinden (Alerce ist die langlebigste Spezie einer Lärchenart, die ein Alter von bis zu 4.000 Jahren erreicht).
Die Marubeni Corporation besitzt bereits seit Ende der 60er Jahre eine traurige Berühmtheit in Chile. Damals versuchte sie, die Rechte zur Ausbeutung der gesamten Waldbestände der im Süden Chiles gelegenen Insel Chiloé an sich zu reißen. Nur der entschlossene Widerstand der gesamten Bevölkerung, unterstützt durch die Kirche, hatte die Ausführung dieses Projekts verhindert. Jedoch wurde dieser ökologisch katastrophale Plan noch immer nicht vollständig zu den Akten gelegt, wie neuerlich vernehmbare Gerüchte zeigen.
Die Übergabe von mit heimischen Baumarten bestandenem Forstland in Privathand - im allgemeinen an große ausländische Unternehmen und Konsortien - vollzieht sich hauptsächlich in der 10. Region, besonders in der Provinz Valdivia im Süden Chiles.

Der Forstkomplex von Panguipulli

Eine Reihe angesehener Forstwissenschaftler der Universität Valdivia, der Schule für Forstingenieure und das nationale Komitee für die Verteidigung der Fauna und Flora (CODEFF) haben sich entschieden gegen die angekündigte Privatisierung des Forstkomplexes von Panguipulli ausgesprochen.
Für den Präsidenten der Vereinigung der chilenischen Forstingenieure hingegen steht fest, daß, nur wenn das Gebiet weiterhin unter staatlicher Verwaltung bleibt, eine weitere Entwicklung und Erforschung sowie die Erhaltung des genetischen Potentials erfolgen kann.

Gerade auch wegen des hohen kommerziellen Wertes des Gebietes hat der Staat schon lange vor der Militärdiktatur dort forstwirtschaftliche Untersuchungen durchgeführt. Die Erweiterung der Kenntnisse über Pflege undf technische Handhabung dieses einmaligen Waldgebietes ist unabdingbar, um seine weitere Existenz und forstwirtschaftliche Nutzung gleichermaßen zu garantieren. Aber es ist nicht nur der Aspekt der Holznutzung, der die Forstingenieure zu der Überzeugung kommen läßt, daß das Gebiet nicht verkauft werden sollte. Vielmehr ist es die Bedeutung, die dem Waldgebiet für die Erhaltung und Regulierung des gesamten Ökosystems dieser ausgedehnten Andenzone zukommt. Die Wälder von Panguipulli, aus denen sich der Río Valdivia und der Río Bueno speisen, sind entscheidend für die Regulierung des hydrologischen Systems verantwortlich. Die Forstingenieure sind deshalb mit dem Vorschlag an die öffentlichkeit getreten, die überwiegend mit Wald bestandenen Gebiete des Komplexes zum Naturschutzgebiet zu erklären. Sie sollten weiterhin von der Nationalen Forstbehörde (CONAF) verwaltet werden, um so einen angemessenen Umgang mit der Resource Wald zu gewähren.

Die Unfähigkeit des privaten Sektors

Eine vom Institut für Wald- und Forstwirtschaft der Universität Valdivia erstellte Studie enthält eine scharfe Kritik an der Waldnutzung durch Privatpersonen und -unternehmen. Es wird darauf hingewiesen, daß die bisher erfolgten Privatisierungen dazu geführt haben, daß einige der letzten Raulí-Bestände vernichtet wurden. Ausgedehnte Pflanzungen derselben Art wurden durch das unkontrollierte Einführen von Vieh zerstört. Es ist kein Fall bekannt, wo eine private Forstnutzung stattfindet, die die natürlichen Wälder in ihrer ursprünglichen Artenzusammensetzung erhält. In Chile betreiben Privatleute eine rücksichtslose Ausbeutung der natürlichen Wälder, ohne jede Investionen zur Erhaltung oder Verbesserung des Bestandes. Dazu kommt in vielen Fällen die irrationale Ausdehnung der Weidegebiete. Im besten Falle werden Monokulturen mit schnellwachsenden und eingeführten Arten, wie z.B. der "pino insigne" angelegt. Die "Nutzung" erfolgt

mittels großflächigen Kahlschlags zu einem späteren Zeitpunkt. Diese ökologisch ebenfalls verheerende Entwicklung wird von der Umweltschutzorganisation CODEFF seit langem kritisiert, und die ersten negativen Auswirkungen haben sich bereits eingestellt: Plagen und Krankheiten. Allein die Pflanzungen von "pinus radiata" in Chile haben eine Größe von über einer Millionen Hektar. Eine Plage bei dieser Spezies wäre für Chile eine Katastrophe, da 90% der Einkünfte des Holzhandels aus der Verwertung von Monokulturen stammen. Gleichzeitig wäre es der Beweis für die Anfälligkeit dieser künstlichen Pflanzungen.
Desweiteren muß die grundlegende Bedeutung hervorgehoben werden, die dem Erhalt von noch unberührten Gegenden für die Bewahrung und die Untersuchung der genetischen Vielfalt sowie der Produktion der Raulí-Samen zukommt. Anderenfalls besteht die große Gefahr, daß schon bald keine natürlichen Vergleichswälder für die Pflege und die Entwicklung der Kunstforsten zur Verfügung stehen. Genau aber das ist in Deutschlabnd geschehen, mit dem Ergebnis, daß es dort keine natürlichen Wälder mehr gibt. Heute bemühen sich die deutschen Experten mit Hilfe unter anderem der chilenischen Wälder das Wissen zu erlangen, mit dem in ihren Forsten wieder ein gewisses Gleichgewicht hergestellt werden kann, das durch den Menschen geschädigt wurde.

Der soziale Aspekt

In Panguipulli stehen jedoch nicht nur der Verlust riesiger Flächen einzigartiger natürlicher Wälder sowie die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts auf dem Spiel, sondern auch die Existenz von Tausenden von Menschen.
Nach der Privatisierung wird es zu einer Zerstückelung des Bodens kommen, in dessen Folge die dort lebenden Familien auseinandergerissen und vertrieben werden, so wie es in den bisher privatisierten Gebieten bereits geschehen ist. Der Forstkomplex von Panguipulli stellt traditionell die einzige Erwerbsmöglichkeit in der gesamten Gegend dar. In den drei Jahren der Regierung Allendes taten sich die 10.000 Forstarbeiter besonders durch ihren hohen Organisationsgrad hervor und durch ihre große Kampfbereitschaft, wenn es um die Verteidigung ihrer Rechte ging.
Aus diesem Grunde wurden sie nach dem Militärputsch als aufständisch und gefährlich eingestuft. Panguipulli war einer der von der brutalen Repression der ersten Monate am schlimmsten betroffenen Orte des Landes. Die unzähligen Verschwundenen, Ermordeten und als Widerstandskämpfer Erschossenen sowie die sechsjährige Besetzung des gesamten Komplexes durch das Militär sind die sichtbarsten Zeichen dessen, was dort geschah.
Trotz der vielen Jahre, die seitdem vergangen sind, sprechen die Leute kaum von der Vergangenheit. Dem Besucher begegnet vielmehr eine große Reserviertheit gegenüber Fremden, Angst und Passivität der Bevölkerung. Laut Statistik sind es immer noch mehr als 8.000 Menschen (darunter 1.200 Kinder im schulfähigen Alter), die in

der einen oder anderen Form von den wirtschaftlichen Aktivitäten des Forstkomplexes abhängen. Alles deutet darauf hin, daß es im Falle der Privatisierung zu heftigen Auseinandersetzungen und sozialen Konflikten kommt, wie es in den bereits verkauften Gebieten geschehen ist. Und so wie andere vormals reiche natürliche Wälder wird auch Panguipulli mit den neuen Monokulturen zu einer der ärmsten ländlichen Gegenden Chiles verkommen.

REZENSIONEN

Zur Ausbreitung evangelikaler Gruppen – einem Phänomen auf der Spur

Sie sind in den vergangenen zehn Jahren immer deutlicher ins Blickfeld einer an Lateinamerika interessierten Öffentlichkeit gerückt: Die protestantischen Sekten und religiösen Gruppen US-amerikanischer Provenienz. So zeigte sich zum Beispiel die "Iglesia del Verbo" ("Gospel Outreach Church" in den USA) des langjährigen guatemaltekischen Staatschefs Rios Montts als zuverlässige Stütze einer blutigen Diktatur.

Mittlerweile kann auch der unbefangene Betrachter die überall in Bolivien aufsprießenden kleinen Kirchen oder Gemeindezentren der evangelikalen fundamentalistischen Glaubensgemeinschaften nicht mehr übersehen. Gruppierungen, wie die Siebenten-Tages-Adventisten (STA) sind zu einem Faktor geworden - und zwar nicht nur auf der religiösen Landkarte Lateinamerikas, sondern auch im privaten, gesellschaftlichen und politischen Leben. Von daher ist nun auch das Interesse an wissenschaftlicher Durchdringung dieses Phänomens erwacht. Kein Wunder also, daß eine an der Freien Universität Berlin im Fach Altamerikanistik durchgeführte Doktorarbeit die Missionserfolge der STA unter den urbanen 'aymara' in La Paz analysiert. Diese 1988 fertiggestellte Dissertation über die Siebenten-Tags-Adventisten in Bolivien von Juliana Ströbele-Gregor umfaßt über 300 Seiten Text, ferner eine Reihe ergänzender Karten, Tabellen und Abbildungen. Der Anhang enthält einen kurzen Abriß der Geschichte der STA, methodologische und hermeneutische Reflexionen über die Gesprächsführung der Autorin mit zahlreichen adventistischen Gemeindemitgliedern, sowie Arbeiten von Bildungswerken, Schulen, Hochschulen und Entwicklungsprojekten der STA.

Die Verfasserin wertet also nicht nur die einschlägigen schriftlichen Dokumente der STA aus, sie betreibt auch eine breit angelegte soziologische und sozialpsychologische Feldforschung, etwa um die Gründe für die Migration in die Hauptstadt oder für die Konversion zur adventistischen Glaubensgemeinschaft zu erfahren.

Die Vielschichtigkeit dieses Buches in seinem Aufbau und seiner Detaildarstellung ist der komplexen Problematik des Themas angemessen. Nur so ließ sich die äußere und innere Entwicklung der betreffenden 'aymara' bis zu ihrer folgenreichen Hinwendung zur Glaubensgemeinschaft der STA (die Autorin enthält sich des abwertenden Ausdrucks 'Sekte') darstellen.

"Dialektik der Gegenaufklärung"

Die Einleitung beschäftigt sich mit dem Protestantismus US-amerikanischer Herkunft in Lateinamerika im allgemeinen, den Ursachen, Phasen und Folgen seiner Ausbreitung als Gegenpart zur jeweiligen katholischen Staatskirche. Sie stellt damit eine auch für den Laien interessante Skizze der Kirchengeschichte des lateinamerikanischen Kontinents dar.

Verbunden damit entwickelt die Autorin in Kontrastparallele zu Horkheimers und Adornos These von der "Dialektik der Aufklärung", die im Titel der Doktorarbeit genannte eigene These einer "Dialektik der Gegenaufklärung" vor dem Hintergrund dessen, was wir über die Entstehung, den Anspruch und die Auswirkungen des protestantischen Fundamentalismus bereits wissen. So, wie es eine Brechung der Aufklärung und einen Umschlag in die Barbarei gebe, existiere auch in der programmatischen Gegenaufklärung des Fundamentalismus verborgen, schon ein erhebliches Potential an aufklärerischen, progressiven Elementen. Aus dieser Einsicht entwickelt die Autorin mit Blick auf die STA ihr Forschungsprogramm.

Der zweite Schwerpunkt der Einleitung enthält die Darstellung der Kriterien der Auswahl gerade dieser Religionsgemeinschaft (die STA sind die mitgliederstärkste protestantische Religionsgemeinschaft in Bolivien, einflußreich durch ihre Schulen und Entwicklungsprojekte) und des (haupt-)städtischen Untersuchungsfeldes sowie den aus diesen Entscheidungen resultierenden eigenen Forschungsprozessen.

Riten und Magie im barrio

Im 1. Teil "Zur Lage der aymara" geht J. Ströbele-Gregor umfassend auf die ökonomisch-sozialen Grundlagen des Lebens dieser indigenen Bevölkerungsschichten vor und nach der Revolution von 1952 ein. Die Migration in die Stadt und die Entwicklung einer urbanen aymara-Subkultur als Fortsetzung von Werten, Ordnungen und Lebensmustern der alten Dorfgemeinschaft, aber auch als Formen der Selbstbehauptung in einer widrigen und feindseligen Umwelt werden unter die Lupe genommen. In einer materialreichen Wiedergabe der wichtigsten Äußerungen von Kultur, wie Sprachverhalten (im Gebrauch von aymara und Spanisch), Kleidung, Festen und Riten sowie Umgang mit Krankheit und Magie reflektiert die Autorin Kontinuität und Wandel der traditionellen Kulturformen unter dem Einfluß der urbanen Situation.

Dezember 1982 feierten die Gläubigen 100 Jahre Protestantismus in El Salvador

Minutiös stellt sie auch die Einkommens-und Wohnverhältnisse im barrio dar, die Initiativen und Organisation zur Verbesserung der Lebenslage. Sie zeigt, wie aufgrund der fehlenden Einbindung in die Dorfgemeinschaft die Familie in La Paz zum Konfliktbereich geworden und zunehmend in Auflösung begriffen ist. Dieser Prozeß geht vor allem zu Lasten der Frau. Der Koka-und Alkoholgebrauch, der in der traditionellen Kultur im Rahmen kultischer Handlungen und Feste einen besonderen rituellen Wert besaß, hat in der Stadt exzessive und ruinöse Ausmaße angenommen.

In diesem Kontext der Herausforderungen stellt nun die Mitgliedschaft in einer protestantischen Religionsgemeinschaft wie der STA eine spezifische Antwort dar. Im 2.Teil, "Die Adventisten", rekurriert die Verfasserin auf die Geschichte der andinen Missionierung durch die STA seit der Jahrhundertwende, ihr frühes, gewinnendes Engagement beim Bau von Schulen und bei der Aufklärung über Hygiene und Gesundheit. Im folgenden stellt die Autorin die Organisationsstrukturen bis in die lokale Gemeinde dar.

Adventistisches Weltbild

Die Beschreibung adventistischer Glaubensgrundsätze, Ethik und des entsprechenden Menschenbildes sowie eine kritische Reflexion über die Wirksamkeit adventistischer sozialethischer Normen im Leben von barrio-Bewohnern bereitet die darauf folgenden Erörterungen von

geistigen Verbindungen zu andinen Traditionen der aymara sowie die Darstellung der erwachsenen-pädagogischen Umsetzungen adventistischer Vorstellungen in Themen konkreter "Elternschulung" vor.

Die adventistische Ethik will das ganze Menschenleben durchdringen. Wehrpflicht und Kriegsdienst werden als unchristlich abgelehnt. Ein genauer Vorschriftenkatalog regelt Ernährungswelse (häufig vegetarisch), Gesundheitspflege, Erziehung und Familienleben. Abstinenz von Alkohol, Zigaretten, Kaffee, Tee und Drogen aller Art ist vorgeschrieben. Die STA unternehmen sogar den Versuch, in den verschiedenen Wissenschaftsbereichen (z.B. in den beiden adventistischen Universitäten in den USA) spezifisch adventistische Theorien zu entwickeln, so auf den Gebieten der Naturwissenschaften, der Medizin, der Ökologie etc. Zu den Bereichen von Kunst, Musik und Belletristik pflegen die STA allerdings eher kulturasketische Vorstellungen. Insgesamt ist das Weltbild von Verzichtsbereitschaft, Selbstzucht und Bescheidenheit geprägt.
Die Unterwerfung unter das rigide Glaubens- und Moralsystem der STA gelingt nach Ansicht der Verfasserin aufgrund einer beachtlichen "sozialen Prämie" (im Sinne Max Webers), nämlich der möglichen Berufung des Gläubigen in Prestige vermittelnde Aufgaben und Ämter, durch die die urbanen aymara ihr Selbstbewußtsein stärken und so die ihnen sonst im barrio versagte persönliche Würde und Menschenwürde wieder erlangen können.

Auf der protestantischen Hundertjahrfeier, San Salvador, 1982

... und dann war da noch der weiße Messias

Für Religionsgeschichtler und christliche Theologen gleichermaßen bedeutungsvoll ist der geglückte Versuch der Autorin, unbewußte Verbindungen zwischen andinen Traditionen und adventistischer Glaubensinhalte und Verhaltensweisen herauszuarbeiten, solche zunächst überraschenden Ähnlichkeiten erleichtern den Zugang zur neuen Religion. Dazu gehören u.a. messianische und apokalyptische Ideen, mystische Erfahrungen in Träumen, Visionen, Zeichen. Im Bereich der sozialen Normen findet die Autorin insbesondere erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen der restriktiven adventistischen Sexualmoral und der andinen Tradition auf dem Dorf.
Die ständige bildliche Darstellung Adams oder Jesu als weißhäutige, blonde Menschen, die Abbildung blonder Mittelschichtsfrauen auf Werbematerialien erwecken bei der Verfasserin den Verdacht, daß sich das religiöse Sendungsbewußtsein der STA - bei allem sonstigen Gleichheitsgrundsatz - auf das rassistische Überlegenheitsgefühl und das zivilisatorische Sendungsbewußtsein des "Weißen Mannes" stützt.

Kapitel über die - sehr effektive, mit allen Mitteln moderner Massenbeeinflussung arbeitenden - Missionsstrategien der STA und über die vielfältigen Anstrengungen adventistischer Entwicklungshilfe sowie eine Darstellung der Inhalte und des Aufbaus der verzweigten bolivianischen Bildungsarbeit der STA schließen den zweiten Teil ab.

Aymara Adventisten kommen (auch) zu Wort

Der 3. Teil "Aymarasprachige Adventisten in La Paz" wendet sich dann konkret der Beschreibung einer bestimmten Adventistengemeinde zu, ihrer Geschichte, Sabbatfeier (7. Tag), ihren Untergliederungen und Tätigkeiten. Noch einmal werden die geistigen Orientierungs- und praktischen Handlungsangebote der STA einer umfassenden kritischen Reflexion unterzogen. Die Autorin läßt danach ihre zahlreichen Interviews und deren Ergebnisse Revue passieren. Es werden alle bisher abgehandelten Punkte und Fragen noch einmal aufgeführt, jetzt am konkreten Einzelfall und mit statistisch genauer Gewichtung der Resultate. Diese faktografisch abgesicherte empirische Genauigkeit ist eine der Stärken der Arbeit.

So ergibt sich aus den Interviews, daß nicht wenige Mitglieder der eigentlich apolitischen, antirevolutionären, konfliktfeindlichen STA sehr wohl aufgrund ihrer miserablen Lebensumstände im barrio, ihrer Bedürfnisse und Erfahrungen, rationale und zweckorientierte Entscheidungen treffen, ihre gesellschaftliche Umwelt - etwa in gewerkschaftlichem Engagement - verändern wollen.

Am Beispiel der bekannten ehemaligen Vorsitzenden der Gewerkschaft bolivianischer Bauersfrauen Lucila Mejia (siehe auch LN Nr. 120, S.12ff. bis S.22) zeigt Juliana Ströbele-Gregor, daß die Sozialisierung

in einer fundamentalistischen Glaubensgemeinschaft kein Hindernis für gesellschaftspolitischen Einsatz zu sein braucht. Der Lebensweg der Lucila Mejía bestätigt in gewisser Weise jene "Dialektik der Gegenaufklärung": Sie wurde in der STA-Gemeinde nicht allein alphabetisiert, sie lernte dort auch frei zu sprechen, ihre Meinung argumentativ zu vertreten, Gruppen zu organisieren, soziale Sensibilität und Verantwortungsbewußtsein zu entwickeln. In Verbindung mit der Einsicht in ihre ökonomischen Interessen war es dann nur noch ein Schritt, die von ihrer Glaubensgemeinschaft vorgegebenen Barrieren im politischen Denken und Handeln weitgehend zu durchbrechen.

Alte Denkmuster neu gedacht

Die Verfasserin weist gründlich auf, daß sich unter dem Etikett 'Gegenaufklärung' oft ein unvermutet aufklärerisches, aus unterdrückenden Verhältnissen herausführendes Denken und Handeln verbirgt. In diesem Buch werden Zeichen einer neuen Wissenschaftlichkeit gesetzt - aus einer toleranten, emanzipatorischen, aufklärerischen Position höherer Art, die den unbeirrbaren Realismus und die Differenziertheit einbringt, welche noch in historischem Widerpart den wirklichen Menschen in seiner Fülle und mit seinen besseren Möglichkeiten erkennt.

Die Autorin hat dieses viele Dimensionen der lateinamerikanischen Kultur erfassende Buch allgemeinverständlich gehalten und in flüssiger Sprache geschrieben. Seine Lektüre wird für viele Theologen, Kultur- und Religionsgeschichtler, Ethnologen und Soziologen, aber auch für jeden am Begreifen neuer Entwicklungen in Lateinamerika Interessierten ein großer Gewinn sein.

Juliana Ströbele-Gregor: Die Dialektik der Gegenaufklärung - Zur Problematik fundamentalistischer und evangelikaler Missionierung bei den urbanen Aymara in La Paz (Bolivien): Bonn 1988

zu bestellen bei: Holos Verlag, Reihe Mundus; Adolphstr. 34a, 5300 Bonn 1.

Hartmut Draeger

(redaktionell überarbeitete Rezension, entnommen aus: BOLIVIA Nr. 75, Jan./Feb.89)

Dokumentation: Schulpartnerschaft Las Praderas (Nicaragua) – Laborschule Bielefeld

Versucht eine Schule, ihren Schulalltag nicht nur durch das Nebeneinander von Fächern und das Nacheinander von Lektionen zu gestalten, dann muß sie sich öffnen. Sie kann sich dem näheren Umfeld öffnen, läuft dann allerdings Gefahr, in Heimattümelei zu verfallen. Sie kann sich den großen, nur im Weltmaßstab zu erschließenden Problemen öffnen, die zwar auch im näheren Umfeld wirken, jedoch aus ihm heraus nicht zu begreifen sind. Dann ergreift eine Schule notwendig auch Partei in einem Konflikt, in dem ihr nach verbreiteter Meinung kein Part zukommt. In diesem Fall reagierte die rechtsgestrickte veröffentlichte Meinung - wie programmiert - mit scheinbar noch immer wirksamen Stereotypen: "Die Masche, unbedarfte Schüler für linksgestrickte Regime auf Solidaritätskurs zu programmieren, hat an den umstrittenen Gesamtschulen und der Laborschule Wurzeln in den langhaarigen Köpfen der Lehrer." (Westfalenblatt, 24. 5. 88) Es ist die große Stärke der vorliegenden Dokumentation, daß sie ein pädagogisches Projekt in Intention und Ablauf so beschreibt, daß sich eine Verteidigung des Projekts und der Dokumentation gegen solche Anwürfe erübrigt:

Die Dokumentation beginnt mit einer Einführung, in der Sinn und Zustandekommen der Dokumentation beschrieben werden, und einem Kapitel zur Vorgeschichte (von einer Reise bis zur Unterzeichnung des Schulpartnerschaftsvertrages). Es folgt das zentrale und umfänglichste Kapitel zur Umsetzung, in dem mit Liebe zum Detail beschrieben wird, wie in den verschiedenen Altersstufen themenbezogene Projekte und ein Schulfest geplant und durchgeführt wurden. Das Spektrum reicht von einer Reise nach Nicaragua in Szenen, Gedichten, Liedern und Geschichten über Projekte rund um den Kaffee bis zum Basteln, Tanzen und Kochen. Viele Fotos und Bastelanleitungen geben konkrete Eindrücke und Hinweise. Rückblicke aus Sicht der Presse, der LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern spiegeln die Wahrnehmung von Brenn-, Konflikt- und Höhepunkten. Die Dokumentation schließt mit dem Kapitel 'Die Ausgestaltung - fast 2 Jahre danach' und einer gut gefüllten Mediekiste.

Beeindruckend dokumentiert ist in diesem Buch das Zusammenfließen von pädagogischer Phantasie und gesellschaftlichem Engagement zu politischer Kultur. Es wird unaufdringlich Mut gemacht, Politikfähigkeit in der Kommunikation in Projekten und um Projekte zu fördern, und es scheint eine praxisnahe pädagogische Theorie durch, die - ganz im Sinne des Programms der Öffnung von Schule - mehr ist als eine technische Anleitung zur Curriculumkonstruktion:

- Eine engagierte Gruppe in der Schule muß ein umstrittenes Thema aufgreifen und in einer offenen Diskussion versuchen, die praktische Umsetzung einzuleiten.
- Das Thema muß 'kleingearbeitet' werden, so daß schließlich z.B. Flohmarkt, Blumenstand, Drucken mit einer japanischen Schaumstoffolie ebenso ihren Platz bekommen wie Beteiligung von Lehrenden an einem Brigadeeinsatz und Befragungen von Parteivertretern zur Nicaraguapolitik durch SchülerInnen.
- Die Verbindung zwischen umfassender Intention und einzelner Aktion muß erhalten bleiben im Querschnitt durch die Jahrgangsstufen und im Längsschnitt in der Zeit, ohne daß die Einzelaktionen ihre relative Autonomie verlieren.

Der Buchdeckel verspricht nicht zu viel. Diese Dokumentation kann helfen, eine Schul- oder Klassenpartnerschaft zu initiieren, erste "Hürden" zu nehmen, konkrete Inhalte für die Behandlung im Unterricht zu finden - sei es als Einzelstunde, als Unterrichtseinheit oder im Projekt - und zwar für die Jahrgänge 0 - 10, bei der anschließenden Ausgestaltung Anregungen zu geben, etc..

Die Dokumentation zeigt überdies, wie es möglich wird, auch an der Schule durch die behutsame Pflege politischer Kultur falsche politische Rück-Sichten zu überwinden.

Nicaragua-Gruppe der Laborschule Bielefeld und Dritte Welt Haus Bielefeld (Hrsg.): Schulpartnerschaft Las Praderas/Nicaragua - Laborschule Bielefeld. Bielefeld, AJZ Druck und Verlag GmbH, 1988, 255 S..

Jürgen Schülert

Zeitschriftenschau

Entwicklungspolitische Korrespondenz 5-6/88
Postfach 2846, 2000 Hamburg 20

Seit 500 Jahren "Indianer" - Amerikas Ureinwohner heute.
Grundelegende Beiträge: Wer ist ein "Indianer" zum Begriff. Amerikas Ureinwohner heute - Fremde im eigenen Land. Mission. UNO-Menschenrechtskonvention und Amerikas Ureinwohner. Entwicklungshilfe am Bsp. der Lengua-Indianer in Paraguay.
Länderbeiträge: Bolivien - von der Kolonialzeit bis heute. Bei den Mayas in Mexiko. Indianer in den USA. Sendero Luminoso und die Indios in Peru. Die Mapuche in Chile. Nicaragua und die Miskitos. Weltbankprojekt in Brasilien.
Dokumentationen: Rede Evaristo Nugkuag Ikanams (alternativer Nobelpreis) vor dem Stockholmer Parlament. Botschaft der Landbevölkerung Guatemalas an die UNO. Portrait: Rigoberto Menchu. Rezensionen: Antonio Callado, Quarup. Filmbesprechung: Mission.

Forum entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr.134
Lingener Str. 9, 4400 Münster

Nach Berlin: Quo vadis, BUKO? Protokolle und Berichte von Sitzungen des BUKO-KA, der BUKO-Kampagnen und des KoV, Planung für den Kultur-BUKO 1989,Zur Fortsetzung der Kampagne gegen Verschuldung-Banken. Verschuldung und kein Ende. Regenwaldappell, Internat. Tribunal gegen das Regime in der Türkei, Verbot für hochdosierte Hormonkombinationen in Indien. Freiheit für Ingrid Strobl, Arbeitsbericht des Schering-Netzwerkes. Tag-X in Gronau: Stoppt die Atom-Maffia, Wintex-Cimex, KDV in SÜdafrika, BUKO verhindert BRD-RÜstungsexport nach SÜdafrika, Voz-Popular-Radio der Befreiung, Termine, Notizen aus der Szene, Zeitschriftenschau..

Inprekorr Nr. 213, März 1989
Zülpicher Str.7, 5000 Köln 1

Kuba: Revolution am Scheideweg? Mexiko: Cárdenas gründet seine eigene Partei. Portugal: Der Parteitag der PCP. Peru: Spaltung in der PUM. Italien: Die CGIL auf dem Weg in die Postmoderne. Frankreich: Hexenjagd in der CFDT; Selbsthilfe gegen Frauenarmut. Die Internationale: EG'92. Einheitsakte und soziale Risiken; Europa-Vorkämpfer der Frauen? Kurznachrichten aus der internat. Arbeiterbewegung zu: Belgien, Peru, Frankreich, Italien, Palästina. Register für den Jahrg.1988.

Eingegangene Bücher

Ariel Dorfman: **Der Tyrann geht vorüber.** Lamuv-Verlag, Göttingen, 1989. ISBN 3-88977-185-8.

Dieter Brühl: **A terra era nossa vida. Armut und Familie in Nordost-Brasilien.** Verlag fÜr interkulturelle Kommunikation, Frankfurt, 1989. ISBN 3-88939-142-7.

ID-Archiv im Internationalen Institut für Sozialgeschichte Amsterdam: **Verzeichnis der Alternativmedien. Zeitschriften, Zeitungen, Radioinitiativen, Videogruppen.** Diederich, Hoffmann, Schindiwski-Verlag, Amsterdam, 1989. ISBN 3-89408-301-8.

Marvin Harris: Kulturanthropologie - Ein Lehrbuch, Campus-Verlag, Frankfurt/New York, 1989, ISBN 3-593-33976-5.

Gerd Spittler: Handeln in einer Hungerkrise. Tuaregnomaden und die große dürre 1984. Westdeutscher Verlag, Lengerich, 1989 ISBN 3-531-11920-6.

Carlos Fonseca: Unter den Fahnen Sandinos. Ausgewählte Schriften. Edition Marxistische Blätter, Düsseldorf, 1988. ISBN 3-88501-070-4.

Paulo Collen: "...und geben dir Spritzen, bis du stirbst!" Erfahrungsbericht eines brasilianischen Straßenkindes. Verl. Rotpunkt,Zürich,1989.ISBN 3-85869-051-1.

Clarita Müller-Plantenberg: Indianergebiete und Großprojekte in Brasilien. Gesamthochschulebibliothek, Kassel,1988. ISBN 3-88122-448-3.

Terre des hommes (Hrsg.): Kinder und Krieg in Lateinamerika. Lamuv-Verlag, Göttingen, 1989. ISBN 3-88977-187-4.

Termine

Kuba und Jamaica - Islands in the sun?

Zwei karibische Inseln im Vergleich
Seminar vom 17.7.-21.7.1989 in der Heimvolkshochschule Hustedt. (Als Bildungsurlaub anerkannt) Teilnahmegebühr DM 125.- Adresse: Heimvolkshochschule Hustedt e.V., Zur Jägerei 81, 3100 Celle.

Film: "Amor América"

Berlin, Filmbühne am Steinplatz, ab 6.4.1989
BRD 1989, 107 Min., 16mm, Farbe. Ein Film von Ciro Cappellari. Ein argentinischer Filmemacher nimmt den Weg der Konquistadoren in das Land seiner Geburt-nach Patagonien. Ein Dokumentarfilm über die Geschichte Argentiniens aus der Sicht der Kolonialisierten. Ein Dokument über den Widerstand der Mapuche gegen eine Welt, die ihr Leben zerstört.
"Amor América ist eine Liebeserklärung an mein Land und jene, die seit langer Zeit die Gesetze der Erde kennen und danach leben." (Ciro Cappellari)
Verleih: ex picturis, Feurigstr.22, 1-Berlin-62, Tel.030-7814347

15. Open Ohr Festival

Herschaftszeiten!? o. Freiheit, Gleichheit, Schwesterlichkeit!
In der Zitadelle Mainz vom 12. - 15. Mai 1989
Themen: Die Erklärung der Menschenrechte 1789, Diskussion über die Frage von Gewalt und gesellsch. Veränderung, der Stand der Frauenbewegung, Freiheit und Überleben in der "Dritten Welt", Revolutionen in Deutschland, vom Ende der Aufklärung, Gentechnologie. Literatur, Kabarett, Performance, Theater und Diskussionen im Frauenzelt.
Veranstalter: Stadtjugendamt Mainz. Open Ohr Festivalbüro Rathaus 6500 Mainz Tel. 06131/12-2173/2824

Service Civil International

Deutscher Zweig e.V./früher Int. Zivildienst e.V.
Vermittlung in über 500 Workcamps in der ganzen Welt
InteressentInnen fordern bitte ab sofort das Sommerprogramm 1989 gegen zwei Mark in Briefmarken an, beim Service Civil International, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/212086-7

"Unterentwickelt oder unterdrückt"?

Seminar vom 14.-16. April 1989 in Aachen
Arbeitsgemeinschaft kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG) Die katholische Kirche in der BRD und ihre Antworten auf die Herausforderungen des "Nord-Süd-Gefälles".
Jugendbildungshaus Eich, Eupener Str. 138, 5100 Aachen 0241/61033 Anmeldung bis spätestens 7.April bei der AGG, Rheinweg 34, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/234021

Menschenrechte in Chile

Seminar des Chile-Informationsbüros Münster e.V. am 21./22. April
"Probleme mit der Verfassung und Justiz der Diktatur in Chile. Was wird aus den Menschenrechten?"
Infos, Anmeldung und Seminarunterlagen: Chile Informationsbüro e.V., Frauenstr.3-7, 4400 Münster, Tel. 0251/661805.

"Die Zärtlichkeit der Völker"

Veranstaltung von Dienste in Übersee am 22.April 1989 20 Uhr
"...z.B. Kaffee aus El Salvador..."
Vertreter der Hamburger Parteien, der Wirtschaftsbehörde, des Kaffeeverbandes und des alternativen Kaffeehandels diskutieren. Veranstaltungsort: Hauptkirche St.Katharinen, Katharinenkirchhof 1, 2000 Hamburg 11. Weitere Auskünfte bei dü Tel. 040/6052559

Das Erziehungswesen in Bolivien

Seminar des Bolivien-Forums/ 14.-16.April in Tauberbischhofsheim
Zur Anmeldung zum Seminar oder bei Interesse an der Arbeit des Bolivien-Forums bitte wenden an: Carlos Hinojosa Armijo, Mühlenstr. 73, 5500 Trier-Irsch, Tel. 0651/17889

Teatro Justo Rufino Garay - Nicaragua

"Escenas de mi ciudad/Szenen aus meiner Stadt"
Tournee vom 25.4.-31.5.89 (Theatermanufaktur Berlin 28.-30.4.89
Satirische Impressionen vom heutigen Alltag in Managua. Zum 10. Jahrestag der Revolution eine theatralische Aufarbeitung der Zeitgeschichte. Die Theatergruppe zu ihrer ersten eigenen Produktion: "Wir präsentieren keine glatten Lösungen, wir wollen unsere Landsleute reizen, über ihre Haltungen und Handlungen ein bißchen mehr nachzudenken, sie sollen die Kraft spüren, die in den Traditionen unseres Volkes und in ihrer eigenen Lebenskunst steckt."
EXILE-Kulturkoordination Hansastr. 55, 4100 Duisburg, 0203-340907

Brasilien - Initiative Freiburg e.V.

Vierteljahreszeitschrift
Brasilien - Rundbrief
Fotoausstellung
Bilder bras. Wirklichkeit
40 Rahmen 50x70 cm
Informationsveranstaltungen auf Anfrage

INFORMIEREN
UNTERSTÜTZEN

Direkte Kontakte zu Basisinitiativen:
Indianerbewegungen
Strassenkinderprojekten
Bewegung der Landlosen
Alphabetisierungsprojekten
Landarbeitergewerkschaften

❑ Ich möchte die Arbeit der Brasilien Initiative näher kennenlernen und bestelle das Informationspaket zum Preis von 5.- DM in Briefmarken.

Bras.- Initiative Freiburg e.V.
7800 Freiburg i. Br.
In den Weihermatten 27
Telefon 0761 / 53 674

AUF BRIGADE IN CUBA

SOLIDARITÄT UND VÖLKERFREUNDSCHAFT

Arbeit und starke Nitze
Nichts für Touristen

MUT UND KRAFT ZUM
WEITERKÄMPFEN IN DEN METROPOLEN

Gemeinsam mit
300 Brigadisten aus Cuba
und 14 Ländern Westeuropas

vom 10.9. bis zum 10.10.1989

Arbeit-Infos-Diskussionen-Filme
Vorträge-Fiestas-Besichtigungen

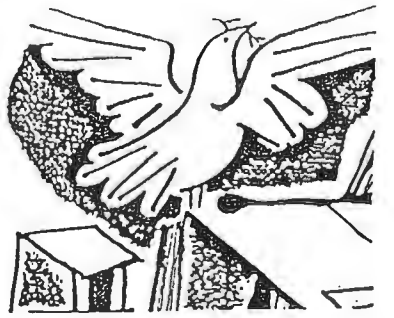
FREUNDSCHAFTSGESELLSCHAFT BRD - KUBA e.V.

Theodor-Heuss-Ring 26
5000 Köln 1
0221/13 10 36

SOLIDARITÄT UND VÖLKERFREUNDSCHAFT

EINE REISE IN DIE REVOLUTION

Hilla Hünermann-Oelerich
Oficina de Eirene
Managua



Rundbrief aus Nicaragua
zur aktuellen Situation der Frauen

Erscheinungsweise: 2 x jährlich
Die O-Nummer ist kostenlos und kann bestellt werden bei:
Kath. Hochschulgem., Kard.-v.-Galen-Ring 45, 4400 Münster

Kleinanzeige

SPANISCH IN ANDALUSIEN

Intensivkurse mit pol. Ausrichtung

Spezialkurse für Frauen

Wohnen mit Spaniern/innen

Escuela Coop. de Idiomas
Conde Cifuentes 11
Granada
Tel. 034 58 / 25 68 75

DIESE ZEITUNG KANN ICH NICHT LÄNGER LINKS LIEGEN LASSEN.

Die folgende Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65

Ich teste die taz

☐ 4 Wochen für 25 Mark
☐ 8 Wochen für 50 Mark

DIESES ABO VERLÄNGERT SICH NICHT AUTOMATISCH!

Name, Vorname:

Straße, Hausnummer:

PLZ / Ort:

Datum, Unterschrift:

☐ Verrechnungsscheck liegt bei ☐ Bargeld liegt bei

Diese Bestellung kann innerhalb von 7 Tagen schriftlich widerrufen werden (Poststempel) – bei taz-Abo, Wattstraße 11-12, 1000 Berlin 65.
Davon habe ich Kenntnis genommen. *435*

Datum, Unterschrift: